

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren:
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen je Zeile ober deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Gleits Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 17. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Welches Interesse hat Deutschlands Bevölkerung am Außenhandel?

Herr Edmund Klapper, Herausgeber der „Deutschen Agrar-Literatur“, fasst sich ob unseres Leitartikels „Agrarische Rechnungskünste“ in Nr. 27 des „Vorwärts“ stark verärgert. Er sendet uns zu unsrer Belehrung und Belehrung die Nr. 18/19 seiner „Agrar-Literatur“ nebst zwei Hefen seiner Wochenschrift „Deutsche Agrarzeitung“ vom Juni 1898, begleitet von einem Schreiben, in dem er unsren volkswirtschaftlichen Mitarbeiter zur „sachlichen Debatte über volkswirtschaftliche Auffassungen“ herausfordert.

Dem Wunsche des Herrn Klapper soll entsprochen werden. Auf den Inhalt der alten Hefen aus dem Jahre 1898 zurückzugreifen, der in einer Polemik des Herrn Klapper gegen A. Pöhlmanns Ansichten über die Bedeutung der passiven Handelsbilanz besteht, führt zwar zu weit, zumal Herr Klapper nur die allbekanntesten merkantilistischen Lehren wieder aufwärmt und unsre Auffassung der Frage schon kürzlich in der „Volkswirtschaftlichen Rundschau“ der Nummer 29 des „Vorwärts“ dargelegt worden ist; wohl aber wollen wir nochmals auf den zweiten, wichtigeren Punkt seiner Ausführungen zurückkommen: auf seine Berechnung des Interesses der deutschen Bevölkerung am Außenhandel, insbesondere am Export. Nicht weil seine Ausführungen in Nr. 18/19 der „Agrar-Literatur“ neues bieten, sondern weil sie noch weit klarer, als die frühere der „Deutschen Tagesztg.“ entnommene Wiedergabe seiner statistischen Mitteilungen, erkennen lassen, wie famos Herr Klapper statistische Zahlen zu „korrigieren“ versteht. Seit Wochen wird in der konservativen Presse mit erstaunlicher Unverschämtheit eine statistische Fälschung auf die andre gehäuft, und von der dabei befolgte Methode liefert Klappers Berechnung ein interessantes Beispiel.

Herr Klapper stellt gegenüber einer Eingabe der Sonneberger Handels- und Gewerbelammer, die davon spricht, daß ein Sechstel der deutschen Bevölkerung an der Ausfuhr interessiert sei, folgende Rechnung auf:

„Die Handelskammer umfaßt unter den Begriff „Industrie“ einfach das gesamte Handwerk mit ein Bäcker, Fleischer, Schneider, Schuhmacher, die lediglich für den heimischen Bedarf arbeiten. Ein lares Urteil über die Verteilung der Erwerbsinteressen kann man nur gewinnen, wenn man die Erwerbstätigkeit betrachtet und diese nach Unternehmungskategorien sondert. Und hierbei ergibt sich nach der letzten Verfassungsjahres von 1895:

a) überhaupt Erwerbstätige	22,1 Millionen Personen
davon waren selbständige Betriebsunternehmer (Landwirte, Handwerker, Kaufleute, Industrielle)	5,9
b) Von den überhaupt Erwerbstätigen entfielen auf die Kategorien der Landwirte, Handwerker und Kleingewerbe	16,6
auf Großindustrie und Handel	5,5
Zusammen	22,1 Millionen Personen
c) Von den Selbständigen entfielen auf Landwirte, Handwerker und Kleingewerbe	5,5
auf Großindustrie und Handel	0,4
Sa.	5,9 Millionen Personen

Kum beträgt nach den Erhebungen der Produktionsstatistik der Gesamtwert der deutschen industriellen Produktion 8,7 Milliarden Mark, wovon 1,9 Milliarden, also etwa 22 Proz. exportiert werden. (Der Mehrbetrag des deutschen Gesamtexports ist nur internationaler Zwischenhandel in Rohstoffen und Waren.)

Wir haben also zu konstatieren:

Von den 22,1 Millionen überhaupt Erwerbstätigen leben ganz vom Inlande

a) die Landwirte, Handwerker und Kleingewerbetätigen auf	16,6 Millionen
b) 78 Proz. der Großindustrie und des Handels gleich	4,3
Zusammen	20,9 Millionen

Von 22,1 ab diese 20,9 bleiben rund 1,2 Millionen Erwerbstätige, die zur Zeit vom Export leben, das ist also ein Neunzehntel der Erwerbsbevölkerung, oder etwa der dritte Teil der „laum ansehbaren Bevölkerung der Handelskammer von Sonneberg.“

Wie schon im Leitartikel der Nr. 27 gesagt wurde, ist es überhaupt eine Absurdität, das Interesse des deutschen Volks an der Ausfuhr in einer Personen- resp. Bevölkerungsziffer ausdrücken zu wollen. Dieses Interesse läßt sich höchstens nach dem Geldwert des Außenhandels oder des Exports zum Wert des gesamten Umsatzes auf dem Inlandmarkt bemessen. Ebenso gut könnte auch ein anderer Rechenkünstler auf den Gedanken verfallen, den geringsten Nutzen der Zimmlerlässe für den preussischen Staat nach dem Gewicht oder dem Einfluß der Leutenants auf die deutsche Sittlichkeit nach dem Metermaß bestimmen zu wollen. Doch da nun einmal Herr Klapper diesen Weg einschlägt, müssen wir uns schon bequemen, ihm zu folgen.

In Nummer 27 des „Vorwärts“ fanden wir bereits, daß Herr Klapper nicht nur sämtliche Beamte und Angehörige der sogenannten liberalen Verufe, sondern auch alle Dienstboten für seine nicht am Außenhandel interessierte Klasse in Beschlag nimmt; trotzdem wollte sein sonderbares Exempel noch immer nicht stimmen. Jetzt löst sich das Rätsel. Herr Klapper ist, wie sich zeigt, noch etwas unbedarft; er zählt seinem agrarisch-interessierten Bevölkerungsanteil auch alle Wäscherinnen, Näherinnen, Putzmacherinnen etc. hinzu. Und nicht nur diese, auch alle Besitzer industrieller und kaufmännischer Betriebe, in denen nicht mindestens regelmäßig 6 Personen thätig sind, ferner alle Angestellten und Arbeiter solcher kleineren Betriebe haben, wie er einfach behauptet, absolut gar kein Interesse am Außenhandel und Export. Nach der Gewerbestatistik von 1895 waren in der Industrie, im Handel- und Verkehrsgewerbe beschäftigt:

1. in Kleinbetrieben mit 1-5 Personen = 4 770 669 Erwerbstätige,
2. in Mittelbetrieben mit 6-50 Personen = 2 454 393 Erwerbstätige,
3. in Großbetrieben mit mehr als 50 Personen = 3 044 267 Erwerbstätigen.

Von diesen drei Kategorien weist unser samose Rechenmeister die erste einfach seiner großen, nicht an der Ausfuhr interessierten Klasse zu, und nur von den beiden letzten läßt er gelten, daß sie vielleicht, möglicherweise am deutschen Export interessiert sein könnten.

Die Absurdität dieser Gruppierung liegt für jeden, dessen Denkfähigkeit noch nicht unter der Einwirkung des agrarischen Geschwäges gelitten hat, auf der Hand; denn nach dieser kuriosen Berechnung haben z. B. alle kleinen Fabrikanten, die irgendwelche Exportartikel herstellen, alle Hausindustrielle, die für exportierende Verleger arbeiten, ferner alle Frachtschiffbesitzer, Exporteure, Schuten, Leichterbesitzer, die nicht wenigstens 5 Schiffe oder Arbeiter beschäftigen, durchaus gar kein Interesse an der Ausfuhr und am Außenhandel, mögen sie auch in Wirklichkeit lediglich durch ihn existieren. Und ebenso geht es allen Kaufleuten: Exporteuren, Agenten, Kommissionären, Schiffsmaklern, Schiffsexpedienten usw., die nicht mindestens fünf Commis in ihren Comptoiren beschäftigen: sie alle sind laut Klapperscher Ansicht in das Wirtschaftsgewerbe nicht im geringsten am Ausfuhrhandel interessiert, sie alle gehören in den großen agrarischen Allerweltschopf, und doch hebt bei der Einteilung der Handelsbetriebe nach der Größe selbst die Reichsstatistik (Bd. 110, S. 40), nachdrücklich hervor, daß es großkapitalistische Handelsbetriebe gibt, in denen eine nur sehr geringe Zahl von Personen thätig ist, denn bei solchen Betrieben bedarf es, im Gegensatz zur Industrie, so gut wie gar keiner Handarbeit, sondern neben der leitenden Tätigkeit nur einiger Comptoirarbeit.

Nachdem Herr Klapper derart die Zahl der Interessierten glücklich auf 5,5 Millionen reduziert hat, folgt ein andres nicht minder seltsames Experiment. Auf Grund einer völlig wertlosen Produktionsstatistik setzt er den Gesamtwert der deutschen industriellen Produktion mit 8,7 Milliarden Mark an und schätzt dann den Wert des Exports von Industriewaren mit 1,9 Milliarden Mark an und schätzt dann den Wert des Exports von Industriewaren mit 1,9 Milliarden Mark ein, das macht 22 Proz. der Gesamtproduktion. Leider stimmt, wie gewöhnlich, das Exempel nicht ganz. Der Export von Fabrikaten betrug in 1899 nicht 1,9, sondern 2,7 Milliarden Mark (genau 2712 Millionen Mark), und demnach stellt sich auch der Prozentsatz nicht auf 22, sondern auf 31 Prozent; doch solche Differenzen passen nicht recht zu den agrarischen Ansprüchen, und so macht Herr Klapper eben kurzweg ohne irgend welche Begründung vom agrarischen Recht des Korrigierens statistischer Bismarck Gebrauch.

Sehen wir jedoch ganz von diesem Einschleichen falscher Bismarck ab, — unwesentlich ergibt sich denn aus diesem Exempel, daß von den 5,5 Millionen nur 22 Proz., also nur 1,2 Mill. Erwerbstätige an der Ausfuhr interessiert sind. Allenfalls mag diese Berechnung auf die Industrie anwendbar sein, aber doch sicherlich nicht auf das Handels- und Verkehrsgewerbe. Haben diese ebenfalls nur ein Interesse an dem Export von Fabrikaten; beschäftigen sie sich nicht auch mit dem Export von Rohstoffen und Genussmitteln, und verdienen sie nicht auch hierbei? Ferner: profitieren sie nicht auch beim Import? Herr Klapper scheint nicht dieser Ansicht zu sein; aber er wird gestatten müssen, daß nicht agrarisch infizierte Normalmenschen anders denken.

Es ist schwer, nicht satirisch zu werden, zumal wenn man in Betracht zieht, mit welchem Selbstbewußtsein Herr Klapper in völliger Verkennung seiner Veranlagung zu unfreiwilliger Komik eine „sachliche Debatte“ fordert; dennoch wollen wir uns gewaltsam zur „Sachlichkeit“ zwingen und an zwei einfachen Beispielen nachweisen, zu welchen Ergebnissen die Klappersche Rechnungsweise führt:

Wie jeder Sachverständige weiß, existiert unsre Binnenfrachtschiffahrt größtenteils von dem Gütertransport nach und von den Seehafenplätzen. Man braucht nur einen flüchtigen Blick auf die Statistik des Schiffverkehrs der großen Flüsse zu werfen, um sich sofort davon zu überzeugen. So passierten z. B. die Durchgangsstation Entenwarder bei Hamburg im Jahre 1898 nicht weniger als 84 948 beladene Frachtschiffe mit einer Güterfracht von 5,49 Millionen Tons, und die Station Emmerich am Rhein an der niederländischen Grenze passierten gar 84 060 beladene Frachtschiffe mit einer Fracht von 11,97 Millionen Tons. Wie stellt sich nun dieses Interesse der Binnenfrachtschiffahrt am Außenhandel in der Klapperschen Rechnung dar?

Nach der statistischen Zählung (Reichsstatistik, Bd. 110, S. 40) entfallen von den in der Binnenschiffahrt Beschäftigten 70,9 Proz. auf Klein-, 29,1 Proz. auf Mittel- und Großbetriebe. Von diesen kommen laut Klapperscher Behauptung nur die letzteren und zwar nur mit 22 Proz. in Betracht. Folglich haben nur 6,4 Proz., d. h. nur ungefähr ein Sechszehntel der in der Binnenschiffahrt Beschäftigten ein Interesse am Außenhandel.

Doch es kommt noch besser. Auch die See- und Küstenschiffahrt ist nach Klappers sonderbarer Rechenerei nur mit ungefähr 12 Proz. am Außenhandel interessiert. Wer etwa bisher gemeint hat, daß die Seeschiffahrt ohne Ein- und Ausfuhrhandel überhaupt gar nicht existieren könnte, irtet gründlich. Hier das Exempel. Von den in der See- und Küstenschiffahrt Beschäftigten Personen sind laut der Reichsstatistik (Bd. 110, S. 40) 45,5 Proz. in Kleinbetrieben, 54,5 Proz. in Groß- und Mittelbetrieben thätig. Von diesem letzteren Satz 22 Proz. macht aber nach Adam Riese noch nicht ganz 12 Prozent.

Der Unfuss ist so offenkundig, daß selbst ein halbwegs intelligenter Quartaner ihn sofort herausfinden muß. Als mildernder

Umstand kommt allenfalls in Betracht, daß es überhaupt mit den Regeln der Logik und Statistik bei den Agrar-Autoritäten schwach bestellt ist. Vielleicht demonstrieren wir das nächstens näher an einer andren Agrarleuchte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar.

Reichstag.

Herr v. Bobbelski hat von allen Staatssekretären verhältnismäßig am besten bei der Etatsberatung abgefahren. Das zeigte sich in der Kürze der Generaldebatte, die bei seinem Gehalt einsehete und schon heute zu Ende kam. Die allgemeinen Erörterungen erstreckten sich heute im wesentlichen auf zwei Punkte, auf die Behandlung der Briefe mit polnischen Adressen und auf die Frage des ermäßigten Portos im Vorortverkehr. Bei der Neuordnung des Portos für Berlin und Umgegend sind die nördlichen Vororte am schlechtesten fortgekommen. Herr v. Bobbelski spricht von einem Prinzip, wonach für alle Vororte, die die Ringbahn durchschneidet, der 5 Pfennig-Tarif gilt, aber dieses Prinzip hat ein großes Loch: es gilt nur für den Westen und gerade die vorwiegend von Arbeitern bewohnten Vororte des Nordens und Ostens sind von der Ermäßigung ausgeschlossen. Irgend einen stichhaltigen Grund dafür konnte der Staatssekretär der Kritik Ledebours gegenüber nicht geltend machen.

Eine große Rolle spielten wieder die Briefe mit polnischer Aufschrift. Freikonervative und Nationalliberale weiterfeierten in Chauvinismus, den Ledebour scharf zurückwies. Er erinnerte mit Recht an die Enttäuschung der Deutschen in Rußland und Ungarn die Rede ist.

Mit Bierwigen zweifelhafter Qualität erfreute wieder Herr Dertel das Haus. Wenn er sagte, die Polen seien seinen Freunden sehr angenehm, so ist ihm aufs Wort zu glauben. Die Agrarier wissen allerdings die billige polnische Arbeitskraft zu schätzen. Beim Geldbeutel hört nicht nur die Gemütslichkeit, sondern auch der Chauvinismus auf.

Am Dienstag stehen die weiteren Titel des Postetats zur Beratung.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Sonnabend das Gehalt des Ministers des Innern bewilligt und einige weitere Kapitel des Etats des Ministeriums erledigt. Die Debatte verlief sich wiederum in Einzelheiten. Abg. Reich (L.), ein dem Minister unterstellter höherer Regierungsbeamter, sah sich veranlaßt, ein langes Loblied auf seinen Chef anzustimmen, dessen Wert, die Schaffung des Fürsorge-Gesetzes, er als eine der größten sozialen Taten pries. Auf das Oberverwaltungsgericht sang Abg. Dr. Krause (natl.) einen Ruhmes hymnus, dem sich jedoch sein Oberverwaltungscollega v. Eppern nicht anschließen konnte, weil das Oberverwaltungsgericht, entgegen einer Entscheidung des Reichsgerichts, den Agio-Gewinn für steuerpflichtig erklärt hat. Das paßt den Vertretern des Großkapitals natürlich schlecht in den Kram. Das Verlangen des Herrn Eppern, durch gesetzgeberische Maßnahmen Abhilfe zu schaffen, stieß bei der Regierung auf Widerspruch.

Im weiteren Verlauf der Sitzung lagte der Abg. Rindler (fr. Sp.) über die Verwaltungsgesetze der Provinz Posen, die die reinen Ausnahmegeetze seien. Die Abg. Kopsch (fr. Sp.) und Goldschmidt (fr. Sp.) brachten einige Fälle böhmischer Uebergriffe zur Sprache, die Abg. Fallin (L.) und Szmulka (L.) beschwerten sich über das Vorgehen der Behörden gegen polnische Versammlungen in Oberschlesien. Ihre Bemerkung, daß dadurch die Polen zur maßlosen Erbitterung getrieben und die Socialdemokraten gefälscht würden, rief bei Herrn v. Rheinbaben einen förmlichen Ausbruch hervor. Der Minister kam es nun einmal nicht entgegen, daß er als unfreiwilliger Förderer der Socialdemokratie hingestellt wird. Im Verein mit dem Abg. v. Heydebrandt (L.) nahm er sowohl die Behörden als auch die angegriffenen Vereine in Schutz.

Am Montag wird die Beratung bei dem Kapitel Polizeiverwaltung in Berlin fortgesetzt. Dann folgt, event. unter Verhinderung einer Abend Sitzung, die Beratung des Etats der Bergverwaltung.

Deutsches Reich.

Das Centrum des Brotwunders. Als bei den Goldverhandlungen im Jahre 1879 — dem Jahre der schmerzlichen Niederlage — im Reichstag Graf Ribbach-Glantheil beantragte, den von der Regierung vorgeschlagenen Zoll von 50 Pfennigen für den Doppelcentner Roggen auf eine Mark zu erhöhen, stimmten die Führer des Centrums, Windthorst und die beiden Reichensperger, gegen diese Erhöhung. Heute genügt der frommen Gesellschaft, die den letzten Rest demokratischen Gewissens abgestreift hat, auch der siebenfache Zoll, der heute schon in Kraft ist, der von 8,50 Mk. nicht mehr und sie sind die Führer jener stempellosen Agitation für eine Erhöhung des Zolls auf 6, 7, 8 und 10 Mk.

Es ist begreiflich, daß angesichts dieser vollverräterischen Haltung es den Herren um die Aufrechterhaltung ihrer Macht bangt. Kommen die Centrumsarbeiter erst zum Bewußtsein, welches Spiel mit ihnen getrieben wird, so ist es mit der Centrumschicklichkeit vorbei. Daher das Bestreben, durch allerlei mistigen Geschimpf die Aufmerksamkeit abzulenken.

Am 13. Februar beschäftigte sich das Centralorgan des Centrums, die „Germania“, allerdings das geistig ärmste Blatt, über das die Ultramontanen verfügen, mit dem socialdemokratischen Flugblatt gegen den Brotwunder. Da hieß es, daß „in dem Flugblatt alle Negativ-socialdemokratischer Verheerung und Verlogenheit gezogen seien, es wurde geschimpft über alle die Verwegenen, zum Teil Uebertriebenen, zum Teil direkt erlogenen Behauptungen, es wurde behauptet, daß die Socialdemokratie „bewußt und gewaltsam auf den völligen Ruin des Bauernstandes“ hinarbeite, es wurde von dem „brutalsten Egoismus“ der Socialdemokratie geschwätzt und die Socialdemokraten „betrogene Verräter“ genannt. Mit diesen

Kraftreden begnügte sich die „Germania“ — es wurde nicht der leiseste Versuch gemacht, die schmierigen Verleumdungen zu beweisen, auch nur eine einzige Liebertreibung oder Lüge des Flugblatts anzugeben.

Die „Germania“ versprach dann die Beweisführung nachzuholen. Es kam ein langer Artikel, in dem sie sich mit der wichtigen Frage beschäftigte, warum eigentlich die Socialdemokraten überhaupt in Berlin agitieren. Von dem Flugblatt kein Wort. Es folgte ein zweiter noch längerer Artikel, in dem über Wohnungsnot, Bädergenossenschaften usw. die Rede war. Von dem Flugblatt kein Wort. Es war unmöglich, auf das konfuse, weitläufige Klauertwisch ernsthaft einzugehen.

Und heute stellt nun die „Germania“ triumphierend fest, daß sie doch das Flugblatt widerlegt habe. Da sie nun heute ihr Gedankengleichung sauber nummeriert, wollen wir dem Centralorgan des Brotwuchers ein wenig folgen. Das Blatt behauptet, daß der Inhalt des Flugblatts widerlegt habe — es hatte die Pflicht, die behaupteten Lügen nachzuweisen — indem es ausgeführt habe:

1. daß die Socialdemokraten selbst auf dem Schutzzollprinzip, auf dem Grundsatze eines Schutzes der nationalen Arbeit stehen, wenn sie sich dagegen sträuben, daß in Deutschland billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland (Italien usw.) herangeholt werden, welche die Löhne drücken;

Welche Behauptung des Flugblatts stellt sich nach dieser Ausführung als Lüge heraus? Das Flugblatt beschäftigte sich überhaupt nicht mit theoretischen Untersuchungen über Schutzzoll und Freihandel.

Sodann: daß die Socialdemokratie die nationale Arbeitskraft zu schützen sucht, war ja in dem Flugblatt ausdrücklich als Parole ausgegeben und gerade darum wurde der die Arbeitskraft schädigende Brotwucher bekämpft. Uebrigens hat die Socialdemokratie niemals gesetzgeberische Maßnahmen gegen den Zutrom fremder lohnrunder Arbeiter gefordert; es genügt ihr völlig, daß die organisierten Arbeiter die Möglichkeit haben, ausländer auf die fremden Arbeiter einzuwirken, sie auf den Stand ihrer Organisation zu heben.

Die „Germania“ will weiter festgestellt haben, 2. daß hervorragende socialdemokratische Genossen wie Bernstein, Calwer und Schippel sich für den Schutzzoll ausgesprochen und daß insbesondere Calwer erklärt hat, der Arbeiter könne bei hohen Löhnen auch teure Lebensmittel ertragen, während für einen schlecht gelohnten Arbeiter selbst billige Lebensmittel nicht billig genug seien.

Welche Behauptung des Flugblatts wird mit dieser zweiten Darlegung als Lüge erwiesen? Wenn einzelne Parteigenossen andere theoretische Meinungen geäußert haben sollten, so wird damit doch nicht irgend eine im Flugblatt angegebene Thatsache zur Lüge.

Auch das heißt also am Flugblatt vorbeireden. Kann nötig zu sagen, daß die Angabe der „Germania“ selbst purer Schwindel ist. Niemand hat ein Socialdemokrat sich auch nur bedingt für Lüge auf Lebensmittel ausgesprochen; gelegentliche Meinungsdivergenzen haben höchstens hinsichtlich einzelner Industriezweige obgewaltet. Weder Bernstein, noch Schippel, noch Calwer sind jemals für Getreidezölle eingetreten. Calwer insbesondere, der zu Mainz in einer von dem Parteitag nicht gutgeheißenen Weise die amerikanische Frage erörterte, ist es nicht eingfallen, irgendwie für Lebensmittelzölle einzutreten; der von der „Germania“ — sie schöpft ihre Weisheit aus einer durch die Presse laufende Korrespondenz — angezogene Satz Calwers findet seine Erläuterung in dem Satz: „Ich wünsche, daß bei der bevorstehenden Agitation in Bezug auf die Handelsverträge unsere Forderung nicht allein ist gegen Lebensmittel-Verteuerung, sondern auch für höhere Löhne.“ Und das sagte Calwer zur Begründung seiner Resolution, die folgende Forderung enthielt: „Für Ablehnung aller Zölle und aller Zollserhöbungen auf Lebensmittel. Für möglichste Beseitigung event. Herabsetzung der bisherigen Zollsätze bei Reuegestaltung des Zolltarifs.“

Die Lüge ist mithin ausschließlich bei der „Germania“ zu finden, die fernerhin dargelegt hat:

3. daß die Liebertreibung von der Notwendigkeit sogar der Erhöhung der Schutzzölle für die Landwirtschaft sich tief bis in die Reihen der Demokratie hinein verbreitet habe, wie die Zustimmung der sechs demokratischen Abgeordneten in der württembergischen Kammer zu der Resolution auf Erhöhung der Getreidezölle beweist.

Was geht es das Flugblatt an, wenn Mitglieder der süddeutschen Volkspartei gegen ihr Programm gehandelt haben?

4. daß nicht die Getreidezölle allein für die Höhe des Brotpreises bestimmend sind, sondern daß nach dem Urtheil der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ mehrere Umstände zusammenwirken, um die Preise für Cerealien zu bestimmen, und daß zu Anfang der siebziger Jahre, wo überhaupt keine Getreidezölle bestanden, das Getreide die höchsten Preise des ganzen vorigen Jahrhunderts aufzuweisen hatte.

Kein Socialdemokrat, auch das Flugblatt nicht, hat jemals den Ansinn behauptet, daß der Brot- und Getreidepreis ausschließlich durch die Zölle bestimmt wird. Wer ist mithin durch den Punkt 4 widerlegt?

5. daß die socialdemokratische Partei gerade in Berlin mit dem Wort „Brotwucher“ vorsichtig umgehen müsse, wenn sie dabei des Brotwuchers der socialdemokratischen Genossenschaftsbäder, der Dividendenjäger der selben unter kapitalistischer Ausbeutung der als Bädergehilfen angestellten „Genossen“ gedenke.

Welche Behauptung des Flugblatts stellt sich danach als Lüge heraus? Was hat das Flugblatt mit der Genossenschaftsbäder zu thun, für deren Geschäftsbetrieb die socialdemokratische Partei etwa ebensowenig verantwortlich ist wie für die geschäftliche Thätigkeit des „Germania“-Manns Dasbach?

Rebenbei: Wenn die Genossenschaftsbäder, die billigeres Brot liefert als die Berliner Bäder sonst, so trifft damit der Vorwurf des Wuchers in gesteigertem Maße alle die konterbitalen und katholischen Bädermeister in verschiedenstem Maße.

6. daß zu einer Vertenerung der Lebensmittel im allgemeinen auch eine Verteuerung der Arbeiterwohnungen gehöre, daß aber gegen diesen Wohnungs-wucher in Berlin von seiten der socialdemokratischen Partei nicht mit 800 000 Flugblättern und 30 Protest-Versammlungen mobil gemacht worden sei.

Welche Behauptung des Flugblatts wird durch dieses erschütternd einseitige Argument als Lüge entlarvt?

Warum denn aber das Centrum nicht seine Macht, um dem Wohnungs-wucher durch die Erzwingung gesetzgeberischer Maßnahmen seitens des Reiches und der Einzelstaaten zu steuern. Unserer Beihilfe kann es sicher sein.

7. daß es die kräftigste Fronte auf das Schlagwort von „Brotwucher“, Hunger usw. sei, wenn der socialdemokratische Abgeordnete Schlegel im Reichstage den billigen Champagner als ein Volksgetränk bezeichne.

Welche eine Wiederholung unseres Flugblatts! Hier wird der Jüngling oder richtiger die Jungfrau „Germania“ ganz und gar beschimpft.

Wir fassen zusammen: Auch die Nummerierung hat nichts genügt. Es ist immer noch mit keiner Silbe der wirkliche Inhalt des Flugblatts berührt, und wir fürchten, das wird auch beim zehnten Artikel der „Germania“ noch nicht der Fall sein.

Wir möchten dem wirren Organ den gutgemeinten Rat geben, unser Flugblatt, auf das die „Germania“ wieder anerkennend Berlin ja neugierig sein müssen, vorerst einmal abzudrucken und dann Wort für Wort die „Lügen“ herauszustreichen.

Gegen den Lebensmittelwucher. Zu Langenbielau richtete der 450 Mitglieder zählende socialdemokratische Wahlverein an den Gemeinderat ein Gesuch, ebenso wie in anderen Orten gegen die Verteuerung der Lebensmittel eine Petition an den Bundesrat und Reichstag zu richten.

Das rote Gespenst. Die „Post“ unternimmt mit vermehrter Geschäftigkeit den roten Schrecken zu schüren. Jedesmal wenn der Kapitalismus auf Raub ausgeht, legt ja eine verhärtete Socialistenhege ein.

Heute klagt die „Post“ über den socialdemokratischen Einfluß im Heere.

Allein ein Kenner des Heeres weiß, daß diese Propaganda nur den äußeren Einfluß fernzuhalten weiß, während die schwere Gefahr einer inneren Verwesung durch socialistische Soldaten fast ohne Heberwahrung bleibt. Hinter uns liegt bereits eine im socialdemokratischen Geist dahingegangene Generation und der soldatische Nachwuchs, der die Kasernen bezieht, hat vielfach am eckerlichen Tisch mit dem Hah gegen alles Autoritäre eine besondere Abneigung gegen den Heeresdienst in sich aufgenommen. Diese Elemente aber verfügen als Rekruten vielfach über eine gewisse geistige Reife, die den lächerlichen Rekruten nicht eigen ist. Sie tragen einen ungeheuren Eklekticismus in das Heer und schüren im Laufe der zweijährigen Dienstzeit den Geist der Unzufriedenheit und des Angehörigums unter den bisher unverborenen Kameraden. Trotz des hermetischen Abschusses vor socialistischen Einwirkungen durch die Außenwelt geht der Socialismus in den Kasernen um.

Darin wird man sich nun wohl finden müssen: Je mehr die socialdemokratische Aufklärungs- und Befreiungsarbeit im Volke Erfolge hat, um so größer wird natürlich der Prozentsatz der Socialdemokraten im Heere. Und dagegen giebt es kein andres Mittel, als daß man sich entschließt, Socialdemokraten den Heeresdienst zu ersparen, selbst auf die Gefahr hin, daß man keine Soldaten mehr bekommt.

Die „Post“ belehnt denn aber auch, daß im Heere auch deshalb Sympathien für die Socialdemokratie zu finden sind, weil unsre Partei unablässig auf eine humane Behandlung hinwirkt. Bebel bleibe mit seinen öffentlichen Anträgen über Soldatenmishandlungen, als der Befehliger der bedrängten Soldaten im öffentlichen Gedächtnis zurück, wenn der Kriegsminister ihn auch noch so glänzend widerlegt.

Daß das Vorgehen der Socialdemokratie in militärischen Dingen gewissenlos ist, kann ja gar nicht zweifelhaft sein. Aber was geschieht denn, um die Socialdemokratie und ihren ersten Schreihals Bebel für dieses schandbare Treiben gebührend zu stigmatisieren? Es sollte in jedem einzelnen Falle von dem Abgeordneten Bebel die Verurteilung der Verweise verlangt werden. Ist er dazu nicht im stande, so möge das Haus unerbittlich Schluß der Debatte beschließen, dem Kriegsminister die Verantwortung der Anträge erlassen und die Sache für erledigt erklären. Das würde entschieden auf die unbotmäßigen Elemente im Heere zurückwirken, die gerade in den Unbequemlichkeiten, die eine, wenn auch noch so haltlose, Weibliche Rede den Offizieren bereitet, ihre mächtigste Waffe sehen. Es ist eine in Offizierskreisen längst bekannte Thatsache, daß schon sehr oft anonyme Drohbriefe von den betreffenden Mannschaften an Vorgesetzte eingeschickt werden, in denen auf Bebel als schwarzen Mann hingewiesen wird.

Natürlich müßte auch die Presse einen als unbewiesen erkannten und durch Debattenschluß erledigten Sernon Bebel einfach unbeachtet lassen. Wer mit so wenig reinen Absichten, wie Herr Bebel, das Patronat über unser löstliches Gut, das Heer, ausüben will, verdient keine Beachtung.

Das ist ja ein ganz interessantes Jugendschicksal, wie wertvoll die Socialdemokratie für das Heerwesen geworden ist.

Wenn die Konserativen übrigens im Reichstag durchaus schweigen wollen, so würden sie damit durchaus weise handeln und schließlich in den Ruf einiger Intelligenz kommen. Aber warum sind sie nicht konsequent und legen lieber gleich ihre Mandate nieder.

Die Verschleppungstaktik in der Kanalcommission. Während nach der Absicht des Vorsitzenden der Kanalcommission, des Abg. v. Cohnen, die Kommission sofort in die Verhandlung über den Rhein-Elbe-Kanal eintreten sollte, hat diese mit 14 gegen 12 Stimmen beschlossen, die Frage der landwirtschaftlichen Meliorationen zunächst zu behandeln. Man hat demgemäß über die Vorläuferverhältnisse an der unteren Oder, an der Havel und der Spree verhandelt und am Freitag 41 Millionen Beteiligung des Staats zur Verbesserung der Vorlauf an der unteren Oder bewilligt. Wahrscheinlich wird man in der kommenden Woche für die Meliorationen der Vorlaufverhältnisse an der Oder und der Spree weitere 20 Millionen bewilligen.

Die Agrarier haben sich damit von vornherein diese 60 Millionen Kompensationen gesichert, ohne sich dadurch für den Mittellandkanal selbst zu binden. Bei der Sorgfältigkeit dieser Verhandlungen dürften die Osterferien herbeikommen, bevor man zum Kernpunkt der Frage, dem Rhein-Elbe-Kanal selbst, vorgehen kann wird. Da dann aber erst die generellen Erörterungen kommen, für welche der Regierung große Fragebogen zugestellt sind, so dürfte nach Annahme der „Freisinnigen Zeitung“ vor Pfingsten schwerlich noch der Kommissionsbericht an das Plenum gelangen.

Würden nun die Agrarier, so führt das genannte Blatt aus, den Rhein-Elbe-Kanal ablehnen und würden nur die die Meliorationen betreffenden Stücke der Vorlage an das Herrenhaus gelangen, so werde das Herrenhaus schwerlich im Hochsommer in eine Verhandlung eintreten, wodurch wieder neue Zeit gewonnen werde.

Wolle sich aber die Regierung auf diese Verschleppung nicht einlassen, so müsse sie die Vorlage im ganzen zurückziehen und, mit neuen Kompensationen bepackt, abermals einbringen. Darüber aber würden Jahre verstreichen. Daß Wilow aus Anlaß der Mifhandlung der Vorlage mit den Junkern ernstlich brechen werde, sei nach seiner bisherigen Haltung schwerlich zu erwarten.

So treiben die Junker Obstruktion!

Das Recht auf Wucher. In der Versammlung des Bundes der Landwirte wurde als oberster Grundsatze der agrarischen Wucher-Bekämpfung das folgende postuliert:

Niemand im Deutschen Reiche soll das Recht haben, ein Produkt billiger zu erwerben, als es im Vaterland erzeugt werden kann.

Dazu bemerkt die „Nation“: „Seht die Regierung in der That die Getreide- und Viehzölle hinauf, so gehen natürlich auch entsprechend die Güterpreise in die Höhe, denn durch die Zölle wird den Gütern eine höhere Verzinsung garantiert, und sind erst die Güterpreise weiter in die Höhe gegangen, so ist der deutsche Junker wieder in der Lage, zu sagen, nur wenn der Schutz ein noch höherer wird, ist das eine Wahrheit, was ich verlange: daß nämlich kein Produkt billiger in Deutschland erworben werden darf, als es im Vaterland erzeugt werden kann, — wohl verstanden im Vaterland, das die Erzeugung in immer höherem Grade durch künstliche Mittel verteuert. Jener Ausspruch ist die reinste wirtschaftliche Nothwendigkeit, aber er würde in den Mauern von Berlin von dieser Versammlung mit „lärmlichem Beifall“ begrüßt.“

Dieselbe Begründung kann jeder Wucherer geltend machen. Kein Mieter soll das Recht haben, eine Wohnung billiger zu erwerben, als sie der Hausagrarier produzieren kann.“ Kein Mensch darf billigere Kohle verbrennen, als sie die Kohlenbarone „produzieren“ können. Und schließlich darf auch der Bruder Krawattenmacher dem hilflosen Studenten vorphilosophieren: Niemand hat das Recht billiger bei mir zu pumpen, als ich das Geld produzieren kann.“

Richtig ist aber der folgende Grundsatze, der für jede kulturelle Entwicklung Vorbedingung ist: Niemand soll das Recht haben, eine

Arbeitskraft billiger zu erwerben, als zur menschenwürdigen Existenz des Arbeiters notwendig ist. Niemand darf frevelhaft gegen diesen Satz als die Agrarier, die nicht nur ständig Lohnrücker aus dem Ausland herbeizolen, sondern auch dem Arbeiter das Recht gewaltfam zu vernichten suchen, die Arbeitskraft den kulturellen Produktionskosten gemäß zu verwerten.

Der liberale Bilow. Die in Posen auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft erfolgte polizeiliche Beschlagnahme des socialistischen Auftrags zur Reichstagswahl erfolgte wegen Verleumdung des deutschen Reichskanzlers. In dem Flugblatt werden drei Stellen beanstandet, die auf die Erhöhung der Getreidezölle Bezug haben.

Selb dem Graf Bilow unter die Agrarier gegangen, scheint er auch agrarische Sitten angenommen zu haben.

Also doch! Aus Posen wird berichtet: Ein ganzer landwirtschaftlicher Verein und zwar der Verein der Kreise Inowrazlaw und Strelno, hat sich zu der Forderung bekannt, daß es notwendig sei, den ländlichen Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu bieten, falls man die Landflucht dieser Arbeiter hemmen wolle.

Wie unvorsichtig von dem landwirtschaftlichen Verein, die agrarische Lesart, daß die ländlichen Arbeiter in Ostpreußen ein rein paradiesisches Dasein führen, derart zu korrigieren. Dazu noch das Geständnis, daß man thätiglich die Lebensbedingungen der Proletarier verbessern kann!

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar, 15. Februar. Heute mittag 12 Uhr wurde der außerordentliche Landtag eröffnet, und trat sofort in eine geheime Sitzung ein, in der über das Dekret der Regierung, betreffend die Erklärung des Großherzogs: „Die Verfassung zu halten“, und die Eidesformel der Abgeordneten bei der Huldigung, zu beraten. Am Sonntag sollen die Abgeordneten bei großen höfischen Gebrägen — es ist Gala-Anzug vorgeschrieben — für sich und die Unterthanen (!) dem neuen Großherzog allem Herkommen gemäß den Eid der Treue und des Gehorsams leisten. In der Verfassung des Großherzogthums ist zwar von einer „Huldigung“ die Rede, jedoch das auf „höchsten Befehl“ angeordnete Cerimonell atmet noch den Geist des absoluten Staats.

Antisemitische Junkerfreunde. Aus Hessen schreibt man uns: Auch die Antisemiten können ihre alte Liebe zu den feudalen Grundbesitzern nicht ganz vergessen trotz der verschiedenen Schritte, die sie schon erhalten haben. So hat der antisemitische Bürgermeister und Landtags-Abgeordnete Köhler-Kangsdorf folgenden Antrag an die zweite heftische Kammer gelangen lassen:

Die hohe Kammer wolle beschließen:

1. Die großherzogliche Regierung zu ersuchen, ihre Bundesratsmitglieder zu instruieren, bei den demnächstigen Handelsvertragsverhandlungen nur einen Minimalzoll von mindestens 7 Mark auf 100 Kilogramm der vier Getreidearten zu bestimmen.

2. Diesen Antrag als dringend zu behandeln.

Dieser Antrag steht ganz danach aus, als ob er von einem Vertreter einer „Volkspartei“, wie sich die Antisemiten ja zu titulieren belieben, ausgegangen ist.

Die Beschränkung der Freizügigkeit ist bekanntlich der Lieblingswunsch der Agrarier, der denselben kann weniger ans Herz gewachsen ist, wie der edle Lebenszweck des Brotwuchers. Wie die „Fr. Ztg.“ mitteilt, beantragte in der letzten Sitzung der westpreussischen Landwirtschaftskammer v. Hartmann-Hoffstadt, dahin zu wirken, daß die Freizügigkeit für junge Leute, womöglich bis zum Alter von zwanzig Jahren, mindestens aber bis zum 18. Lebensjahre beschränkt werde. Von einem weiteren Antrag, den Zugang in die Städte über 10 000 Einwohner zu besteuern, erlachte die Landwirtschaftskammer selbst an, daß er dem Prinzip der Freizügigkeit widerspreche. Der Vorsitzende schlug vor, diesen Antrag folgendermaßen abzuändern:

„Bei dem Zugang in die Städte (über 10 000 Einwohner) ist der Anzuehende verpflichtet, ein Depot von ca. 100 R. zu hinterlegen, welches zinslos angelegt, für etwaige durch Krankheiten des Anzuehenden und seiner Angehörigen, Rückreise in den Heimatsort usw. verursachte Kosten innerhalb zweier Jahre haften.“ Der Antrag auf Zugang zu 5 des Freizügigkeit, gefeset wurde in der Sitzung des Antrags von Hartmann wie folgt angenommen: „Desgleichen haben Gemeinden das Recht, Zugezogenen die Fortsetzung des Aufenthalts zu verweigern, wenn sich herausstellt, daß die Betreffenden ihre Erwerbsthätigkeit ausschließlich in eine andre Gemeinde verlegen.“

Eine solche Beschränkung der Freizügigkeit wäre freilich ein weit bequemerer Mittel, der Leuteflucht Einhalt zu thun, als eine bessere Entlohnung und eine bessere Behandlung der Landproletarier.

Wohnungspolizei in Bayern. München, 15. Februar. Das bayrische Ministerium des Innern publiziert in dem soeben erschienenen Geis- und Verordnungsblatt eine Verordnung, betreffend die Einrichtung einer Wohnungsaufsicht im Interesse der Sittlichkeit und der Gesundheitspflege, mit deren Vollzug die Ortspolizeibehörden betraut werden. Letztere sollen in großen und dichtbevölkerten Orten besondere Wohnungskommissionen bilden, denen im Bedarfsfall eigne Wohnungsinpektoren beigegeben werden. Als Grundlage durchgreifender Maßnahmen wird eine Wohnungsenquete bezeichnet, die zunächst Sache der Gemeinden sein soll.

Die Verordnung nimmt die weitgehendsten Rücksichten auf die Interessen der Hausagrarier und Bauproprietären, zu deren Bezeichnung gefogt wird, man wolle ja nur einen vermittelnden Einfluß ausüben. Mit Zwang und Strafen soll erst vorgegangen werden, wenn Belehrungen und Ermahnungen erfolglos blieben. Dabei werden die Mittel, durch die in Einzelfälle eine Verbesserung der Zustände und Abstellung von Mifständen in den Wohnungen, ohne allzugroße Härte, erreicht werden kann, den Vollzugsbehörden überlassen, die den geliebten Hausbesitzern sicherlich nicht zu weh thun werden.

Die Verordnung giebt daher nur allgemeine Richtpunkte, und nennt diejenigen Gegenstände, worauf in der Regel die Wohnungsaufsicht ihr Augenmerk zu richten hat, nur in allgemeinen Umrissen. Hiernach ist das Beziehen von Neubauten einer Prüfung vom gesundheitlichen Standpunkt zu unterziehen. Luft und Licht soll den Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräumen in ausreichendem Maße gesichert bleiben; Mifständen in Bezug auf baulichen Zustand, auf Trockenheit und Reinlichkeit soll entgegengetreten werden. Die Schlafräume sollen einen genügenden Luftraum enthalten und nicht in einer Weise belegt werden, die sittliche Gefahren mit sich bringt.

Zu dieser Hinsicht wird das Schlafgebeten besonders hervorzuheben und geregelt. Heizungsrichtungen sind auf etwaige gesundheitswichtige Beschaffenheit zu untersuchen. Auch die Abortsverhältnisse werden Gegenstand einer Veranlassung sein. Die Verordnung bestimmt ausdrücklich, daß gegenüber althergebrachten Verhältnissen, die reformbedürftig erscheinen, nur eine allmähliche Beseitigung anzustreben ist, und daß die Ortspolizeibehörden für das platte Land und kleinere Orte besondere Erleichterungen gewähren können.

Die Verordnung trägt die charakteristischen Merkmale aller socialpolitischen Maßnahmen des Ministeriums zeitlich: äußeres Wohlwollen für die unteren Klassen, gepaart mit dem bewußten inneren Bestreben, den Kapitalismus nichts zuleide zu thun.

Erfreuliche Geständnisse. Der von einem, beim bayrischen Hofe sehr beliebten Geistlichen geleiteten „Bayrische Kurier“ beschuldigt einen Teil der eignen Parteipresse eines „lägerhaften, echt ultramontanen Treibens“, ferner spricht er in Bezug auf die ultramontane „Augsburger Postzeitung“ von „gewohnter Schabigheit“ und „gesundheitswärtiger Kampfesweise“.

Das letztgenannte Blatt rächt sich dafür, indem es dem Chefredacteur des „Kuriers“, wohlgeehrt: einem Priester, „persönliche

Verhaftung und **Selbstüberhebung** vorwirft. Der **Kurier** habe die Gewohnheit, bei Auseinandersetzungen mit staatlichen Autoritäten die Centrumspresse fast regelmäßig im Stiche zu lassen und sich lieber **schweifelnd** an diese Autoritäten heranzuwenden!

(Kochzettel in Nr. 28 der „Augsburger Postzeitung“ vom 15. Februar 1901 S. 3).

Wir gratulieren, nur so weiter!

In Kreuze gekrochen.

München, 15. Februar. Der bayerische Eisenbahner-Verband hat vor der Generaldirektion kapituliert und wird deren Befehle erfüllen. Die Art und Weise, wie sich die sozialdemokratische Presse mit der Angelegenheit beschäftigt, scheint dem Verbandsvorstand aber doch an die Nerven gegangen zu sein. Im „Eisenbahner“ wird nämlich der Vorstandsbefehl wie folgt motiviert:

„Die Verbandsleitung hat vor allem dafür zu sorgen, daß unsere Organisation erhalten bleibt. Sie hat sich deshalb um die Anforderungen der sozialdemokratischen Presse nicht zu kümmern, da es für uns viel wichtiger ist, den Verband zu erhalten, als den Beifall der Sozialdemokratie zu gewinnen, die nichts anders will, als uns in einen Konflikt mit der künftigen Generaldirektion hineinzutreiben. Der Verbandsvorsitzende Lehner wird, dem Erlaß der künftigen Generaldirektion entsprechend, ein Schreiben an die betreffenden Adressen hinauszuweisen. Wir werden mit diesem Schritt den Beifall der sozialdemokratischen und liberalen Presse nicht finden. Wir zeigen auch gar nicht danach. Wir wollen weiter existieren, damit wir weiter wirken können!“

So ist's recht. Das ist die beste Art, den Mitgliedern recht bald die Augen zu öffnen.

Ausland.

Ungarn.

Budapest, 16. Februar. Nach dem Polizeibericht wurden bei den gestrigen Demonstrationen der Arbeitslosen drei Personen schwer, 15 leicht verletzt und 35 Verhaftungen vorgenommen.

Frankreich.

Eine militärische Mission in Petersburg? Nach einer Wiener Meldung aus Paris begibt sich der französische Generalkonsul nach Petersburg. Man mißt in politischen Kreisen dieser Reise eine hochwichtige Bedeutung bei.

Spanien.

Heber die Unruhen liegen heute nur beschwichtigende Meldungen vor. In Madrid soll die Ruhe wieder völlig hergestellt sein. Und auch in der Provinz sollen keine Ausschreitungen mehr vorgekommen sein. Ein Telegramm der „Agence Havas“ aus Lissabon erklärt freilich:

Die spanische Censur wird so streng gehandhabt, daß die Vertreter ausländischer Blätter in Spanien gezwungen sind, ihre Telegramme an der französischen oder portugiesischen Grenze aufzugeben.

Auch der Madrider Korrespondent der „Voss. Ztg.“ erklärt, daß Telegramme, die die in der That sehr ernstlichen Unruhen wahrheitsgemäß hatten darstellen wollen, von der Censur nicht durchgelassen worden wären.

Der Boeren-Krieg.

Aus der Kapkolonie.

Nach der Meldung aus Colesberg überdrückten die Boeren am 9. Februar den Orange-Fluß bei Zandrift und nahmen in der Richtung auf Philippston eine ausgedehnte Stellung ein. 200 Kolonialtruppen trafen am Mittwoch mit 1500 Boeren zusammen, behaupteten jedoch ihre Stellung, bis sie von den australischen Truppen unter Oberst Plumer Verstärkungen erhielten. Der Feind wurde erst langsam zurückgedrängt, befand sich gegen 10 Uhr in vollem Rückzug gegen Westen und wird jetzt von Oberst Plumer verfolgt.

Daß es sich in diesem Gefecht um einen Zusammenstoß mit der Streitmacht De Wets handelt, geht aus einem Telegramm Ritchener's hervor. De Wets Streiträfte überschritten gestern vor Tagesanbruch die Eisenbahn bei Baartmans Siding nördlich von De Kar; Oberst Plumer folgte dem Feinde auf den Fersen. Die von Oberst Crabbe geführten Panzerzüge suchten den Feind an Ueberhöhen der Eisenbahn zu verhindern, die Boeren hatten jedoch die Schienen nördlich und südlich der Stelle, wo sie die Bahn passierten, aufgerissen. Die Engländer erbeuteten über 20 Wagen, viele davon mit Munition beladen, ein Maxim-Geschütz und über 100 Pferde; 20 Boeren wurden gefangen genommen. Die britischen Truppen sind auf der Verfolgung der Boeren begriffen.

Andere Telegramme befragen: Cradoc, 15. Februar. Eine Abteilung von 50 Boeren hat gestern 10 Meilen von hier einen Transport von 70 Pferden weggenommen, welche für die englischen Truppen bestimmt waren.

Port Elizabeth, 15. Febr. (Einem Privatbrief zufolge haben die Boeren viermal Bahnzüge bei Ebenburg in die Luft gesprengt. Beim letzten Mal verloren sie durch Schüsse, welche aus einem englischen Panzerzuge abgegeben wurden, 12 tote und Verwundete.

Streik der Eingeborenen in Kapstadt.

Kapstadt, 15. Februar. Die Eingeborenen stellen hier infolge des Austritts der Pest die Arbeit ein. Eine Abordnung begab sich im Namen von 5000 Eingeborenen zu der zuständigen Behörde und machte ihr die Mitteilung, daß die Eingeborenen wegen der Pest nicht mehr arbeiten wollen und nach ihrer Heimat zurückkehren wünschen. Die Behörde hat ihnen die Erlaubnis nicht erteilt. Die Arbeiten in den Docks ruhen.

Dieser Streik kann den Engländern sehr unangenehm werden.

Eine falsche Siegesnachricht.

London, 16. Februar. Die Gerüchte, nach denen General French eine Anzahl Boeren in der Nähe von Ermelo gefangen genommen haben soll, bestätigen sich nicht.

Parlamentarisches.

Die **Gewerbegerichts-Kommission des Reichstags** lehnte in ihrer letzten Sitzung den zu § 13 des Gewerbegerichts-Gesetzes gestellten sozialdemokratischen Antrag ab, welcher verlangte, daß das aktive Wahlrecht allen 20-jährigen (statt 25-jährigen) Personen, ohne Unterschied des Geschlechts gewährt werden soll, soweit dieselben im Sinne des Gesetzes als Arbeitgeber oder Arbeiter zu betrachten sind. Ihre Genossen Jüdel und Lutzauer demüthigten sich vergeblich, die Notwendigkeit der gestellten Forderung nachzuweisen. Bemerkenswert ist, daß der Abg. Trimborn (C.) der sich selbst einen demokratischen Katholiken nannte, gegen die Herabsetzung der Altersgrenze sich erklärte, trotzdem ihn Genosse Lutzauer daran erinnerte, daß im Jahre 1878, bei der Beratung der damaligen Regierungsvorlage zwei Abgeordnete des Centrum, die Abgeordneten Dr. Lieber und Dr. Franz beantragt hatten, daß selbst die Mitglieder des Gewerbegerichts nur 21 Jahre alt zu sein brauchen. — Der sozialdemokratische Antrag, die Bestimmung des bestehenden Gesetzes, daß die Wähler seit mindestens einem Jahre im Bezirk des Gewerbegerichts wohnen oder beschäftigt sein müssen, zu streichen, wurde angenommen. — Zu § 13 hatten ihre Genossen noch folgenden Antrag gestellt: „In Gemeinden oder weiteren Kommunalverbänden, für welche ein Gewerbegericht besteht, dürfen Innungs-Schiedsgerichte nicht errichtet werden. Besteht ein Innungs-Schiedsgericht, so ist dasselbe, wenn ein Gewerbegericht errichtet wird, aufzuheben.“ Lutzauer wies auf die Mängel der Innungs-Schiedsgerichte und auf die Minderwertigkeit derselben

hin, dabei einige besonders krasse Fälle anführend, die sich beim Schiedsgericht der Breslauer Tischlerinnung ereignet haben. Diese Ausführungen unseres Genossen fanden selbstverständlich nicht die Zustimmung der beiden Innungslampen Jakobstötter und Pauli (Wotsam), welche sich bemühten, die Schiedsgerichte der Innungen in möglichst günstigem Lichte erscheinen zu lassen. Die Kommission war nicht geneigt, die Vorrechte der Innungen zu beseitigen und lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. Hierauf wurde auf Antrag Lutzauer und Trimborn beschloffen, folgende Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen: „Aus den Arbeitgebern entnommene Mitglieder, welche erst nach ihrer Wahl Mitglied einer im § 13 Absatz 3 bezeichneten Innung werden, sowie aus den Arbeitern entnommene Mitglieder, welche erst nach ihrer Wahl bei einem Mitgliede einer solchen Innung in Arbeit treten, bleiben bis zur nächsten Wahl im Amt.“ — Die Sozialdemokraten und Abg. Trimborn beantragten, den Gemeindebehörden zur Pflicht zu machen, bei den Gewerbegerichts-Wahlen eine Wählerliste wie bei den Reichstagswahlen anzufertigen, ohne daß die Wähler erst (wie es in Berlin geschieht) ihre Aufnahme in die Liste zu beantragen haben. Ferner sollen Polizeibehörden und Krankenkassen, die im Bezirk des Gewerbegerichts ihren Sitz haben, verpflichtet sein, der Gemeindebehörde auf Verlangen die für die Fertigung der Wählerliste erforderlichen Auskünfte zu geben. Gegen diesen Antrag machte der Regierungskommissar, Geh. Regierungsrat Wilhelm, mehrfache Bedenken geltend. Die obligatorische Einführung solcher Wählerlisten wurde hierauf gegen vier Stimmen abgelehnt und auf Antrag Schwarz's Vorschlag deren fakultative Einführung (durch ordnungsgemäße Bestimmung) beschloffen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde noch beschloffen, daß die Verwaltungstellen der eingeschriebenen Hilfskassen bei Feststellung der Wählerlisten ebenso berücksichtigt werden sollen, wie andre Krankenkassen.

Moritz Lewy wegen Meineids vor den Geschwornen.

Telegramm: Der Angeklagte Lewy wurde heute zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt. Dritter Tag der Verhandlung. König, den 15. Februar 1901.

In der Verhandlung gestaltete sich am Schluß der Sitzung die Vernehmung des

Korrespondenten der „Staatsbürger Zeitung“

Verteidiger Rechtsanwalt Appelbaum beantragt, den anwesenden Journalisten Zimmer als Zeugen zu vernehmen. — Kurz vor dem Speisiger-Prozess kam der Journalist Zimmer zu mir und sagte: Es werde in ganz König ungeheures Belastungsmaterial zusammengetragen, um Moritz Lewy des Meineids zu überführen. Er biete mir gegen Entgelt seine Dienste an, er sei in der Lage, den Lewy zu retten. Da mir Zimmer als Antisemit bekannt war, so fragte ich denselben, in welcher Richtung er zu Gunsten Lewys thätig sein wolle. Zimmer versetzte: Mir steht das Material zur Verfügung, wenn Sie aber meine Dienste ablehnen, dann ist Lewy unbedingt verloren. Ich habe das Anerbieten Zimmer's schließlich abgelehnt. Am 30. September, also eine Woche vor dem Speisiger-Prozess, kam Zimmer noch einmal zu mir und sagte: Jetzt ist's zu spät, jetzt kann ich es nicht mehr machen und wenn Sie mir 20000 R. geben. Aber seien Sie versichert, das Schicksal Lewys ist besiegelt. Am 6. Oktober wurde bekanntlich Lewy wegen dringenden Verdachts des wissentlichen Meineids verhaftet. Am folgenden Tage, den 7. Oktober, kam Zimmer wieder zu mir und sagte: Sehen Sie jetzt ein, Herr Rechtsanwalt, daß ich recht hatte. Auf meine Frage, ob er denn die Verhaftung hätte verhindern können, antwortete Zimmer: Ganz bestimmt. Dieser Vorgang ist für die Sache um so wichtiger, da in der That in den letzten acht Tagen vor dem Speisiger-Prozess ungeheures Material gegen Moritz Lewy zusammengetragen wurde. Ich nehme an, daß nachdem ich die Dienste Zimmer's abgelehnt hatte, dieser wieder mit vollen Segeln in antisemitischer Richtung thätig war. Ich beauftrage daher, den Journalisten Zimmer als Zeugen zu vernehmen.

Es wird hierauf Journalist Zimmer in den Saal gerufen. Er bemerkt auf Befragen des Präsidenten: Er sei Bürgermeister a. D. und sei später Redacteur geworden. Einige Zeit nach seinem Hiersein sei er Redacteur des „Königer Tagesblatts“ und Korrespondent der „Staatsbürger-Ztg.“ geworden. — Präsi.: Sie sollen nun zum R. A. Appelbaum gegangen sein und diesem angeboten haben, gegen Entgelt zu Gunsten Moritz Lewys thätig zu sein zu wollen? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Gingen Sie aus eigenem Antriebe zu Herrn Rechtsanwalt Appelbaum? — Zeuge: Nein, der jüdische Handelsmann Gerber ersuchte mich, zu Appelbaum zu gehen. — Präsi.: Sie wollten also, wenn Sie Geld erhalten, zu Gunsten der Juden thätig sein, d. h. in christlichen Kreisen Nachforschungen nach dem Mörder anstellen, obwohl Sie der Ueberzeugung waren, der Mörder sei nur unter den Juden zu suchen? — Zimmer: Jawohl, damit hätte ich aber meine antisemitische Gesinnung nicht geändert, denn indem ich in christlichen Kreisen Nachforschungen anstellte, konnte ich immer meiner Herzensneigung folgen und nach Spuren unter den Juden suchen. — Verteidiger R. A. Appelbaum: Giebt der Zeuge zu, daß er zu mir gesagt hat: Es wird in der ganzen Stadt ungeheures Material zusammengetragen, um Moritz Lewy des Meineids zu überführen? Er sei im Stande, Lewy zu retten und wenn ich seine Dienste ablehne, dann ist Lewy verloren? — Zeuge: Das ist möglich. — Vert.: Giebt der Zeuge zu, daß er mir auf meine Frage, wodurch er Lewy retten könnte, sagte: Ich gehe bei Rechtsanwalt Gebauer aus und ein, um diesem das Belastungsmaterial gegen Moritz Lewy zu überbringen. Wenn ich nun dem Rechtsanwalt Gebauer sage: Die Zeugen wissen nichts, dann werden sie einfach nicht geladen? — Zeuge (nach einigem Zögern): Das ist möglich. — Vert.: Giebt der Zeuge zu, daß ich ihm Anerbieten ablehnte? — Zeuge: Nun so positiv haben Sie mein Anerbieten nicht abgelehnt. Sie haben mir doch gesagt, daß Sie deshalb erst in Berlin anfragen müßten? — Vert.: Habe ich Ihnen nicht eine Depesche gezeigt des Inhalts: Widerrate, mit Zimmer in Verbindung zu treten? — Zeuge: Das ist mir nicht mehr erinnerlich. — Vert.: Giebt der Zeuge zu, daß er am 30. September mir sagte: Nun ist's zu spät, jetzt kann ich's nicht mehr machen und wenn Sie mir 20000 R. geben, aber seien Sie versichert, das Schicksal Moritz Lewys ist besiegelt? — Zeuge: Das ist möglich. — Erster Staatsanwalt: Sind Sie der Z.-Korrespondent des „Königer Tagesblatts“ und der „Staatsbürger-Zeitung“? — Zeuge: Jawohl. — Erster Staatsanwalt: Sie schreiben in der „Staatsbürger-Zeitung“ auch unter den Zeichen „m“ und „r“? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen, ich lege auf die Zeichen kein Gewicht, sondern habe das stets der Redaktion überlassen. — Erster Staatsanwalt: Sie geben aber zu, daß aus Ihrer Feder im „Königer Tagesblatt“ und in der „Staatsbürger-Zeitung“ eine große Anzahl Artikel herrühren, in denen in schärfster Weise die Behörden, insbesondere mein Amtsvorgänger und die Berliner Polizeibeamten beschuldigt wurden, in der Winterschen Nothlage zu Gunsten der Juden thätig gewesen zu sein? — Zeuge: Ich habe wohl eine Anzahl derartiger Artikel geschrieben, ich habe mich aber streng gehalten, jemanden zu beleidigen. — Erster Staatsanwalt: Jedenfalls geben Sie zu, über den Königer Mord in antisemitischem Sinne geschrieben zu haben, als Sie Herrn R. A. Appelbaum anboten, zu Gunsten der Juden thätig zu sein zu wollen? — Zeuge: Damals schrieb ich weder für das „Königer Tagesblatt“, noch für die „Staatsbürger-Zeitung“. — Erster Staatsanwalt: Für welche Zeitung schrieben Sie damals? — Zeuge: Für die „Deutsche Wacht“ in Dresden. — Erster Staatsanwalt: Das ist doch auch eine antisemitische Zeitung? — Zeuge: Jawohl. — Erster Staatsanwalt: Also jedenfalls geben Sie zu, daß Ihre antisemitische Gesinnung Sie nicht abhielt, den Juden Ihre Dienste anzubieten? — Zeuge: Innerlich bin ich stets Antisemit. — Erster Staatsanwalt: Innerlich sind Sie Antisemit, um übrigen sind Sie Philofoemist? (Heiterkeit im Zuhörerraum.) — Ver-

teidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld: Geben Sie zu, daß Sie auch dem philofoemischen „Kleinen Journal“ in Berlin Ihre Artikel angeboten haben? — Zeuge: Jawohl, ich bot dem „Kleinen Journal“ Artikel über meine damaligen Differenzen mit der „Staatsbürger-Zeitung“ an. — Verteidiger: Wurden Ihre Anerbietungen vom „Kleinen Journal“ angenommen? — Zeuge: Nein, abgelehnt. Der Zeuge erklärt noch, daß der mehrmals erwähnte Schiller ihm gesagt habe: er sei weder in antisemitischen, noch in philofoemischen Sinne thätig. Er verfolge alle Spuren, die ihn zur Entdeckung des Mörders geeignet erscheinen. Er habe auch einmal vier Wochen lang in Diensten Schillers gestanden. — Der Präsident erklärt danach die Beweisaufnahme für geschlossen und verliest die den Geschwornen vorzulegenden Schuldfragen.

Diese lauten etwa: Ist der Angeklagte schuldig, in drei Fällen wissentlich einen Meineid geleistet zu haben, mit der Unterfrage: Konnte der Angeklagte durch Verwundung der Wahrheit eine strafrechtliche Verfolgung beschaffen? — Auf Antrag der Verteidigung wird noch in allen drei Fällen die Unterfrage wegen fahrlässigen Meineids gestellt. Danach wird die Verhandlung auf Samstag vormittags 9 Uhr vertagt.

(Telegraphischer Bericht.)

König, den 16. Februar 1901.

Heute ist der Andrang des Publikums ein so furchtbarer, daß es für die Berichterstatter geradezu lebensgefährlich ist, zu ihren Plätzen zu gelangen.

Auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Sonnenfeld wird nochmals in die Beweisaufnahme eingetreten und der Privatdetektiv Gustav Schiller aus Berlin vernommen. Derselbe bemerkt, daß er seit April in König weise. — Präsi.: In welchem Auftrage sind Sie thätig? — Zeuge: Ich bin von einem Bevollmächtigten des „Verbandes zur Abwehr des Antisemitismus“ hierher engagiert. — Präsi.: Wer hat Sie dem Verein empfohlen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Zunächst hat mich Dr. Leo Leipzig, der Chefredacteur des „Kleinen Journals“, nach König geschickt. Vielleicht hat dieser mich empfohlen. — Der Zeuge giebt abdam auf Befragen des Präsidenten zu, mit Hl. Wellenath wegen ihres Zeugnisses gesprochen zu haben. Er habe sie aber nicht beeinflusst, sondern nur warnen wollen etwas Unrechtes anzutagen.

Auf Befragen seitens des Verteidigers Rechtsanwalt Sonnenfeld teilt Kriminalkommissarius Schun-Berlin mit: Der Direktor des hiesigen Gymnasiums teilte dem Ersten Staatsanwalt Settegast seiner Zeit mit, daß er alle Gymnasialisten gefragt habe: ob sie einen Verleher Winters mit Moritz Lewy bemerkt hätten. Das Ergebnis sei ein negatives gewesen.

Nach einigen unwesentlichen Zeugenvernehmungen wird nunmehr die Beweisaufnahme geschlossen.

Abdam ergreift das Wort

zur Schulfrage

der Erste Staatsanwalt Dr. Schweiggert: Meine Herren Geschwornen! „Das ist der Fluß der bösen That, daß sie fortzuehend Böses muß gebären.“ So schrieb vor einigen Tagen eine hiesige Zeitung, so sage auch ich. Seit in dem Mönchseid Leichenteile gefunden wurden, die zur Gewißheit führten, daß ein blühender junger Mann durch eine entsetzliche That ums Leben gekommen ist, ist die hiesige Stadt in zwei Teile zerfallen, ist unglückliches Unglück über die Stadt gekommen. Wie viel Thränen sind geflossen? Der Särel nach Sühne dieses Verbrechens zum Himmel, dieser Enttäuschungsschrei, findet bei mir ein vollständiges Echo. Ob es aber jemals gelingen wird, dieses Dunkel zu lüften, das weiß nur Gott. Ich kann nicht beweisen, daß der Angeklagte am Mord beteiligt war. Deshalb kam ich diese Behauptung auch nicht ansprechen. Ich eruche Sie deshalb, alles Weirer beiseite zu lassen und lediglich zu prüfen, ob die Angeklagte einen Meineid geleistet hat. Wenn ich die furchtbare Beschuldigung erhebe: der Angeklagte habe dreimal Meineid geleistet, so sage ich: der Grund bei ihm war die Furcht, daß er, wenn er die Wahrheit sagte, er habe Winter getaunt, dann in den Verdacht des Mords geriet. Ich habe mich gefragt, wie kam ein 18-jähriger Gymnasialist zu dem Verleher mit einem 28-jährigen jüdischen Fleischergehilfen. Das Bindglied zwischen beiden war Anna Hoffmann, der beide den Hof machten. Von der Verteidigung wurden eine Reihe Zeugen geladen worden, die den Verleher des Angeklagten mit Winter nicht wahrgenommen haben. Das ist doch aber kein Beweis. Sie können aber doch nicht sagen, ob der Verleher nicht stattgefunden hat. Wir haben doch so viele Zeugen hier gehabt, die mit vollster Bestimmtheit den Verleher wahrgenommen haben. Eine Anzahl Detektives, die sich Freunde der Wahrheit nannten, wie Wenzel, Schiller, Rauch und Stephan, sind im jüdischen Sinne bemüht gewesen, diese Zeugen durch Traktieren und andere Mittel zu beeinflussen. Ich bin ein unparteiischer Mann und nehme Zimmer nicht an. Es ist das der Mann, der innerlich antisemitische, andererseits philofoemische Gesinnung hegte; der mit der rechten Hand die schärfsten antisemitischen Artikel schrieb; der die Behörden in schroffer Weise angriff, und der mit der linken Hand das Geld von Juden nehmen wollte, um im Sinne der Juden thätig zu sein. Solche Leute, die keinen Funken Ehre besitzen, erschweren die Untersuchung. Sie brauchen die Hülfe solcher Leute nicht. Das sind nur Salsächtenbummler. Hinans mit diesen Leuten, die diese unglückliche Stadt als mellende Kuh betrachten. — Redner geht dann im weiteren eingehend auf die einzelnen Zeugenbefragungen ein und führt ferner aus: Die Aussagen für den Schuldbeweis sind so reichhaltig, daß man eine Anzahl Zeugen preisgeben kann. Insbesondere gebe ich preis die Zeugen Lühke und Tochter, Mai, Ruyr. Es bleiben aber jedenfalls 25 Zeugen, an deren Glaubwürdigkeit nicht zu rütteln ist.

Sie sollen den Angeklagten nicht verurteilen, weil er Jude ist. Das wäre auch gegen den Willen unsres Heilands; es wäre eine Verletzung der christlichen Religionsgrundsätze. Verurteilen Sie den Angeklagten, weil er sich vergangen hat an den Grundfragen der christlichen Gesetgebung, aber auch an den Vorschriften seiner eignen Religion, die ebenfalls vor schreibt: „Du sollst nicht falsches Zeugnis ablegen wider deinen Nächsten.“

Verteidiger Rechtsanwalt Appelbaum:

Meine Herren Geschwornen! Wenn der Herr Erste Staatsanwalt gesagt hat: „Hier im Gerichtssaale finden die Parteileidenschaftigen keine Stätte“, so stimme ich dem vollständig bei. Klein außerhalb des Gerichtssaales tobten die Parteileidenschaften fürchterlich. Sofort nach der Auffindung der Leichenteile wurde behauptet: Die Juden hätten einen Ritualmord begangen. Die antisemitischen Zeitungen begien ganz fürchterlich. Die „Staatsbürger Zeitung“ wurde monatelang in König verbreitet. Das „Königer Tagesblatt“ wurde antisemitisch. Es ist doch anzunehmen, daß viele Zeugen unter einer gewissen Engeffion ausgefragt haben. Der Erste Staatsanwalt hat der Verteidigung den Vorschlag gemacht, daß sie mit Privatdetektivs arbeite. Der Staatsanwaltschaft steht ein großer Beamtenapparat zu Gebote. Die Verteidigung ist nicht in der Lage, selbst Nachforschungen anstellen zu können. Sie muß zur Ermittlung der Wahrheit die Hilfe von Privatdetektivs in Anspruch nehmen. Das ist zweifellos ein großer Mißstand. Es ist aber nicht die Schuld der Verteidigung, sondern der Gesetgebung. Meine Herren Geschwornen! Sind Ihnen nicht schon Verlonenverwechslungen vorgekommen? Wir ist es schon häufig passiert, daß ich in den Lokalen begriffen wurde, mit Personen gesprochen, mich unterhalten habe, ohne den Namen der Personen gekannt zu haben. Nehmen wir an, es fragt mich jemand auf der Straße nach einem Hause. Ich gehe mit diesem zusammen, unterhalte mich mit ihm und verabrede mich. Nun will es aber das Unglück, daß dieser Mann ermordet wird. Ich werde gefragt, ob ich den Ermordeten gekannt hätte. Ich beschwöre mit gutem Gewissen, ich habe den Ermordeten nicht gekannt. Es kommen dann 20, nein, 100 und sagen: „Die kann Appelbaum um so etwas beschwören? Ich habe ihn mit dem Ermordeten gekannt, sprechen und gegessen.“ Und ich habe doch die Wahrheit beschworen. Wenn ein Zeuge aufgetreten wäre, der gelagt hätte: „Ich habe mit Lewy und Winter zusammen gestanden und gesprochen“, wenn ein solcher

Zeuge aufgetreten wäre, dann wären alle andern Zeugen überflüssig. Aber ein solcher Zeuge ist trotz aller Bemühungen nicht beschafft worden. Wenn die besten Freunde beider den Verleher nicht wahrgenommen haben, dann ist der Verleher möglich, aber nicht wahrhaftig. Aber sogar die Familie Hoffmann, die beide kannte und dem Angeklagten sogar feindselig gesinnt ist, hat niemals den Verleher wahrgenommen. Man sollte doch annehmen, daß zwei Liebhaber eines Mädchens sich doch einmal getroffen hätten. Endlich hat die Nachbarschaft von dem Verleher nichts wahrgenommen. Der Angeklagte war von der Volkmeinung des Worts verdächtigt worden. Er konnte sich nur vor der Verhaftung dadurch schützen, daß er sich in allen Dingen streng an die Wahrheit halten mußte. Er mußte wissen, daß er, sobald er nur einmal von der Wahrheit abwich, sofort verhaftet wird. Der Angeklagte hatte also alle Veranlassung, auch betreffs des Verlehrs mit Winter streng bei der Wahrheit zu bleiben. Ich will jetzt schließen mit der Bitte an Sie, meine Herren Geschworenen: die Schuldfragen zu verneinen.

Verteidiger Rechtsanwalt Sonnensfeld:

Meine Herren Geschworenen! Der Herr Erste Staatsanwalt ist sehr richtig auf das Motiv eingegangen: daß, wenn der Angeklagte einen Meineid geschworen hat, er diesen aus Furcht, wegen Mords verfolgt zu werden, geleistet hat, das ist sicher. Es genügt, wenn jemand eine, wenn auch vollständig grundlose Beschwörung hat. Aber nachdem ihn der Kriminalkommissar Wehn eindringlich ermahnt hat, wenn es wahr sei, den Verleher doch zuzugeben, muß man annehmen, daß der Angeklagte die Wahrheit beschworen hat. Der Angeklagte hat gar nichts bestritten, was die Zeugen bezeugt haben. Er hat die Möglichkeit zugegeben, daß er mit Winter zusammengekommen habe, zusammen gegangen sei, zusammen gesprochen und sich begrüßt, aber nicht gekannt habe. Kann sich jemand noch gewissenhafter ausdrücken? Für Juristen genügt es, daß er sagt: „Ich habe den Mann nicht gekannt.“ Solange nicht nachgewiesen ist, daß er mit Bewußtsein falsch geschworen hat: „Ich habe den Namen nicht gekannt.“ ist eine Verurteilung nicht möglich. — Der Verteidiger geht alsdann eingehend auf die Zeugenaussagen ein und plädiert gleichfalls für Freisprechung. Es entwickelt sich nunmehr zwischen Staatsanwalt und Verteidiger ein lebhaftes Fär und Wider den Angeklagten. Auf eine Bemerkung des Staatsanwalts über die Hege von jüdischer Seite bemerkt Rechtsanwalt Appelbaum: Da der Erste Staatsanwalt den Vorwurf erhoben hat, daß von jüdischer Seite auch gegen die christliche Bevölkerung gehetzt worden sei, beantrage ich, diesen Vorwurf zu verlesen und dazu den Journalisten Zimmerer zu vernehmen. — Präsident Landgerichtsdirektor Schwedowitz: Der Herr Erste Staatsanwalt hat nur von jüdischen Zeitungen gesprochen. — Verteidiger Rechtsanwalt Appelbaum: Das ist aber nicht Gegenstand der Verhandlung gewesen. Ich wundere mich, daß der Herr Präsident das zugelassen hat. — Präsi.: Ich muß diesen Vorwurf zurückweisen. Es ist Gegenstand der Hauptverhandlung gewesen. — Verteidiger Rechtsanwalt Appelbaum: Mit Rücksicht auf den Korrespondenten verzichte ich auf die Verlesung des Briefes. Nachdem aber der Erste Staatsanwalt den Vorwurf erhoben hat, daß gegen die christliche Bevölkerung gehetzt worden sei, muß ich bemerken, daß ich seit langer Zeit beweisen konnte, daß die Hege gegen die genannten christlichen Familien nicht von Juden, sondern von ausgesprochenen Antisemiten ausgegangen ist. Ich habe aber trotzdem das Material nicht verworfen, sondern ruhig zugehört, wie Zimmerer in der „Staatsbürger-Zeitung“ und dem „Königlichen Tageblatt“ gegen die Juden unter antisemitischem Dörmantel weiter hegte. Es hat mich gestern in der Seele leid getan, daß ich durch die beantragte Vernehmung Zimmerers gezwungen werden mußte, dessen Bemerkungen zu verlesen. Es ist aber die Pflicht des Verteidigers, das Interesse des Angeklagten wahrzunehmen. Es ist mir bekannt, daß Zimmerer in der Familie Hoffmann als Freund verkehrte und trotzdem den Verdacht gegen die Familie Hoffmann erhoben hat.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Sonnensfeld richtet hierauf an den Ersten Staatsanwalt die Frage, ob er Auskunft geben wolle darüber, daß die Einleitung des Verfahrens gegen Hoffmann und andre christliche Familien auf Veranlassung von Juden geschahen sei. — Erster Staatsanwalt Dr. Schweigger: Ich verweigere hierüber die Auskunft. — Verteidiger Rechtsanwalt Sonnensfeld: Dann beantrage ich, den Kriminalinspektor Braun aus Berlin hierüber zu vernehmen. — Da derselbe beim Aufruf nicht zugegen ist, stellt der Verteidiger Rechtsanwalt Sonnensfeld an den Ersten Staatsanwalt die Frage, ob er zugebe, daß der mehrfach genannte Stephan auch einige Zeit in seinen Diensten gestanden habe. — Erster Staatsanwalt Dr. Schweigger: Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß Stephan die Behörde auf eine neue Spur aufmerksam machte, die ohne dessen Mißbilligung nicht verfolgt werden konnte, deshalb war Stephan kurze Zeit im Einverständnis mit der Berliner Behörde in meinen Diensten. — Verteidiger Rechtsanwalt Sonnensfeld: Das genügt mir. Ich war erstaunt, daß der Erste Staatsanwalt jetzt besonders betonte: Die Unschuld des Angeklagten am Mord sei nicht nachgewiesen, aber er habe nicht hinreichendes Material, um die Anklage wegen Mordes gegen den Angeklagten zu erheben. Es ist das eine ungewollte Stimmungsmache; sie hat aber dieselbe Wirkung wie eine gewollte und erinnert an den Standpunkt des Staatsanwalts, der sagte: „So lange mir der Angeklagte nicht den Beweis liefert, daß er ein anständiger Mensch ist, halte ich ihn für einen Spitzbuben.“ Solche Bemerkung im letzten Stadium ist nicht loyal. — Präsident: Angeklagter, haben Sie noch etwas anzuführen? — Angeklagter: Ich ersuche die Herren Geschworenen, die Schuldfragen zu verneinen. Ich habe die Wahrheit beschworen, so wahr mir Gott helfe. (Gelächter im Publikum)

Das Urteil.

Nach halbständiger Beratung traten die Geschworenen wieder ein. Unter gespannter Aufmerksamkeit des Publikums verliest der Obmann Kaufmann Paul Werner-König: Die Geschworenen haben alle 3 Schuldfragen wegen wissenschaftlichen Meineids und die Unterfrage ob der Angeklagte durch Verleumdung der Wahrheit strafrechtliche Verfolgung befürworten konnte, bejaht. Der Erste Staatsanwalt beantragt hierauf, das Strafmaß auf 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und dauernde Eidesunfähigkeit festzusetzen.

Der Angeklagte bittet weinend um Milde, da er unschuldig sei. Nach kurzer Beratung des Gerichtshofs verliest der Präsident, Landgerichtsdirektor Schwedowitz: Der Gerichtshof hat auf eine Strafe von vier Jahren Zuchthaus, vier Jahren Ehrverlust und dauernde Eidesunfähigkeit erkannt, sowie dem Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt. Der Angeklagte ist abzuführen. Bei der Abführung wird dem Verurteilten zugerufen: „Adieu Moritz!“ „Viel zu wenig!“ „Hättest müssen 20 Jahre bekommen!“

Partei-Nachrichten.

Der erste Socialdemokrat in der Hamburger Bürgerschaft.

Die gestrige Wahl zur halbjährlichen Erneuerung der Hamburger Bürgerschaft hat unsere Hamburger Genossen einen ganz unerwarteten Erfolg gebracht: neben einem bedeutenden Zuwachs der socialdemokratischen Stimmen in allen Bezirken die Wahl des Genossen Otto Stolten, der nun als erster Socialdemokrat in das Hamburger Rathaus eingezogen wird. Bis vor wenigen Jahren war gar nicht daran zu denken, daß ein Socialdemokrat in die Bürgerschaft gewählt werden könnte. Die Hamburger Parteigenossen beteiligten sich deshalb offiziell überhaupt nicht an den Wahlen. Das Wahlrecht war ein so miserables, wie in keinem zweiten deutschen Bundesstaat. Ein Teil der Bürgerschaftsmitglieder wurde und wird auch noch heute durch privilegierte Wahlen gewählt, durch die Grundeigentümer- und Rotabestimmten. Die Grundeigentümer wählen vierzig Abgeordnete, die Rotabestimmten — Mitglieder der Gerichts- und Verwaltungsbehörden — ebenfalls vierzig Abgeordnete, zusammen 80 Abgeordnete. Die gleiche Anzahl Abgeordnete ging aus allgemeinen Wahlen hervor, an denen sich Grundeigentümer und Rotabestimmte wiederum beteiligten, so

daß diese mindestens zweimal, teils sogar dreimal wählen konnten. Dazu war der Erwerb des Bürgerwahlrechts für die allgemeinen Wahlen noch an die unerhörte Bedingung geknüpft, daß dafür ein Kaufpreis von 30 M. gezahlt werden mußte. Unter diesen Umständen gab es unter den Arbeitern natürlich eine kaum nennenswerte, jedenfalls aber völlig einflußlose Anzahl von Bürgern.

Im Jahre 1897 bequeme man sich dann endlich dazu, das Bürgerrecht etwas zu reformieren. Der Kaufpreis von 30 M. wurde abgeschafft, dafür aber der Erwerb des Bürgerrechts an die Bedingung geknüpft, daß man mindestens 5 Jahre hintereinander ein Einkommen von 1200 M. versteuert haben müsse. Eine von der Arbeiterschaft beabsichtigte weitergehende Verbesserung durch Herabsetzung des Census auf 900 M. wurde von der Linken der Bürgerschaft verhindert. Trotz des auch für Hamburger Verhältnisse recht hohen Census durfte jetzt aber gehofft werden, daß genügend Arbeiter das Bürgerrecht erwerben könnten, sodas eine Wahlbeteiligung für die Zukunft nicht ganz aussichtslos sei. Es wurde deshalb offizielle Verteilung beschlossen und dieser Beschluß bei der im Jahre 1898 stattgefundenen halbjährlichen Erneuerung der Bürgerschaft auch ausgeführt. Das Resultat waren in allen Bezirken ganz hübsche Minoritäten, die in einigen Jahren Erfolg erhoffen ließen. Auch von der jetzt stattgefundenen halbjährlichen Wahl — die Vertreter zur Bürgerschaft werden auf 6 Jahre gewählt und zwar so, daß nach je drei Jahren eine Hälfte der Bürgerschaft neugewählt wird — erhoffte man noch nichts, als einen kleinen Zuwachs an Stimmen.

Das Resultat ist allen überraschend gekommen. In allen Bezirken — mit Ausnahme des Landbezirks — haben wir sehr ansehnliche Minoritäten errungen und sitzen den alten Parteien in vielen Bezirken hart auf den Fersen. Dazu ist Genosse Stolten, ein geborner Hamburger und politischer Redacteur des „Hamburger Echo“, gegen einen Metallwaren-Fabrikanten und müden Socialisten, der den Bezirk bisher vertrat, gewählt. Der Bezirk, der den ersten Socialdemokraten in das herrliche Rathaus der alten Hansestadt schickte, ein Teil des Hammerbrook, hat schon einmal bei einer Wahl eines Socialdemokraten den Ausschlag gegeben. Als im Jahre 1883 Vebel im ersten Wahlkreise für den Reichstag kandidierte, hatte man am Abend allgemein schon angenommen, er sei unterlegen. Seinem Gegenkandidaten, dem freisinnigen Hamburger Richter, wurde schon allgemein zu seiner Wahl gratuliert. Er hatte viel Stimmen mehr, als Vebel in allen Bezirken. Nur ein Bezirk fehlte noch, aber man glaubte nicht, daß er das Resultat ändere. Da kam das Resultat, und es warf alle Kalkulationen über den Haufen: Vebel war gewählt und Hammerbrook landte seinen ersten Socialdemokraten in den Reichstag. Jener Bezirk war die Idastraße im Hammerbrook. Sie heißt seit jenem Tage im Volksmund ganz allgemein Vebels-Allee. „Vebels-Allee“ hat jetzt wieder mitgeholfen, den ersten Socialdemokraten in die Hamburger Bürgerschaft zu senden.

Reben diesen glänzenden Erfolgen der Socialdemokratie, die für die Zukunft das allerbeste erhoffen lassen, ist bei der gestrigen Wahl besonders bemerkenswert: die eklatante Niederlage des Antisemitismus. Die Antisemiten, die bisher drei Sitze in der Bürgerschaft hatten, hofften bestimmt, das Doppelte diesmal voll zu machen. Sie haben trotz rühriger Wahlarbeit und in der That schmutzigster Agitation — so verbreiteten sie 4. V. rote Flugblätter, die mit demagogischem Text die Arbeiter verwirren sollten — eine eklatante Niederlage auf der ganzen Linie erlitten. Es ist ihnen nur gelungen, ihren einen diesmal freitragigen Sitz zu retten, doch gingen auch hier die Stimmen von 204 auf 188 zurück, während die Socialdemokratischen von 96 auf 112 stiegen. Diese unerwartet gekommene entschiedene Niederlage haben die Antisemiten nicht in letzter Linie ihrem Eintreten für den Brotwucher zu danken. Damit dürfte aber der Antisemitismus für Hamburg, ehe er in der Bürgerschaft ein nennenswerter Faktor geworden, auch gleich endgiltig abgewirtschaftet haben, selbst wenn er in einer notwendig gewordenen Nachwahl noch einen Sitz erobern sollte. Die Socialdemokratie hat ihren Vormarsch angetreten und neben ihr ist für den Antisemitismus kein Platz.

Von der Pariser Presse. In die Redaktion der „Rhein- u. Westf. Arbeiterzeitung“ in Dortmund und ist zur Vertretung des Genossen Vredendeb, der längere Zeit hinter schwedischen Gardinen zubringen muß, der Genosse Louis Scheide aus Hartmannsdorf in Sachsen eingetreten.

In den letzten drei Monaten hat „Der arme Teufel aus der Oberlausitz“ allein in der Stadt Jittau 500 neue Abonnenten gewonnen. Die sächsische Oberlausitz ist auf dem besten Wege, zu einer sicheren Domäne unsrer Partei zu werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Socialdemokratische Kampfesweise.

Unter dieser Spitzmarke kommt die „Germania“ nochmals auf den ihr so lieb gewordenen „Fall Hoppe“ zurück. Die Anklagechrift, die sie dort gegen die „socialdemokratische“ Zimmererorganisation und verdrückt, enthält fünf Punkte. Sie deutet — im Deuten ist die „Germania“ bekanntlich stark — unser Schweigen als ein Eingeständnis der Schuld.

Wir haben keine Ursache, immer und immer wieder der Verleumdungen und Verdrehungen des Organs für „Wahrheit und Recht“ entgegenzutreten, denn das durch unsre Thätigkeit, die es in der Brotwucherfrage erhalten hat, wird geordnete Centrumorgan ist jetzt vollends außer Rand und Band.

Die Sachen stehen jetzt so, daß die „Germania“ die Behauptung aufrecht erhält, Kollakowski habe den fraglichen Schein unterzeichnet, unser Gewährsmann ist bereit, jederzeit und jeden Ort zu bezeugen, daß ihm K. versichert hatte, daß er das Zeugnis nicht unterzeichnet habe. Jetzt (und zwar gerade am heutigen Tage kommt unser Gewährsmann von K. zurück) giebt Herr Kollakowski allerdings zu, dem Drängen der „Germania“-Leute nachgegeben zu haben; er hat das ihm vorgelegte Schriftstück unterschrieben, ohne über den Sinn und die Tragweite desselben sich recht klar gewesen zu sein. Der Umstand, daß Herr Kollakowski Pole ist, der die deutsche Sprache nicht vollkommen beherrscht, läßt dies wohl glaublich erscheinen. Herr Kollakowski hält aber das, was er unsern Gewährsmann in einem zweiten Schriftstück unterzeichnete, noch wie vor vollkommen aufrecht. In diesem Schriftstück ist die Behauptung der „Germania“, die Zimmerer hätten, um die Entlassung Hoppes zu erwirken, ihre Arbeitsleistung gefälscht eingedrückt, als Lüge gekennzeichnet. Herr K. bleibt aber auch jetzt noch dabei, daß er Hoppe nicht entlassen habe.

So steht Behauptung gegen Behauptung. Wir sind unsres Gewährsmanns vollkommen sicher; das, was er uns mitgeteilt ist, durchaus wahr. Will die „Germania“ die Sache gerichtlich feststellen, wie wollen sie daran nicht hindern.

Deutsches Reich.

An die deutsche Arbeiterkassette!

Kameraden! Vor zwei Jahren haben wir in Montceau-les-Mines eine Gewerkschaft der Bergarbeiter gegründet, um den unerträglichen Brutalitäten der Unternehmer entgegenzutreten zu können. Unsere Organisation zählt jetzt 9540 Anhänger. Die Unternehmer sind während darüber und möchten unsere Organisation gern wieder zerstören. Seit Juni 1899 liegen wir in beständigem Kampfe mit unsren „Herren“, 20 000 Menschen wollen sie unter ihren Willen beugen. Der gegenwärtige Streik dauert seit dem 21. Januar (wir haben wiederholt darüber berichtet, R. d. W.). Die Unternehmer setzen sich frivol über alle gesetzlichen Bestimmungen hinweg und treten unser Recht mit Füßen.

Kameraden! Wir sind entschlossen, den Kampf bis aufs äußerste fortzusetzen. Leider sind unsre Klassen durch die immerwährenden Streiks, zu denen wir getrieben worden sind, erschöpft, so daß wir

unsre deutschen Brüder um Unterstützung anrufen müssen. Helft uns in dem Kampf um unser Recht.

Alle Sendungen bitten wir zu richten an: J. Clémentz, Rue Croix des Oiseaux, Montceau-les-Mines, Saône-A-Loire (Frankreich).

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Bühnenarbeiter in Breslau, welche in dem „Verband des teatralischen Bühnenpersonals (Sitz Berlin)“ organisiert sind, haben einen Erfolg errungen. An den verbleibenden drei Theatern ist folgende Forderung aufgestellt worden: Erhöhung des monatlichen Lohns um 10 M., Bezahlung der Nachmittags-Vorstellungen und alle 14 Tage einen freien Tag. Diese Forderung ist nach einer Aussprache zwischen dem Herrn Direktor Löwe und einer von den Bühnenarbeitern gewählten Kommission bewilligt worden.

In der Buchbinderei von Anhöf u. Co. in Göhring sind Maßregelungen von Buchbindern vorgenommen worden. Die Firma soll sich nach Berlin und Leipzig gewandt haben, um Ersatzkräfte heranzuziehen.

Zur Brauerbewegung in Kulmbach haben die Brauer- und Mälzerei-Besitzer ihren Arbeitern eine „öffentliche Justizung“ zugesandt, in der sie den Centralverband deutscher Brauer als Vermittler ablehnen, sie wollen höchstens eine Kommission anerkennen, deren Vorsitzender Bürgermeister Fleiss oder der demnächst zu bestimmende Vorsitzende des Gewerbegerichts sein soll. Interessant ist, daß in dem Ufss auch davon gelaubt wird, der Centralverband habe die Absicht, das Kulmbacher Bier in den norddeutschen Städten zu monopolisieren, wie der Leiter der Bewegung, G. v. Künzberg, gedroht habe. Eine diesbezügliche Äußerung ist nur in einer Unterredung mit Herrn Bürgermeister Fleiss gefallen, die dabei besprochenen Angelegenheiten sollten aber auf beiderseitigen Wunsch geheim gehalten werden. Die Unternehmer sind der Ueberzeugung, daß ihre mahyvollen, treuen, thätigen Arbeiter sich nicht durch auswärtige Agitatoren zu Gewaltmaßnahmen verleiten lassen würden. Der Appell dürfte aber umsonst sein, denn die Arbeiter sind entschlossen, die Unternehmer zur Anerkennung ihrer bescheidenen Forderungen zu zwingen. Die verschiedenen Aktienbrauereien in Kulmbach verteilen bis zu 30 Proz. Dividende, während die Arbeiter einen Wochenlohn von 18 resp. 20 M. fordern.

Ausland.

Aus Chalons sur Saone meldet der Telegraph vom 16. Februar: Auch heute vormittag zogen größere Truppen Ausständiger in die Werkstätten der Metallarbeiter und erzwingen die Einstellung der Arbeit. Die verschlossenen Thore einer Werkstätte wurden von den Unruhestiftern erbrochen. Als die Streikenden sich anschlössen, im geschlossenen Zuge nach der Stadt zurückzukehren, verpörrten ihnen Gendarmen und Soldaten den Weg und nahmen 26 Verhaftungen vor.

China.

Der Anseh von die Prinzenköpfe.

Soweit die Nachrichten über die diplomatischen Thaten in Peking die Lage übersehen lassen, dauert der widerliche Streit um die abzufliegenden Prinzenköpfe fort, obwohl die zwei oder drei Abkalmächte doch endlich eingesehen haben sollten, daß die chinesische Dynastie die Forderung der Enthauptung unmöglich bewilligen kann. Auch sollten die Heihyporne, die unter allen Umständen auf ihrer Forderung bestehen, doch längst begriffen haben, daß China in seiner ablehnenden Haltung durch einige der Mächte selbst bestärkt wird. Hat man doch sogar die Erfahrung machen müssen, daß China über die Vereinbarungen der Diplomaten unter einander vortrefflich unterrichtet wird.

Interessant für die Stellung der chinesischen Regierung ist eine Auslassung der „Ostas. Korresp.“, die sich chinesischer Zuspaltungen erfreut. Die Korrespondenz schreibt:

„Die Beweggründe zur Hinrichtung der Prinzen vor vierzig Jahren, unmittelbar nach dem Tode des Kaisers Hienfong (worauf von den Vertretern der Mächte als Prägenung zur Begründung ihrer Forderung, die schuldigen kaiserlichen Prinzen auch jetzt mit dem Tode zu bestrafen, zuletzt hingewiesen wurde), waren in der That ganz anderer Art wie die Verbrechen, wegen welcher auch jetzt die Todesstrafe gegen die kaiserlichen Prinzen von den Mächten gefordert wurde. Jene Prinzen, welche der kaiserlichen Familie gar nicht angehört und mit dem erblichen Titel und Rang von Prinzen hatten, waren Rebellen gegen die legale Thronfolge und gegen den Regentschaftsrat des minderjährigen Kaisers Lungtschih, des einzigen Sohnes des Kaisers Hienfong. Dieser Regentschaftsrat bestand damals aus der noch lebenden Kaiserin-Witwe und Regentin, als leiblicher Mutter des Kaisers Lungtschih, aus der vor etwa siebzehn Jahren verstorbenen ersten (indertholten) Gemahlin des Kaisers Hienfong und aus dem bekannten, Ende Mai 1898 verstorbenen fremdenfreundlichen großen Staatsmann und Bruder des Kaisers Hienfong, dem (sechsten) Prinzen Kung. Und dieser Regentschaftsrat hat auch jene Prinzen als Rebellen gegen die kaiserliche Familie, zum Schutze der legalen Herrschaft, ohne jede Ermächtigung von außen, hingerichtet lassen, während hier fremde Mächte die Hinrichtung von kaiserlichen Prinzen fordern, die allerdings schwere Verbrechen begangen haben, zu welchen sie sich aber nach chinesischer Auffassung aus patriotischen Motiven und zum Schutze der Dynastie und der Chinesen hatten verleiten lassen.“

Diese Auffassung, daß die Tuan und Lungtschih sich doch gar keine Verbrechen gegen die Dynastie hätten zu Schulden kommen lassen, deshalb also gar keine Rebellen im Sinne jener vor vierzig Jahren hingerichteten Titularprinzen seien, wurde ja auch kürzlich von den chinesischen Gesandten den europäischen Diplomaten gegenüber geltend gemacht. Diese letzteren legten daraufhin freilich den Unterhändlern die Frage vor, ob denn die Rebellion gegen die Mächte nicht auch gleichzeitig eine Rebellion gegen die chinesische Regierung gewesen sei, da diese doch den Aufstand bekämpft zu haben beteuere. Eine Frage, worauf die chinesischen Diplomaten bereitwilligweise die Antwort schuldig blieben.

Sehr beherzigenswert für die Abkalmächte ist auch die in der „Ostas. Korresp.“ ausgeworfene Frage, ob man wirklich so fest davon überzeugt sei, daß die Hinrichtung von Tuan, Kan und Lungtschih eine so heilsame Wirkung auf das chinesische Volk ausüben werde.

„Der erste, einschüchternde Eindruck würde sich, wie wir bereits früher eingehend darlegten, bald wieder verflüchtigen, aber der Haß gegen die Fremden würde bleiben und sich mit der Zeit schon in noch verstärkterem Maße äußern.“

Wir können die deutsche und englische Diplomatie wirklich nicht für so kurzsichtig halten, daß sie die Verwicklung dieser Warnung nicht einsehen sollte. Aber die Dinge in China sind so zerfahren, die Interessengegensätze und das gegenwärtige Mißtrauen sind so groß, daß die Abkalmächte sich nicht entschließen können, das Feld zu räumen. Man hofft wahrscheinlich, durch den Gewinn an Zeit auch wieder bessere Chancen zu gewinnen. Ohne feste Ziele und Pläne läßt man das Spiel des Zufalls walten. Was einwilligen teimerlei politische Genialität, sondern nur einige hundert Millionen neuer Anleihen kostet. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Neapel, 16. Februar. (W. G.) Wegen Wiederernennung Morinis zum Marineminister beabsichtigen die Metallarbeiter in den Generalstreik einzutreten.

Sofia, 16. Februar. (W. G.) Das Ministerium Petrow hat heute die Demission eingereicht.

Sofia, 16. Februar. (W. G.) Das Befinden des Erbprinzen Boris ist sehr bedenklich. Zur Bronchitis sind die Nasen hinzugekommen.

Reichstag.

50. Sitzung vom Sonnabend, den 16. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatsrat: v. Poddjelski.

Die zweite Beratung des Post-Gesetzes wird fortgesetzt. (Zit. Staatssekretär.)

Abg. Graf Oriola (nall.):

Ich habe mich gewundert, daß Herr Singer die Post als Mäddchen für alles hinstellte und es bemängelte, daß sie die Invaliden auszahlte und Invaliden- sowie Stempelmarken verkauft. Ich glaube nicht, daß dieser Standpunkt des Herrn Singer im Interesse der Arbeiter lag. Aber gestern war ja auch alles verkehrt. Herr Singer sprach gegen die Interessen der Arbeiter und Herr v. Poddjelski wandte sich gegen den Abg. Wasserfmann. (Heiterkeit.) Herr Wasserfmann hat jedoch niemals behauptet, der Herr Staatssekretär habe vor der polnischen Agitation kapituliert. Er hat nur gesagt, daß das jetzige Verhalten der Postverwaltung den Briefen mit polnischer Adresse gegenüber das äußerste Maß des Entgegenkommens darstelle. Redner polemisiert des Weiteren gegen die gezeigten Ausführungen des Abg. v. Poddjelski. Man geht von Seiten der Polen so weit, ganz bekannte deutsche Städte wie Berlin, Glogau, Reizee zu polonisieren, Städte, deren deutsche Namen natürlich jedem Polen bekannt sind. Gegenüber einem solch ostentativen Vorgehen ist nicht die geringste Konzession am Platze. (Sehr richtig! bei den Rationalisten.)

Die Erfüllung ihrer Aufgaben wird der Post aber nicht nur von den Polen erschwert. Die deutschen Papierfabrikannten bringen in verächtlicher Konturanz die unglücklichsten Sorten von Briefconverts unter das Publikum und auch die Unsitte, die Briefmarken nicht oben rechts in die Ecke, sondern an irgend einer andern Stelle auf die Converts zu kleben, liegt durchaus nicht im Interesse des Verkehrs.

Abg. Fürst Radziwill (Pole):

Wir hatten gehofft, daß nachdem durch die Besprechung unserer Interpellation der Horizont etwas von den Miasmen gereinigt war, die Frage der Behandlung polnischer Briefe mit etwas weniger Erregung behandelt werden würde.

Die Behandlung dieser Briefe steht aber doch mit den Erlässen der Postverwaltung in Widerspruch. Die Uebersetzungsbureaus dienen als eine Art Quarantäne für die polnischen Briefe. (Sehr richtig! bei den Polen.) Was der Herr Postsekretär mit der einen Hand giebt, wird so durch die Verzögerung der Bestellung wieder genommen. Diese Behandlung bedeutet nichts anderes als eine Verhöhnung des Gefühls der Polen für ihre Muttersprache. Die Polen würden ihrem Volkstum unrecht werden, wenn sie auf dieses ihnen von Gott gegebene Gut der Muttersprache verzichten würden. (Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Dr. Czerlet (lonj.):

Wir kennen keinen Haß gegen das Volkstum der Polen (Sehr richtig! rechts), wir verlangen aber, daß die Polen, wenn sie alle Rechte als Deutsche beanspruchen, auch alle Pflichten der Deutschen übernehmen. Wir verwerfen jedes kleinliche Vorgehen gegen die Polen, fordern aber einen klaren zielbewußten Kurs in der Polenpolitik; das Ziel muß selbstverständlich die mögliche Angleichung der uns sehr angenehmen polnischen Bevölkerung an das übrige Deutschland sein. Im übrigen bin auch ich der Ansicht des Herrn Abgeordneten Singer, daß diese ganze Angelegenheit hier viel zu sehr aufgebauscht wird. Das Gefühl für die Muttersprache kann doch durch das Schreiben deutscher Adressen nicht verletzt werden. Schließlich würden wir soweit kommen, daß auch alle unsere deutschen Mitbürger — auch innerhalb dieses Hauses — gibt es ja solche — für welche die hebräische Sprache gewissermaßen Muttersprache ist, ihre Briefe hebräisch adressieren und Anstellung von Postbeamten verlangen, die hebräisch übersehen können. (Heiterkeit.)

Was die Bestellgänge in Berlin anbetrifft, so genügen die jetzigen neun Bestellungen mit als Berliner durchaus. Herr Singer, der sonst immer ein volgerühmter und geschätzter Mann von Klagen hatte, hatte diesmal nichts weiter vorzubringen, als den Biererlaß, der nicht einmal von dem Herrn Staatssekretär ausging. Auch hat er nur die Form bemängelt, mit dem Inhalt können wir schließlich auch einverstanden sein. Auch wir verdammen ja die Bierflaschen von wahren doch recht aufrengenden Sitzungen (Heiterkeit) und was uns recht ist, muß den Postbeamten billig sein. Daß Herr Singer weiter nichts vorzubringen hatte (Abg. Singer: Zeitungsartikel), beweist doch, daß auf dem Gebiete der Postverwaltung nicht allzuviel zu tadeln ist. In wirklich Klagen giebt nur der Vorortverkehr Anlaß. Ich muß täglich für unfrankierte Briefe und Drucksachen 50 Pf. Strafpunkte zahlen, und dabei wäre ich froh, wenn ich eine ganze Anzahl dieser Drucksachen, wie sie jedem Reichstags-Abgeordneten zugehen, gar nicht bekäme. Das Attentat trifft hier nicht den Thäter, sondern den, gegen den sich das Geschick wendet. Es müßte wirklich erwogen werden, ob nicht allen Reichstags-Abgeordneten, die im Vorort wohnen, eine Vorkaufsumme für Ergänzungsvorort zugewilligt würde! (Große Heiterkeit.) Im übrigen ist zuzugeden, daß, wer überhaupt zur Jurisdiktion neigt, mit der Verwaltung des Herrn Staatssekretärs einverstanden sein kann. Ich will dem Herrn Staatssekretär nicht eitel machen (Heiterkeit), hoffe aber, daß er seines Amtes mit derselben Umsicht walten wird wie bisher! (Bravo! rechts.)

Abg. Gleboki (Pole):

bestreitet nochmals gegenüber dem Abg. Oriola, daß von einer polnischen Agitation gesprochen werden könne. Herr Czerlet hat sich selbst widersprochen, wenn er die kleinlichen Maßnahmen den Polen gegenüber verurteilt und das Vorgehen der Postbehörde billigt. Was die Post hundert Jahre lang verstanden hat, kann ihr nicht jetzt, plötzlich solche Schwierigkeiten machen.

Daß wirklich nur Chitane von Seiten der Post vorliegt, beweist z. B. der Fall, daß ein Brief mit ganz deutscher Adresse an das Uebersetzungsbureau ging, weil ein Wort, das neben dem Ort stand, polnisch war.

Staatssekretär v. Poddjelski:

Die Angelegenheit mit den polnischen Adressen wird in der That ganz über Gebühr aufgebauscht. Ich betone nochmals, daß nicht polnische Adressen als solche zurückgewiesen werden, sondern nur, wenn sie undeutlich sind. Thatsache ist auch, daß große Bankiers in Polen erklärt haben, wir würden gern deutsche Adressen schreiben, aber das Publikum droht uns dann, sofort jede geschäftliche Verbindung abzubrechen. (Hört! hört! rechts.) Das ist ein Zwang, der den ganzen Betrieb sehr erschwert.

Was den Nachbarorts-Verkehr besonders von Berlin anlangt, so zeigt sich, daß eine so große Umwälzung, wie die Einführung eines billigen Tarifs für Berlin und seine Vororte, noch nicht dem Publikum und den Behörden in Reich und Blut übergegangen ist. Solche Klagen werden wir immer hören, so lange wir nicht einen Einpreistarif haben. Das Ziel der Zukunft ist für mich, das billige Porto für die Städte auszubehalten auf immer weiter werdende Dörfer. Warten wir zunächst ab, bis der Nachbarorts-Tarif sich mehr eingelebt haben wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Stöcker (holl.):

Bei den Polen liegt offenbar ein System vor. Wenn sie es nicht Agitation nennen wollen, so nennen wir es Terrorismus. Redner befragt die Rechtschreibung im Postdienst und wendet sich dann der Frage der Sonntagsruhe im Postdienst zu. Es müßte auf Kante, die am Sonntag bestellt werden, eine höhere Gebühr gelegt werden. In Frankfurt a. M. sind am Sonntag vor dem jüdischen Neujahrsfest die Markenverkaufsstellen eine Stunde länger, nämlich von 11 bis 1, statt sonst von 12 bis 1, offen gehalten worden. Jemand ein Grund für diese Maßregel ist nicht einzusehen. Angesichts der außerordentlich

gestiegenen Mietspreise, besonders in Berlin, sollte der Wohnungsgeldzuschuß für die unteren Beamten erhöht werden. Von Zeit zu Zeit sollte ein Ausschuß von Unterbeamten zur Besprechung der Miethände zusammengerufen werden.

Staatssekretär v. Poddjelski:

Ich bin immer Willens, die Sonntagsruhe, soweit wie nur möglich, durchzuführen. Ganz den Verkehr am Sonntag einzustellen, geht nicht an. Unsere Landbevölkerung beschwert sich schon jetzt darüber, wenn in einzelnen entlegenen Orten die Sonntagsbestellung eingestellt wird. Würde ich das durchgängig thun, so würde ein Sturm der Entrüstung ausbrechen. Gerade die Landbriefträger sind am Sonntag am meisten in Anspruch genommen. Den Erlass der Oberpostdirektion in Frankfurt a. M. habe ich nicht gebilligt. Ich habe die Sache nicht hier, ich glaube aber, der Oberpostdirektor war gestorben und die Stelle noch nicht besetzt. Ich halte den Erlass nicht für richtig. Solche Sonderbestimmungen dürfen nicht getroffen werden, und ich habe sofort Remedur eintreten lassen. In Berlin herrschen für die Unterbeamten recht schwierige Verhältnisse, dagegen verhehle ich nicht meine Augen. Es wäre falsch, zu behaupten, daß ihre Bezahlung ausreichend ist. Gerade die kleinen Leute haben angedeutet, daß die Wohnungsteuerung mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, aber die Lösung dieser Servis- und Wohnungsgeldfrage liegt nicht bei der Post, sondern bei den andren Behörden. Ich kann nicht mit derartigen Anträgen kommen, ich gehöre mit meinen Beamten ins allgemeine Staatsgefüge hinein. An die Möglichkeit der Beamten-Ausschüsse glaube ich nicht. Wir Beamten haben zu arbeiten. Sollten wir dann noch zu diesen Ausschüssen reifen, dann würde es mit den Bierreifen kein Ende nehmen, denn dazu führt es. Ich kann doch die Ausschüsse nicht bloß in Berlin einrichten. Die Verhältnisse liegen auch so verschieden; wie soll der Beamte des Westens, der seinen leichten Landwein trinkt, das graue Ostelbien mit seinem Alkohol verstehen?

Unterstaatssekretär Frisch:

Die Lösung der Aufgabe, eine einheitliche Rechtschreibung in der Reichsverwaltung einzuführen, hängt nicht von der Post allein ab. Zwischen den beteiligten Ressorts schweben Verhandlungen, die noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Ich kann nur sagen, daß die Postverwaltung das Ihrige dazu beibringt, eine Lösung zu finden.

Abg. v. Tiedemann (Rp.):

Ich billige nicht die Verdensung alter historischer polnischer Ortsnamen, aber ebensovienig ist eine Polonisierung deutscher Städte angebracht, die wie im polnischen Besitz gewesen sind. Die polnische Muttersprache hat mit den polnischen Adressen nichts zu thun, es wird den Polen durchaus nicht verboten, polnisch zu korrespondieren. Da sie aber dem Deutschen Reiche angehören, muß die Post verlangen, daß die Adressen deutsch geschrieben werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Herr Singer meinte, ich hätte den Privatposten eine Thräne nachgezinkt und meinem Schmerz über ihre Aufhebung Ausdruck gegeben. Ich habe aber nur auf die infolge der Aufhebung der Privatposten gesteigerten Anforderungen an die Reichspost hingewiesen und Vernehrung der Beamten verlangt. Herr Singer warf mir weiter mandesterliche Standpunkt vor. Mandesterleute wurden zuerst diejenigen genannt, welche gegen die Korzölle agitierten, nach dem neuesten Flugblatt der Socialdemokraten könnte ich also auch ebenso gut Herrn Singer als Mandestermann bezeichnen. Andererseits nennt man diejenigen Mandesterleute, welche den Standpunkt des laisssez faire, laisssez aller, der freien Verthätigung der Kräfte vertreten und auch diese freie Verthätigung der Kräfte hat ja Herr Singer anerkannter Weise für die Postbeamten verlangt. Ebenso wie der Biererlaß zu mißbilligen ist, ist es auch beschämend für die Beamten, wenn sie von Zeit zu Zeit bei den sogenannten Kleiderparaden antreten müssen, um zu zeigen, daß ihre beiden Anzüge ordentlich im Stande sind. Eine solche Revision muß das Gefühl der Betroffenen kränken. — Bezeichnend für die Leutenot der Post ist die Umfrage, die vor kurzem ergangen ist, ob nämlich die Beamten nicht zum Teil im Winter Urlaub nehmen wollten. Statt daß man den Urlaub im Sommer verlängert, mußte man den Beamten zu, den größten Teil ihres Urlaubs im Winter womöglich im Zimmer zuzubringen.

Abgeordneter Ledebour:

In den nördlichen und östlichen Vororten sind die Verhältnisse noch viel schlimmer als in den westlichen. Die Vororte Friedrichsfelde und Weichensee, die direkt von der Ringbahn durchschnitten werden, gehören nicht zu den Vororten, die in das billige Porto einbezogen sind. Das widerspricht doch der Angabe des Herrn Staatssekretärs. Der Vorortverkehr muß unbedingt in der nächsten Zeit ausgedehnt werden, die Zustände sind jetzt ganz unhaltbar und haarsträubend. Der neue Vorort Neu-Weichensee gehört zum Vorortverkehr, dagegen Weichensee selbst, das ganz genau so weit von Berlin entfernt liegt, nicht. Noch einige Worte über die polnische Angelegenheit. Das Uebersetzungsbureau darf nicht zu einer chitanischen Halle für polnische Briefe werden, wie das thatsächlich geschehen ist. Man sagt, wer Deutsch kann, soll auch deutsche Adressen schreiben. Ja, wer soll denn das beurteilen, ob der Briefschreiber Deutsch versteht oder nicht. Die Postbeamten sind doch jedenfalls dazu vollständig unfähig. Während der Herr Staatssekretär sich noch auf dem Boden des Gesetzes stellte und nur undeutlich geschriebene polnische Adressen ablehnte, verlangt Herr v. Tiedemann, daß überhaupt nur deutsche Adressen zugelassen werden, weil die Polen deutsche Bürger seien. Von den Vertretern der halajischen Idee wird ein schönes Spiel getrieben mit dem Worte: „Deutsch.“ Weil wir in einem Deutschen Reiche leben, deshalb behauptet man, müssen die fremdsprachlichen Nationen, die mit uns leben, nur die deutsche Sprache sprechen. Daß die Polen deutsch lernen, liegt in ihrem eigenen Interesse, aber es ist nicht richtig, wenn systematisch darauf hingearbeitet wird, daß ihnen mit allerhand künstlichen Mitteln ihre Muttersprache abgequodet wird, wenn die Kinder in der Schule weder ordentlich deutsch noch polnisch lernen. Auf welche Weise die Polen in das Deutsche Reich gekommen sind, will ich nicht erörtern. Wir finden uns selbstverständlich mit dem historischen Faktum ab, aber indem wir eine fremdsprachliche Bevölkerung als vollberechtigte Staatsbürger in großen Massen aufnehmen, ist es unsere einfache Pflicht, das Naturrecht dieses Volkes auf seine Muttersprache zu achten. Es ist geradezu empörend, derartige Aeußerungen zu hören, wie die des Herrn v. Tiedemann. Ich erinnere daran, welcher Sturm von Entrüstung durch ganz Deutschland ging, als in Ungarn die deutschen Städtenamen magyarisiert wurden. Ich erinnere an die Behandlung der Deutschen in den Ostprovinzen, wo mit künstlichen Mitteln versucht wird, den eingewanderten Deutschen ihr Deutschthum zu nehmen. Sie, die die Polen unterdrücken wollen, haben nicht das Recht, sich darüber zu empören. Dazu haben wir das Recht, die wir wirkliches Gefühl auch für die Ehre anderer Völker haben. Sie schlagen jedem Mitgefühl für die deutschen Bürger im Ausland ins Gesicht und geben unsre deutschen Brüder den Verfolgungen der Kognaten preis. Da zeigt sich, daß Ihre Rationalität weiter gar nicht als eine Polizei-Rationalität ist. Sie kommen nicht über die Idee der polizeilichen Bevormundung hinaus. Die einzige Lösung der Frage ist die Herbeiführung des Zustandes, wie er in der Schweiz besteht, wo alle Nationalitäten Gleichberechtigung haben. Wenn Sie beständig die Staatsregierung aufsehen, gegen die Polen mit Chitane vorzugehen,

so vereinigen Sie den Rationalitätsgeist. (Sehr richtig b. d. Soc.) Die Polen zu entnationalisieren wird Ihnen nie gelingen.

Abgeordneter von Gleboki (Pole):

polemisiert nochmals gegen den Abgeordneten Tiedemann. Die Chitanisierung ist nicht von den Polen, sondern von der Staatsregierung begonnen worden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Fürst Radziwill (Pole) und v. Tiedemann (Rp.) wird die Diskussion geschlossen und Titel 1 bewilligt. Ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 5/2 Uhr.

Sociales.

Kohlenbergbau in Preußen im Jahre 1900 nach vorläufigen Ermittlungen.

Table with 4 columns: Oberbergamtsbezirke, Förderung (1900, 1899), Abfab (1900, 1899). Rows include Breslau, Halle, Clausthal, Dortmund, Bonn, and Zusammen for a) Steinkohlen and b) Braunkohlen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den Steinkohlenbergwerken betrug 375 171 gegen 342 556 im Jahre 1899; in den Braunkohlenbergwerken 41 846 gegen 35 974 im Jahre 1899.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1900 hatten insgesamt 245 preussische Städte 10 000 und mehr Einwohner, während nach den endgültigen Ergebnissen der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 223 solcher Städte vorhanden waren. Ihre Anzahl ist also in den letzten 5 Jahren um 22 gestiegen. Im Jahre 1890 waren 205 und im Jahre 1885 196 solcher Städte in Preußen vorhanden.

Auf dem Gebiete der vorbenannten 245 Städte wurden am 1. Dezember 1900 11 375 372 ortsamwende Personen gezählt. Die Zunahme der Bevölkerung der preussischen Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern betrug 20,21 Proz. der zu Beginn des letzten Jahrzehntes ermittelten Bevölkerung, gegen 14,06 Proz. während der Jahre 1890/95 und 18,35 Proz. während der Jahre 1885/90. Zu beachten ist hierbei, daß diese Verhältniszahlen für die Zunahme sich jeweils auf die Gruppe der größeren städtischen Gemeinden beziehen, somit also auch die im betreffenden Jahrzehnte in diese Gruppe neu eingetretenen Städte wie auch die Gemarkungsveränderungen mitumfassen.

In den einzelnen Städten ist die Bevölkerungsveränderung in den letzten fünf Jahren eine sehr ungleichmäßige gewesen: in 236 Städten ist eine Zunahme erfolgt, in 9 Städten eine Abnahme. Die Bevölkerungszu- bzw. Abnahme bewegt sich in den Grenzen von + 64,90 (Heddinghausen) bis - 5,52 Proz. (Küstrin.)

Seit Errichtung des Deutschen Reichs hat sich die Zahl der Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern um 108 vermehrt, obwohl während dieser Zeit durch Zusammenlegung mit andren Städten Bodenheim, Ehrenfeld, Deutz, Dörf, Ottenfen, Neustadt-Fladdeburg, Budan, Burscheid und Gradow a. O. ihre Selbständigkeit verloren haben.

Die Bevölkerung der Stadt Berlin hat nach den vorläufigen Feststellungen in dem abgelaufenen Jahrzehnt eine Zunahme von 12,33 Proz. erfahren, gegen 6,24 Proz. im Jahrzehnt vom 1. Dezember 1890 bis zum 2. Dezember 1895. Vergleicht man das Wachstum der Volkszahl Berlins mit dem seiner Vororte in den letzten 15 bzw. 20 Jahren, so erhält man für die einzelnen Volkszählungs-Perioden die nachstehenden beiden Zahlenreihen. Es betrug die Zunahme v. S. der Bevölkerung:

Table with 4 columns: 1885/90, 1890/95, 1895/1900, 1871/1900. Rows: in Berlin, in den Vororten.

Es geht daraus hervor, daß die Bevölkerungszunahme Berlins in dem letzten Jahrzehnt fast doppelt so stark gewesen ist als in dem vorletzten, daß dagegen die Bevölkerungszunahme der Vororte erheblich geringer geworden ist. Immerhin bleibt die Thatsache bestehen, daß die Einwohnerzahl im Inneren der Stadt entfernt nicht in demselben Maße wächst wie an ihrem Außerringe.

Cyber des Hypothekensankt-Krachs. Die Aktiengesellschaft Maschinenfabrik von Wägholm in Nowotzlaw, ein Unternehmen der Preussischen Hypothekensankt, ist in Konkurs geraten. Nachdem sich die Stadt geweigert hatte, das Unternehmen für ihre Rechnung zu übernehmen, sind 600 Arbeiter entlassen worden. Was das bei der jetzt herrschenden Kälte bedeutet, braucht nicht weiter erörtert zu werden.

Über 500 Arbeiter sind von der in Konkurs geratenen Porzellanfabrik, Aktiengesellschaft in Kolmar i. P. plötzlich entlassen worden.

Das Alkoholmonopol in der Schweiz. Nach einer Mitteilung des „Pester Lloyd“ ergab der Abschluß der Betriebsrechnung der Alkoholverwaltung für das Jahr 1900 einen Ueberschuß der Einnahmen im Betrage von 6 455 000 Franken. Im Jahre 1899 war der Ertrag um etwa 200 000 Franken und im Jahre 1898 um 800 000 Franken größer, während er in den Jahren 1892 bis 1896 hinter dem letztjährigen Ertrag zurückblieb. Der gesamte Ueberschuß gelangt an die einzelnen Kantone, und zwar nach Maßgabe der Zahl ihrer Einwohner. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 2,20 Franken. Seit Vesehen des Monopols im Jahre 1887 stellt sich der gesamte Reingewinn aus demselben auf 74 429 440 Franken. Der Bund erhielt nichts; die Kantone wurden verpflichtet, 10 Proz. ihres empfangenen Betrags zur Bekämpfung des Alkoholismus zu verwenden.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit in Rußland. Das Reglement über die Zulassung von Frauen zur Beschäftigung in den Institutionen des Justizressorts ist dieser Tage vom Justizminister bestätigt worden. Diefem Reglement zufolge werden den Frauen die Arbeiten eingeräumt, die bisher ausschließlich von Kantsleibanten und Richtschreibern ausgeführt wurden. Das Vorrecht der Beschäftigung in den Institutionen des Justizressorts ist den Witwen, Frauen und unverheirateten Töchtern und Schwestern der gegenwärtigen und früheren Beamten des Justizressorts vorbehalten, wobei die mietweise Anstellung den Frauen keinerlei Pensionberechtigung gewährt, obgleich sie die Berechtigung auf Unterstellungen aus den einzelnen Institutionen des Ministeriums zur Disposition stehenden Geldsummen gleich den übrigen Kantsleibanten besitzen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 17. Februar.
Freie Volkshäuser. Carl Weich Theater. 3. Abteilung (graue Karten): Meister Deje. Anfang 7 1/2 Uhr.
Spernhaus. Der Ring des Nibelungen. Die Walküre. Anfang 7 Uhr.
 Montag: Ein Madentanz. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Maria Stuart. Anfang 7 Uhr.
 Montag: Die Welt, in der man sich langweilt.
Neues Opern-Theater (Kroll). Der Compagnon. Anf. 7 1/2 Uhr. Montag: Geschlossen.
Schiller. Freiwild. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Die goldne Gwa. Montag: Rosmersholm.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 2 1/2 Uhr: Die Weber. Montag: Die Nacht der Hühner. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisinger. Die Hühnerschwärmer. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Wie die Blätter... Montag: Johannisfeuer.
Serliner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 2 1/2 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Montag: Ueber unsre Kraft. (1. Teil.)
Reisinger. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Jugend. Montag: Frauen von heute.
Neues. Die Hebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Montag: Die Hebesprobe.
Welfen. Das Modell. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Maria. Montag: Das Modell.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Die Fledermaus. Montag: Die Geisha.
Cereviantheater. Bunter Theater: Ueberdrei. Anf. 7 1/2 Uhr. Montag: Diefelbe Vorstellung.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Luisen. Alte Liebe roset nicht. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Romeo und Julia. Montag: Maria Stuart.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Die Fledermaus. Montag: Der Damenschneider.
Carl Weich. Lumpacivagabundus. Anfang 8 Uhr.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Welle. Miliener. Souboutrouche. Monteur Badiu. Sein Geldbrief. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kyoko. Spezialitäten-Vorstellung. Zwanzig Mädchen und kein Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wesak. Spezialitäten-Vorstellung. Summeirige. Anfang 7 Uhr.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Reichshallen. Berliner Sänger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Die groß unerschrockene Fackel. Anfang mittags 12 Uhr.
 Täglich „D“ - Vorstellung. Rosenmontag.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Hronia. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Auf den Wogen des Oceans“. Montag: „Aus dem Tagebuch der Erde“.
Jubalidenstraße 57/62. „Die Weltausstellung in Paris“. Anfang 8 Uhr.
 Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Sonntagabend 8 Uhr:
Die goldene Eva.
 Aufspiel in 3 Akten von Fr. v. Schöndörfen und Fr. Koppel-Effels.
 Sonntagabend 8 Uhr:
Freiwild.
 Schauspiel in 3 Akten von H. Schmitzer.
 Montagabend 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Dienstagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Apollo-Theater.

Sensationelles Debüt!
Ada Colley
 die australische Nachtigall.
Valentine Petit
 mit ihrer entzückenden Traumphantasia.
Pepi Glöckner, Deutschlands beste Soubrette.
Des Löwen Erwachen.
 Operette von J. Brandl.
 Kassenöffnung 6 1/2 Anf. 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Zauber-Vorstellung von Ben-All-Bey.

Thalia-Theater

Taubenstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
 Ge. Aufstufungsspiel m. Wei. u. Tanz.
 Herren: Thomae, Thielhöfer, Helmerding, Junfermann, Veitmlücker.
 Damen: Milton, Wilant, Böje, Mannovius.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

URANIA

Taubenstr. 48/49.
 Im Theater
 Sonntagabend 8 Uhr:
Auf den Wogen des Oceans.
 Invalidenstr. 57/62:
Die Weltausstellung in Paris.
 Montagabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
 Invalidenstr. 57/62.
 Tägl. Sternwarte.

Passage-Theater

Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
 Anfang: Sonntags 12 Uhr.
 Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Die vier Schwestern in ihrer Neuheit in ihrer Neuheit in ihrer Neuheit
TUA Ringelreia-Verbotanz
 17 erstklassige Spezialitäten 17
Nanny Luxa
 die unvergleichliche
 Tyrolienne-Excentrique
Rosendienstag
 Feldwobetragedie in 1 Akt.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
 Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
 Die sensationellen Gruppen der alten Germanen.
 Der schlesische Zecher und der Teufel. Die Bernauer Bierprobe. - Der Rothenburger Meistertrunk.
 Im Restaurant: Konzert einer russ. Damenkapelle.

Central-Theater.

Nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen:
Die Fledermaus.
 Abends 7 1/2 Uhr. Sum 575. Rate:
Die Geisha.
 Minola: Ma Werber.
 Montag und folgende Tage: Die Geisha.
 In Vorbereitung: San Toy. Chinesische Operette von Sidney Jones.
 Kostspiel mit Mary Dalton.

Palast-Theater

früher Feon-Palast, Burgstr. 22.
 Sensations-Februar-Programm.
 8 1/2 Uhr. Brüche! 8 1/2 Uhr.
 Kofischer Erfolg!
Bummelfreie.
 Große Fosse mit Gesang in 3 Akten.
12 Riesen-Schaummern.
 Neu für Berlin:
Das Ernest-Trilo, sensationelle Sport-Dochturner.
Carl Jürgensen mit seiner Galerie berühmter Männer. Unvergleichlich!
Demoiselle Marchetty, einzig dastehende Kraft-Gewichtsdichtin.
 Anfang: Wochent 7 1/2. Sonnt. 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
 Heute
 Sonntag, 17. Februar:
 Einziges
Sonntags-Gastspiel
Yvette Guilbert.
 Um 7 Uhr 30:
Eine tolle Nacht
 Berliner Ausstattungsspiel.
 Um 9 10 Uhr:
 Auftreten der Madame
Yvette Guilbert.
 Anf. 1/8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
 Montag, 18. vorletztes,
 Dienstag, den 19. letztes
 Gastspiel
Yvette Guilbert.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Nach jeder Soliste:
Tanzkränzchen.
Lustige Bagabonden.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Letzte Sonntagsaufführung.
Lumpacivagabundus.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Dienstag: Die Waldgräber v. Kalifornien (Rein Kumpen). Kalifornisches Bollefschauspiel in 4 Akten von Dr. Carlotta und H. v. Ruyper.
 Sonntagabend 8 Uhr: Kinder-Vorstellung. Max und Moritz.

Passage-Panopticum und Theater.

Die 12 unverbrennb. Fakire
 Neu! General Baum,
 der kleinste Mann der Welt.
 Eintritt einschliel. Theater 50 Pf.

Cirkus Busch

Zonntag, 17. Februar 1901:
 2 gr. Gala-Vorstellungen 2
 Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 4 Uhr hat jeder Erwachsene auf Sitzplätzen ein Kind frei; weitere Kinder die Hälfte. Nachmittags 4 Uhr:
Berliner Landpartien.
 Besond. hervorzuheben: Die Bootkatastrophe auf dem Müggelsee. In beiden Vorstellungen: Die berühmten französischen Clowns Gebr. Feldmann. Die großartigen Freizeitschiffen des Dr. Bulck. Aufstehen der vorzüglichsten Reitsküler und Reitkinderinnen. Vortreten der besten Schut. u. Springpferde des Marstalls durch die ersten Schutkriter u. Schutkriterinnen. Außerdem: Vorzüglichste Programmnummern.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 Zum 82. Male:
Die eiserne Maske.
 Gr. historisches Panzergeschicht in 4 Akten und 5 Hauptbildern. Original-Pantomime des Cirkus Busch. - Besond. hervorzuheben: Die Jagd bis in die Cirkus-tupfel hinaus.
 Heuer: Auftreten des berühmten amerikanischen Pferdehändigers Prof. Norton B. Smith.
 Heute abend ganz außerordentlich wilde und angezogene Pferde gemeldet.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.
 4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
 Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Stammstraße 16.
Der Goldneffe.
 Fosse m. Gesang in 3 Akten (6 Bildern) v. E. Lindner. Musik v. Dr. Schmidt.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
 Montag:
 Der Rattenfänger von Hameln.

Schweizer-Garten

Am Königsthor, am Friedrichshain
 Jeden
Sonntag: Ball
 bei verstärktem Orchester. *

Alhambra

Wallnertheater-Strasse 15
 Jeden Sonntag und Dienstag:
 Gr. Extraball bei doppelt deutschem großen Orchester. Anfang 8 Uhr.
A. Zanzait.

Gesellschaftshaus

Zwinemünderstr. 42.
 Tägl. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball.
 Säle für Gesellschaften, Vereine, Louans zu vergeben. 15256*

Urania

Wrangelstrasse 10/11.
 Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
 Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagplaten.
 Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
 5271* C. F. Walter.

Johannisthal. Raus Park-Restaurant.

Jeden Sonntag: Grosser Ball. Kaffeehölche, Kognak, Ausspannung. Saal für Vereine u. Versammlungen.

Ein guter Trunk.

Wer sich einen wahren Genuß ohne hohen Preis verschaffen will, wer seine Gesundheit nicht durch Ruzel schädigen will, wer das ruhige Bewußtsein, die sichere Gewißheit und eine wirkliche Garantie für reine und absolut sulfidfreie, unverfälschte, durchaus gesunde und wohlbedümmliche Getränke haben will, wer wissen will, was er trinkt, der bereite sich

Cognac, Rum, Branntweine, sämtliche Liqueure und Punsch-Extrakte

selbst und verwende nur allein echte
Combinierte Original-Reichel-Essenzen,
 welche durch Destillation und Extraktion aus Früchten und Kräutern auf warmem Wege gewonnen werden, rein und natürlich, sämtlich ohne alle der Gesundheit irgendwie nachteiligen Zutaten, unter Garantie frei von jedweder schädlichen Beimischung!

Reichels Echte Branntwein- und Liqueur-Essenzen
 enthalten alle wertvollen Bestandteile dem natürlichen Ursprungs noch konzentriert in höchst vollkommener Reife und sind in der Art ihrer Zusammensetzung unachahmbar.
 Diefem Umstande verdanken die daraus ohne jede Schwierigkeit hergestellten Liqueure zc. das natürliche Bouquet, das hochfeine volle Aroma, sowie die unübertreffliche Reinheit des Geschmacks und gelten als Muster. **Meine Essenzen bestehen jede Probe!** Vertrauen des Publikums steht denselben zur Seite und ist wohlverdient. Durch meine Essenzen wird der Alkohol zum Genussmittel.

Fabrikation streng reell.
 Jede Originalflasche mit Gebrauchsschrift: 40, 50, 60, 75 Pf. zc. giebt mit Weingeist (Spiritus vini) bis 2 1/2 Liter Liqueur.
 Versand nach auswärts gegen Voreinsendung oder Nachnahme.
 Jeder verlange kostenfrei: „Die Destillation im Haushalte“. Täglich begeisterte Anerkennungen. Glänzende Gutachten von Kennern.

Alleiniger Erfinder Otto Reichel,

Berlin SO., Eisenbahnstr. 4, Einzelverkauf.
 Fabrik mit Dampftrieb Muskauerstrasse 51.
 Niederlagen in den meisten Droguengeschäften.
 Wo nicht erhältlich: Frei Haus durch meine Gespanne!

Warnung vor Nachahmungen und Verfälschungen!

An anfringlicher Weise werden jetzt zu ansehnlich billigen Preisen minderwertige ordinäre Essenzen, welche mit meinen Fabrikaten keinerlei Gemeinschaft haben, immer wieder angepriesen und das Publikum zum Ankauf von Erzeugnissen weilt recht zweifelhafter Herkunft zu verleiten gesucht, welche in Wirklichkeit nichts weiter als ätherische Emissionen, künstliche Aether-Produkte oder vor diesen Fabrikaten sei gewarnt!
 Besonders aber soll man sich nicht genug hüten vor den billigen und schlechten Spirituosen, die aus solchen Essenzen und anstatt mit bestem Spiritus bereitet, zum Teil mit beizenden, schädlichen Pfeffertinkturen, der sogenannten „Branntweinsäure“ mit einer geradezu verwerflichen Unreinlichkeit **Reinheit und Echtheit** garantiert nur in Originalflaschen verpackt werden. **Echte Original-Reichel-Essenzen.** Um sich vor Täuschungen und Schaden zu bewahren, achte man genau auf meine Firma und nehme nur

Bockanstich Bierhaus zum Erlanger

Oranienstr. 113/114.
 Salzhangen, Bierreize, Baldbefort.
Konzert-Vorträge täglich.
 Beim 6. Glas 1 Hoforden, beim 12. eine Bodmütze gratis. 8362*
 Es ladet ergebenst ein
Max Pönitz.

Reichshallen Steffiner Sänger.

Heute:
 Eine Soliste bei
Reichshallen.
 Montag:
 Cavall. schuffiana.

Weiß- u. Bayerisch-Bierlokal

Empfehle mein
Weiß- u. Bayerisch-Bierlokal
 sowie Vereinszimmer mit Klavier, 35
 Ver. hall, allen Genossen u. Bewerbsvereinen 3. Zahlstelle oder Vereinslokal, August Schulze, Grünauerstr. 16.

Masken-Carderobe

von 5642*
Carl Ernst,
 Köpnickstr. 126/1.
 Größte Auswahl!
 Billigste Preise!
 Borgeiger dieser Branche
 erh. 10 Proz. Verzögerung.

Künstliche Zähne.

Zahn- u. Wurzel-Operationen, Plomben etc.
Häyne Ia von 3,00 an. Prima Plomben v. 2,00 an. Lang. Garantie.
 Besondere Zahnärztliche Behandlungen.
 Bruno Steffens, Reichenstr. 21 (Nunnenstr.)
 Zähne von 2 Mk. an garantiert gut!
 Reparatur in 2 Stunden.
 Plombieren von 1 Mk. an.
 Zahnziehen schmerzlos!
 Sprechstunden 8-8. Sonntags 8-4.
H. Lange, Gde. Marktschloß.

Max Kliems Festsäle

Hasenhalde 13-15.
 Im neuen Festaal
 jeden Sonntag:
Gr. Militär-Streich-Konzert.
 Anfang 6 Uhr. 56812*
 Nach dem Konzert: Kränzchen. In den allen Sälen von 4 Uhr ab: Ball.
 Jeden Donnerstag: Norddeutsche Sänger.
 Zimmermann, Steinhardt, Stangenberg zc. Anfang 7 Uhr.
 Empfehle meine Säle, 1200, 1010 und 500 Personen fassend, Berlinen und Gesellschaften.
Max Klem.

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenhalde 21 und Jahnstr. 8 in Schlegelbergs Festsälen. Inh.: Max Schindler. - Telefon: Amt IVa Nr. 8002. - Heute: **Grosser Ball,** als **Spezialität: 9 Cigarren- und Apfelsinen-Regen** u. verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Ueberraschungen.
 Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.
 Der große Saal nebst Nebenräumen ist Palmsonntag und 1. Pfingstfeiertag an Vereine zu vergeben.

Graumanns Festsäle, früher Renz,

Nannynstraße 27. 5282*
Achtung! Den geehrten Vereinen **Achtung!**
 zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich mein Lokal mit großer Theaterbühne **ausch. Sonntags** zu Festlichkeiten verberge. - Weidseitig mache ich bekannt, daß das Gerucht, mein **Establishment** ginge am 1. April in andere Besitz über, auf Unwahrheit beruht.
 Für Frühjahrs- und Sommerfestlichkeiten geeignete Tage sind noch frei. Um wohlwollende Berücksichtigung eruche
Gustav Graumann.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige
 Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten.** J. H. Hätt.
 Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Cirkus Schumann.

Seite Sonntag, den 17. Februar: **2 grosse Vorstellungen.**
 Nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 3 1/2 Uhr die neu ein-
 Indixte große Kinderpantomime **Goliath und David** in drei Akten
 dargestellt von 150 Kindern, seiner Mithlieber der Gesellschaft und dem
 wachsenden Corps de Ballet. Zur Nachmittags-Vorstellung hat jeder Er-
 wachsende auf allen Plätzen, ohne Ausnahme, 1 Kind frei, jedes weitere Kind
 zahl! halbe Preise (außer Gallerie). Abends 7 1/2 Uhr: Internationale
Ringkämpfe. 1. Paar: Pietro Balgo gegen Vronken. 2. Paar: Sabes II
 gegen Jeurisson und 3. Paar: Piquipant gegen Koppel. Ehren-Schiedsrichter
 Prof. Reinhold Vegas. Dr. Alb. Schumann mit seinen Original-Dressuren.
 genannt die
Gastspiel der Mlle. Terka Semmeloff Steppenfüchtin.
 Zum Schluß: **CHINA,** großes Wasserhaukhild. 600 Winwirkende.

Große Säle Köpnickstraße 68

mit prachtvoller Theaterbühne für Theater- und Bergungsvereine auch
 Sonntags zu vergeben. Außerdem Säle für 50-1000 Pers. zu Versammlun-
 gen u. Festlichkeiten. Weidseitig empfehle ich den geehrten Vereinen zu den
 Osterfesttagen **Matineen.** Heute, **Boch-Anstich,**
 wozu ergebenst einladet **Paul Zibolski.** 2940b

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
 Dienstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr:
Versammlung
 im Saal der „Arania“, Wrangelstr. 10/11.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Politische Rundschau.“ Referent: Reichstags-Abgeordneter Albert Südekum-Münchberg. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten. — Gäste haben Zutritt. 243/5
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.
 Die Kaffeehalle von Martin, Raunynstr. 80, ist zu Grundmann, Raunynstr. 78, verlegt.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Freitag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr.
 in der Brauerei Bölow, Prenzlauer Allee 242:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Redakteurs H. Poetzsch über: „Socialreform in Frankreich.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste sehr erwünscht. Zahlreichen Besuch erwartet. 245/2
 Der Vorstand.

Schöneberg. Socialdemokratischer Wahlverein.
 Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr.
 im Lokale des Herrn Odt, Grünwaldstraße Nr. 110:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Politische Wochenchau. Referent: Genosse Spittel. 2. Diskussion. 3. Statutenberatung. 4. Vereinsangelegenheiten. 15/3
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin).
Achtung! Parkettbodenleger!
 Dienstag, den 19. Februar 1901, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Fritz Zubell. 2. Die Arbeitszeit in der Parkettbodenleger-Branche. 3. Branchen-Angelegenheit und Verschickenes.
 Die Vertrauensleute werden ersucht, die Arbeitslosen-Zettel abzuliefern. Die Mitglieder müssen behufs Abstemmung mitgebracht werden. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Die Kommission.

Branche der Korbmacher.
 Am Montag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Hantsch, Lichtenberg, Dorffstr. 2.
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Zustände in der Grünbranche. 2. Verschickenes. 3. Die Grünarbeiter Berlins und Umgegend sind verpflichtet, zu erscheinen.
 Die Kommission. 78/5

Centralverband der Zimmerer Deutschlands
 (Zahlstelle Berlin).
 Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr,
Versammlung für den Norden
 (Bezirk VI, VII und VIII)
 im Zwincmünder Gesellschaftshaus, Zwincmünderstr. 42.
 Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr:
Versammlung für Süden und Osten
 (Bezirk I, II, IX, X, XII und XIII)
 im Lokal Urania, Wrangelstr. 9/10, in der Nähe des Mariannenplatzes.
 Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:
 1. Die Arbeitslosen-Unterstützung und deren Einführung im Verbande. Referent: Kommandant Kube. 2. Verschickenes.
 Kameraden! In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung fordern wir Euch auf, Mann für Mann in diesen Versammlungen zu erscheinen. Reiner darf fehlen, der in den genannten Bezirken wohnt. Reiner darf es unterlassen, für Bekanntmachung und Besuch der Versammlungen zu agitieren. 254/5
 Gäste sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Der Vorstand.

Rixdorf.
 Montag, 18. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Thomas, Hermannstr. 48-49:
Versammlung der Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser und Stuccateure Deutschlands.
 Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Schönfeld über: „Kinder-Ernährung und Kindersterblichkeit.“ 136/12
 Besonders die Frauen sind hierzu eingeladen.
 Die örtliche Verwaltung.

Achtung! Schmiede!
 Montag, den 18. Febr. 1901, abends 8 1/2 Uhr, in Gröplers Salon, Bergstr. 147,
Große öffentliche Versammlung der Schmiede Rixdorfs und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Finterow und Diskussion. 2. Verschickenes. Recht zahlreicher Besuch erwartet. 126/3
 Der Einberufer.

Kranken- und Begräbniskasse für die im Berliner Gürtler- u. Bronzengewerbe beschäftigten Personen
 Einzelzweites Hilfskassen Nr. 60.
 Mittwoch, den 27. Februar 1901, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelauer Nr. 15:
Ordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht pro 1900. 2. Anträge des Vorstands: Auf Auflösung der Kasse, Liquidation derselben und Uebertritt zum 1. April 1901 in die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29), City Hamburg, und zwar mit den gesamten Aktiven und Passiven der Kasse, §§ 38 und 40 des II. Nachtrags zum 3. revidierten Statut. 3. Im Fall der Ablehnung der vorgenannten Anträge: Neuwahl des Vorstands und der Aufsichtsratsmitglieder.
 Zutritt haben nur großjährige Mitglieder. Quittungsbuch als Legitimation erforderlich. Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds, der hochwichtigen Tagesordnung wegen zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Der Vorstand. J. K.: C. Jaczel. 270/15

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter. Achtung!
 Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
 bei Graumann, Raunynstraße Nr. 27.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom Streifhonds und Bericht des Vertrauensmanns. 2. Die Einführung der Abzugsmaschine in unserm Bezirk. 3. Verschickenes. 141/6
 Der Vertrauensmann.

Achtung! Maurer. Achtung!
 Dienstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 67:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftsverband und Neuwahl desselben. 2. Bericht des Ausschusses resp. Liquidationskommission. 3. Wahl des Ausschusses der Beitragskammer, und Schlichtungsstelle. 4. Festlegung über den Beginn der Sammlungen zum Streifhonds. 5. Vereinsangelegenheiten.
 Der Vorstand. J. K.: Julius Gehl.

Centralverband d. Maurer Deutschlands
 (Filiale Berlin II).
 Sonnabend, den 23. Februar cr.
Grosser Wiener Masken-Ball
 im Lokal Friedrichstr. 236 (früher Martens).
 Demaskierung 12 Uhr. — Während der Kaffeepause: Vorträge.
 Die Musik wird von Civil-Bernfsmusikern unter Leitung des Herrn Kocu ausgeführt.
 Billets a 50 Pf. sind im Vereinsbureau; bei Große, Jossenerstr. 1; Gwald, Schönleinstr. 6 und Berner, Wilowstr. 59 zu haben. 136/11
 Freunde und Gönner ladet ein
 Das Komitee.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engelauer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Dienstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Colberger Salon“, Colbergerstraße 23:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Kollegen Martin Segitz über: „Die deutsche Metallarbeiter-Bewegung einst und jetzt.“ 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten. 111/19
 Die Ortsverwaltung.

Graveure, Ciseleure
 (Filiale Berlin).
 Dienstag, den 19. Februar 1901:
Versammlung
 im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.
 Die Tagesordnung wird in der Dienstag-Nummer bekannt gemacht. 74/5
 Der Vorstand.

Rohrer Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
 im Lokal des Herrn F. Wille, Andreasstr. 26.
 Tages-Ordnung:
 1. Anträge Wernau, Röhner, Schubert, Reijnslober. 2. Vereinsangelegenheiten.
 Kollegen, welche noch nicht im Besitze eines Schlichtungsbogens sind, werden ersucht, sich denselben bis zu oder während dieser Versammlung zu beschaffen. Diejenigen Kollegen, welche bis zum 24. Februar keinen Schlichtungsbogen besitzen, werden öffentlich publiziert.
 Da außerordentliche Anträge zur Beratung stehen, so ist es Pflicht eines jeden einzelnen Mitglieds, zu erscheinen.
 Kaffier wird nur bis 10 1/2 Uhr.
 Der Vorstand. 985/17

Rabitzputzer!
 Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Berlin III des Centralverbands der Maurer.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht des Vorstands und Neuwahl desselben. 2. Stellungnahme zur Landeskonferenz der Maurer der Provinz Brandenburg und event. Wahl eines Delegierten. 3. Verschickenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt. 252/4
 Die Ortsverwaltung.

Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker
 Dienstag, den 19. Februar, vorm. 11 Uhr, bei Schulz, Grenadierstr. 33:
Mitglieder-Versammlung.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 Um zahlreichen Besuch bitten
Achtung, Vereine resp. Komitees!
 Hiermit den Vereinen resp. Komitees zur Kenntnis, daß unter Mitgliedern im Besitz von Legitimationskarten sind; seitige sind für das Jahr 1901 erloschen. Karten mit anderer Farbe bitten wir zurückzugeben oder direkt zu vernichten. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir mit den sogenannten Musikersbrüder Babel, Ritterstraße, Wilschke, Radialstraße, und dem Verein Nord in feiner Weise in Verbindung stehen und bitten wir die Genossen, darauf zu achten. 50/4
 Der Vorstand der Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend.

Achtung! Stockarbeiter!
 Montag, den 18. Febr., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I,
Gr. öffentliche Versammlung aller in Stod., Schirm- und Celluloidwaren-Fabriken beschäftigten Arbeiter.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die sozialen Schäden der Gegenwart.“ 2. Der Streik der Maurer in Halle a. S. 3. Kassenbericht. 4. Verschickenes. 176/2
 Des hochwichtigen Vortrags wegen, welcher uns und unsere Frauen über die Schäden der Brotverwertung, der Wohnungsnot und der Kohlenverwertung aufklären soll, und auch der Gewerkschaftsfrage ist es notwendig, daß Ihr alle mit Euren Frauen in dieser Versammlung erscheint.
 Der Vertrauensmann.

Freitag früh verstarb nach schwerem Leiden unser tugendg. geliebter Sohn, Bruder und Schwager
Paul Gersdorf
 im 25. Lebensjahre. 245/26
 Die Beerdigung findet Montag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Mantelstraße 123 aus nach dem Eimundtschhofe statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

III. Wahlkreis.
 Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß der Vater
Paul Gersdorf
 im 25. Lebensjahre an Augenleiden verstorben ist. 242/6
 Die Beerdigung findet am Montag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung, Mantelstr. 123, aus nach dem Friedhof der Emmaus-Gemeinde statt.
 Nege Beteiligung erwartet.
 Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. deutsch. Wagenbauer
 (E. N.).
 Filiale Moabit-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
August Dunse
 am Freitag, d. 15. d. M., verstorben ist. Seine letzten Wünsche!
 Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Moabit aus nach dem Friedhof der Seeland-Gemeinde in Köpenick statt. 253/4
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Charlottenburg).
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Meister
Reinhold Märkisch,
 am 15. d. M. verstorben ist. 78/6
 Seine letzten Wünsche!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 18. d. M., nach 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Luisenkirchhofs am Fährtenbrunnen Weg aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Metropole der Heils-Armeer.
 Kleinstehende Mädchen finden gutes und billiges Logis für dauernd oder vorübergehend. Wohnzimmern u. Badezimmern zur freien Benützung. Nähere Auskunft erteilt die Leiterin
W. Bowey, Cranienstr. 31.

Steinbildhauer!
 Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 15, Saal 3:
Oeffentl. Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht und Neuwahl des Vertrauensmanns. 2. Angelegenheiten den Vertrag betreffend. 3. Verschickenes. 20/13
 Zahlreichen Erscheinen ist notwendig.
 Der Vertrauensmann.

Verband der Tapezierer.
 Dienstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Lorenz, Markgrafenstr. 85,
Bezirksversammlung Süden.
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschickenes. 177/8
 Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Arminhallen, Kommandantenstr. 20,
Sektion der Näherinnen.
 1. Vortrag des Kollegen NUL. 2. Diskussion. 3. Verschickenes.
 Die am Mittwoch, den 20. Februar, fällige Sektionsversammlung fällt aus und findet am 27. Februar statt.
 Die Kollegen werden hierdurch noch einmal auf die am Montag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, in der Reissource, Kommandantenstraße 57, stattfindende öffentliche Versammlung zur Wahl der Junungs-Schiedsgerichts-Mitglieder hingewiesen.
 Erscheinen der Verbandsmitglieder ist unabdingbare Pflicht.
 Die Verbandsleitung.

Achtung! Achtung!
Lederarbeiter, Portefeuller!
 Montag, den 18. Februar 1901, abends 8 Uhr, in Graumanns Festsälen, Raunynstraße 27:
General-Versammlung der Zahlstelle Berlin.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Notwendigkeit der Organisation der Portefeuller und aller in der Leder- und Portefeullerbranche beschäftigten Personen. Referent: Genosse Raier. 2. Bericht des provisorischen Vorstands und Kassenbericht. 3. Neuwahl des Vorstands. 4. Statutenberatung. 5. Wahl der Vertretung zum Gewerkschaftsverband. 6. Vereinsangelegenheit und Verschickenes.
 Aufnahme neuer Mitglieder.
 Ehrenpflicht aller Kollegen und Kolleginnen, welche mit der neuen Organisation sympathisieren, ist es, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedskarte legitimiert. 103/3

Verein Berl. Jalousie-Arb., Arbeiterinnen und Berufsgenossen.
 Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Ladewig, Kommandantenstr. 65,
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Vorstands. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschickenes. Der Vorstand.

Lichtbilder-Männervortrag
 Dienstag, 19. Febr., ab. 9 v. pratt. Naturheilk. Grundmann. Köstlinstr. 8, Hofmann. Gäste W. P. 1. Brodhübe.
Geschlechts- und Frauenleiden
 Mitglieder- und Krankenbesuche in Naturheilk. Köpnickstr. 72. Naturheil. Spr. 11-2, 6-8.

Warenhaus A. Wertheim

Verband-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. 132-135.

Montag ♦ Dienstag ♦ Mittwoch

bringen wir, soweit der Vorrat reicht, folgende Artikel zum Verkauf:

Wirtschaftsartikel.

Plättelisen 1,85, 1,90, 2.-, 2,10, 2,20 M.	Fleischmühlen 3.-, 4,50 M.
Plättelisen vernickelt 2,75, 2,80, 2,90, 3.-, 3,15 M.	Messerputzmaschinen 6,45 M.
Waschfässer 8.-, 9,25, 10,75 M.	Reibmaschinen „Express“ 1,25 M.
Waschfässer aus Zink mit Wulst und Ventil 11,40, 12,75, 15,50 M.	Tabletts vernickelt 45, 65, 85 Pf., 1,25 M.
Wringmaschinen 11,25, 12.-, 12,50, 13,50 M.	Tabletts mit Holzrahmen und bunter Einlage 1,20 M.
Wäschemangeln 16,75 M.	Gläseruntersätze lackiert Dtz. 55 Pf.
Wäscheleinen 1,60, 2,35, 3,10 M.	Wirtschaftswagen lackiert 2,75 M.
Wäscheleinen Hanf 2,90, 4,50, 6,25 M.	Esslöffel Britannia-Metall 10 Pf. Theelöffel Britannia-Metall 5 Pf.
Wäscheklammern 12, 14 Pf.	Schüsseln Emaille, weiss, flach 16, 20, 25, 32, 40, 55, 70 Pf.
Plättbretter mit Leisten 1,85, 2.-, 2,10, 2,30 M.	Schüsseln Emaille, tief 32, 40, 48, 60, 75, 95 Pf.
Plättbretter bezogen 3,50, 3,75, 4.-, 4,25 M.	Weisse Tassen Emaille 28, 30 Pf.
Maschinentöpfe weiss Emaille 15, 17, 20, 22, 24, 28, 30 Pf.	Trinkbecher weiss Emaille 15, 20, 25 Pf.
	Wannen weiss Emaille 95 Pf., 1,10, 1,20, 1,45, 1,60 M.

Unsere Photographischen Ateliers

Leipzigerstrasse 132-135 * Rosenthalerstrasse 54 * Oranienstrasse 53-54

sind täglich von 8 bis 8 Uhr geöffnet.

Durch neue Vorkehrungen werden in unseren Ateliers, unabhängig vom Tageslicht, vorzügliche Aufnahmen bei elektrischem Licht hergestellt.

1 Dtz. Visitbilder 1,80 M., 1 Dtz. Kabinetbilder 4,80 M.,

1 Dtz. Postkarten mit Photographie 1,20 M.

Vergrößerungen werden nach jeder Photographie angefertigt.



Das weltbekannte, große Kaufhaus von **Singer u. Co.,** **Chausseestr. 56,** ist gesummen, eine vollständige Umgestaltung seiner Verkaufsräume vorzunehmen. Um während dieser Umwälzung mit den vorhandenen, bedeutenden Warenbeständen zu räumen, hat die Firma **Singer u. Co., Chausseestr. 56,** einen Räumungs-ausschuss an der Spitze ernannt. Dieser Ausschuss umfasst die bei der Inventur ganz bedeutend herabgesetzten Waren und bringt außerdem ganz hervorragend billige Gelegenheitskäufe zu fast ungläublich billigen Preisen. Die Verkaufsräume dieses bekannten Kaufhauses waren behufs Herabsetzung der Preise zwei Tage geschlossen. Der ausgezeichnete Kauf dieser seit 14 Jahren bestehenden Firma bürgt für strengste Redlichkeit und wollen wir hier nur 45 hervorragende Gelegenheitskäufe aus diesem großen Räumungs-ausschuss auflisten:

1. Reinwollene Vorn-Tennis-Stoffe, vorzügliche Qualitäten, doppeltbreit, jetzt **50 Pf.**
 2. Ball-Ärmlinge in allen Farben **32 Pf.**
 3. Reinseidene Foulards, breite gute Qualitäten, **50 Pf.**
 4. Reinseidene Herweilker, auch Schwarz, **85 Pf.**
 5. Reinseidene schwere Damade und Armure, befestigt, jetzt **85 Pf.**
 6. Reinseidene Tafette, auch Schwarz, einfarbig **1,10 M.**
 7. Wajfseide, breite gute Qualitäten, **90 Pf.**
 8. Reinseidene Damast, große Vorderauswahl, Schwarz, **1,10 M.**
 9. Reinseidene Vorn-Stoffe, breite gute Qualitäten, **85 Pf.**
 10. Reinseidene schwere Damast, Reih-Roben, schwarz und farbig in neuen reizenden Mustern, hat 3-6 M., jetzt **1,75, 2,25, 2,50, 3,00 M.**
 11. Reinseidene essensfarbige Damade **1,50 M.**
 12. Reinseidene Vorn-Seidenstoffe in einfarbigen, gestreiften und farbigen Mustern, ausreichend für Blusen, eingeteilt in 4 Meter-Coupons, jede Bluse 4 Mtr. Seide **3,50 M.**
 13. Reinwollene gemusterte Stoffe, doppeltbreit, **55 Pf.**
 14. Rohseide-Alpaca-Stoffe, gemustert, doppeltbreit, **50 Pf.**
 15. Juridgeliebte Stoffe, doppeltbreit, **15 Pf.**
 16. Schöne Pelour-Haube für Morgenkleider, doppeltbreit, neue Karoo, **25 Pf.**
 17. Gemusterte Alpaca-Stoffe, doppeltbreit, **45 Pf.**
 18. Reinwollene Crêpe-Stoffe, doppeltbreit, **50 Pf.**
 19. Reinwollene Damast, breite gute Qualität, doppeltbreit, **1,00 M.**
 20. Große Sortiment einzelner Roben in farbigen Stoffen, in Reize-Stoffen, in weichen und gemusterten Stoffen, vorzügliche Qualitäten, juridgeliebte Muster, eingeteilt in 6 Mtr. doppeltbreiten Stoff, zum Selbst-auswählen, jetzt durchschnittlich jede Robe **1,95 M.**

21. Schottische Blusen-Neze in neuen schönen Korod, vorzügliche Qualitäten, jeder Rest eingeteilt in 3 Mtr. Stoff, zum Selbst-auswählen, durchschnittlich jede Bluse **95 Pf.**
 22. 1800 Stück Wajfseide zur vollständigen Bekleidung, eingeteilt in 3 Serien. Ein Vorn Wajfseide, durchschnittlich Meter **20 Pf.**, ein Vorn Wajfseide, durchschnittlich Meter **25 Pf.** und ein Vorn eleganter Wajfseide, durchschnittlich Meter **30 Pf.**
 23. Reinwollene Galleröpe, doppeltbreit, **40 Pf.**
 24. Seidenglänzende Alpaca-Stoffe, auch crême, doppeltbreit, **60 Pf.**
 25. Reinwollene, essensfarbige Oberstoff, doppeltbreit, **68 Pf.**
 26. Ein Vorn Schottische und reinwollene, einfarbige Blusen, ganz auf Futter gearbeitet, mit reicher Garnierung, Wert **4-6 M.**, jetzt zum Auswählen, durchschnittlich **2,50 M.**
 27. Ein großer Vorn schwere reinwollene Tuch-Unterwäsche mit reicher Verzierung und Seiden-Garnierung, regulärer Wert **5-6 M.**, jetzt zum Selbst-auswählen durchschnittlich Stück **2,85 M.**
 28. Ein Vorn Sammet-Blusenhemden, ganz gefaltet, mit und ohne Goldbesatz, verschiedenartig gezeichnet, Wert **6-9 M.**, jetzt zum Auswählen, Stück **3,50 u. 4,50 M.**
 29. Ein Vorn reinseidene Blusenhemden, ganz auf Futter gearbeitet, etwas defekt, durchschnittlich Stück **3,00 M.**
 30. Pelour-

Morgenröde in neuen Mustern **2,75 M.**
 31. Pelour-Morgenröde mit reicher Sammetgarnierung **5,50 M.**
 32. Schwarze Alpaca-Rohausbe **2,75 M.**
 33. Koffin-Röde in englisch, Seidenwand, durchweg gefaltet, **2,90 M.**
 34. Ein Vorn Seal-Tempiche, Pracht-Exemplare, **18,50** und **22,50 M.**
 35. Ein Vorn Gläser-Dezentisch, Stück von 20 **4,75 M.**
 36. Ein Vorn Louhanatich, Stück von 20 **6,00 M.**
 37. Ein Vorn Bettdamast in ganzer Bettbreite **55 Pf.**
 38. Reihe Bettbezüge, Deckbett und 2 Kopfkissen mit Rige, fertig genäht, **3,00 M.**
 39. Ein Vorn Damast-Berpietten, Dtz. **2,50 M.**
 40. Ein Vorn Damast-Handtücher, 50 Ctm. breit, Dtz. **3,50 M.**
 41. Ein Vorn Gerstenform-Handtücher, 50 Ctm. breit, Dtz. **3,00 M.**
 42. Ein Vorn Damen-Deuden, Kaffschlag mit Handtücher, **1,25 M.**
 43. Reinwollene doppeltbreite Stoffe, jede Robe in den neuesten Farben, eingeteilt in 6 Mtr. Roben, hat **7,90** jetzt durchschnittlich **3,45 M.**
 44. Reinwollene Comedpne-Roben, vorzügliche Qualitäten in 25 neuen Farben, eingeteilt in 6 Mtr. Roben, hat **9 M.** jetzt durchschnittlich jede Robe **3,90 M.**
 45. Einfarbige Ball-Alpaca, auch crême, doppeltbreit, jetzt Meter **50 Pf.**

Abteilung Weingrosshandlung

Deutscher Cognac

angenehm, mild im Geschmack
 a Literflasche M. 2,10, 2,50, 3,-

Glühwein-Extrakt

a Literfl. M. 1,30, 5 Ltr. M. 5,50, 10 Ltr. M. 10,-

Rum No. 3.

Fac. a Literfl. M. 1,10, 10 Ltr. M. 10,-
 Echt und echt Verschnitt a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3,10.

Eugen Neumann & Co. SW. 13. Am IV. 9676.
 Belle-Allianceplatz 6a, Neue Friedrichstr. 81, Genthinerstr. 29, Oranienstr. 190, Grüner Weg 60, Elsassstr. 71, Purbuserstrasse 35, Schöneberg, Hauptstr. 129, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48, Steglitz, Albrechtstr. 18.

Ueberzeugung macht wahr!

Sie sparen viel Geld, wenn Sie Ihren Cognac, Rum, Branntwein, Liqueur oder Limonade mittels der echten **Noas Original-Extrakte** selbst bereiten. Wirkungen ungeschloffen. Es ist nur nötig Weingeist, Wasser u. Extrakt zu mischen. Preis per Orig. Flasche mit genauer Gebrauchsanweisung je nach Sorte 35, 40, 50, 60, 75 Pf. je reichend für 3 Liter Cognac. Vorrätig über 100 Sorten als: Benedictiner, Bergamotte, Chartreuse, Cherry Brandu, Gold und Halb, Magenbitter, Stenoborser etc. Rezept zu 2/4, Str. feink. Cognac nach echt franz. Art: Man mischt 1 M. echt Noas Cognac-Extrakt, Preis 75 Pf., 1 Liter Weingeist (Spir. vini) 1,40 M. und 1/4 Liter Wasser.

Hüten Sie sich vor minderwertigen Fabrikaten!
 Die von mir erfinden, vollständig erproben, ungleich als höchst vollständig anerkannt echten **Noas Orig. Extrakte**, welche keinerlei Gesundheitsgefahren haben, sind in ihrer Art völlig neu und von solcher Vollkommenheit, daß sie an Borsichtigkeit von keinem andern Fabrikat auch nur im entferntesten erreicht werden können. Um sich vor Fälschungen zu schützen, achte man genau auf meine Firma. Jeder verlangt kostenfrei ausführl. Probest. m. werb. Rezepten v. allein. Erfinder u. Fabrikanten **Max Ed. Noa, Berlin N. 65, Reinickendorferstr. 48.** Detail-Verkauf auch bei **J. Georg Pohl, Brandenbur. 157, und Hoffmann & Schöne, Turmstr. 80.** Weitere Verkaufsstellen werden errichtet.

Achtung! **Gewerkschaften, Vereine, Fabriken.** Bestellungen auf Vergnügungsdampfer nimmt zu den coulantesten Bedingungen entgegen **Hermann Gärtner, 25296/7** Wirtshaus „Mit-Berlin“, Röllensstr. 13.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Harnescher Markt Nr. 4.
 Wegen Umbau und Erweiterung der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meines:

Zeppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren!

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf!

Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

Zähne 2 M., Teils, 10jähr. Garantie. Schmetz, Johann. 1 M., Blom, 1 M., Dr. D. S. Schrader, Vaidobresgstr. 69. (Gold. Medaille.)

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
 Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 183/9*
 Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.
 Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.
Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 180, (Haus Schaarwächter), Sprechst. 9-7.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Freie Volkshöhle. Sitzung, Mitglieder der II. Abteilung! Die am 10. angekündigte „Meister Delge“-Aufführung, welche ausfallen mußte, findet am Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, für die Mitglieder der II. Abteilung in einer Abendvorstellung statt. (Siehe heute Inserat). — III. Abteilung: Heute nachmittags 2 1/2 Uhr im Carl Weich-Theater: „Meister Delge“. (Gustav Kober a. G.) Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute abend im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal: Freilichtabend, bestehend in Kammermusik (Herrn Paul Dornbrad, Violine; Edmund Schäfer, Viola; Max Schulz-Fürstberg, Violoncello; Paul Friedrichs, Klavier). Gesang (Herr Paul Friedrichs). Festvortrag (Herr Dr. Rud. Steiner). Recitationen (Herr Friedrich Roeth). Billets a 50 Pf. inkl. Garderobe und Liedertegte sind in den gestern im Inzeratenteil bekannt gegebenen Stellen und an der Kasse zu haben. Um Störungen zu vermeiden, verseehe man sich rechtzeitig mit Billets. Während der Vorträge werden die Türen nicht geöffnet. Späterkommende müssen bis zur Beendigung der Reciten warten und können dann erst Einlaß finden. Ferner wird gebeten, den Anordnungen der Ordner Folge zu geben und nicht zu rauchen.

Achtung, Parteigenossen! Der Giordano-Bruno-Bund inseriert in geistiger Nummer eine Giordano-Bruno-Feier, die im Beethoven-Saal der Philharmonie stattfindet. Wir weisen darauf hin, daß genanntes Lokal der Partei zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht. Die Lokalkommission.

Beiträge für das Liebfuchs-Denkmal vom 8. Februar bis 16. Februar 1901:

- Böhner — 50. H. Paull, Emdenerstr. 10, 2.—. Von Otto Fischer beim Bodanstaß 3.10. Von Keds, Hochstraße 1.—. A. Hocher — 50. Bekanntlich von den Mitgliedern der Vereinigung 1.50. Anton Winkler 3.—. Leopold Ventwig 1.—. Daria Albert Krug 3.50. Personal der Firma R. J. u. Comp. 2.50. Statist D. Rausch 5.—. Geleitiger Verein „Goran“ 5.—. Kaufhaus „Beigenbau“ 3.—. Verlobungsgeld Mar Sabina 10.—. Lohnmutter Kopendagenerstraße, durch A. Krug 3.65. Von den Metallarbeitern aus der Blüowstraße, von A. Gerich 18.85. Von Otto Schmidt, Pempitz, Thonberg 5.—. Von R. G., Berlin — 30. Bereits quittiert 211.85 M.

J. A.: J. Starr, Putzstr. 10. Friedrichsfelde. Dienstag, den 26. Februar, findet hier am Ort die Protestversammlung gegen den Brotwucher statt. Referent ist der Abgeordnete des Kreises, Genosse Stadthagen. Die Genossen werden gebeten, für den Besuch der Versammlung recht rege zu agieren. Versammlungsort bei Dube. Der Vertrauensmann.

Schneberg. Die Mitglieder des „Socialdemokratischen Wahlvereins“ werden auf die am Montag, den 18. Februar, stattfindende außerordentliche Generalversammlung aufmerksam gemacht. In derselben gelangt das Statut für den Lokalverein zur Beratung. (Näheres siehe Inserat.)

Röpenitz! Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Wahlvereins zur Nachricht, daß am Dienstag, den 19. d. Mts., die Versammlung des Vereins im Lokale des Herrn Wih. Zeldner, „Grüne Tzitz“, Müggelheimerstraße, mit einem Vortrage des Genossen Theodor Meyer über: „Gleiches Recht für alle“ stattfindet. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Arbeiterverein von Pankow und Umgegend. Dienstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, General-Versammlung bei G. Rohkurt, Berlinerstraße 27. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstands. 2. Statutenberatung. 3. Sonstige Anträge. 4. Verschiedenes.

Schwargendorf. Dienstag, den 19. Februar, hält der Wahlverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Tokales.

Die betrogenen Antisemiten.

Wie unsere Leser dem Prozeßbericht aus Rom in der Anklagesache gegen Levy entnehmen können, ist der Korrespondent der „Staatsbürger Zeitung“, Herr Zimmer, der die wüßtesten Ritualmordgeschichten aus Rom schrieb, zu gleicher Zeit auch bereit gewesen, seine Dienste der andern Partei zur Verfügung zu stellen. Wie er behauptete, hätte er sogar seiner inneren Ueberzeugung nach ganz auf dieser Seite. Da seine Dienste dort aber nicht die richtige Wertschätzung erfuhren, hat er dann tüchtig in Ritualmord für das Pädlerblatt und ähnliche Preherzeugnisse alles mögliche zusammenfabuliert.

Der „Staatsb. Ztg.“ ist natürlich die Sache nicht sehr angenehm und sie findet nur die eine Lösung, daß hinter allem die Juden stehen, die sie betrogen haben; sie giebt ihrem Verdacht in folgendem Ausdruck:

„Uns ist schon vor Monaten über diesen Herrn Zimmer und über den Detektiv Wienede mitgeteilt worden, daß sie in jüdischem Solde ständen. Wenn wir trotzdem auch von diesen Leuten Berichte annahmen und nach Prüfung ihres Jubalis verbreiteten, so geschah es, weil wir lediglich die Ermittlung des Mörders im Auge haben, deshalb und auch für verpflichtet hielten, von allen jenen Thatsachen Kenntnis zu nehmen, die zur Entlarvung des Mörders dienen konnten, gleichgültig, ob sie aus jüdischen, unparteiischen oder antisemitischen Quellen stammten. Der Fall Wienede, wie der Fall Zimmer liefert den erneuten Beweis für das Vorhandensein jenes jüdischen Verwirrungs- und Verdunkelungskomitees, das sich in Rom zu dem Zweck etabliert hat, nämlich die Verdachtsmomente gegen Juden zu befestigen und falsche Zeugen zur Ueberführung eines Unschuldigen herbeizuführen.“

Wie die Schiller, George, Wienede und Rauch hängt auch dieser Zimmer an den Hochhöfen des jüdischen Verwirrungs- und Verdunkelungskomitees, mit dem wir uns noch weiter zu beschäftigen haben werden. Unsere Ueberzeugung davon, wo der Täter zu suchen ist, wird durch den Fall Zimmer nicht berührt. Man könnte Mißleid mit den Betrogenen haben. Ist denn kein Mensch unter den Antisemiten, der den Semiten an „Schläue“ überlegen wäre und diesen Reinsfall verhöhen könnte? Wir müssen uns ja vor unsren arischen Stammesgenossen selbst schämen, daß sie so große Tölpel sind.

Zunächst wird jetzt die Klackation des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus bald ganz entfällt werden, denn es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß Graf Pädler und Ahlwardt von den Juden gekauft sind, um den Antisemitismus zu kompromittieren, und daß Liebermann nur deshalb so bewundert wurde, damit er zum Antisemitismus sich bekehrte. Wer kann jetzt mit Sicherheit behaupten, daß überhaupt ein einziger Antisemit in der „Staatsbürger-Ztg.“ sitzt oder ob nicht die Alliance Israélite ihre Hände dabei im Spiele hat. Alle werden sie gekauft und verkauft von den Juden. Wir müssen uns noch auf große Ueberraschungen gefaßt machen.

Antisemitische Hegelei. Das hiesige Organ für Ritualmordglaubige, die „Staatsbürger Ztg.“, bringt über die Interpellation unsrer Parteifreunde in der Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung folgende vollkommen unrichtige Schilderung, die in einem ganz perfiden Angriff gegen unsre Parteigenossen ausartet:

In der Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung haben die Socialdemokraten, an der Spitze ein Dr. Silberstein, einen großen Skandal gemacht, weil im jüdischen Krankenhaus angeblich zu

Unrecht die Patiententraten herabgesetzt seien. Die Besprechung ergab, daß die Maßnahme durchaus berechtigt war. Den Kranken wurden vordem so große Portionen Fleisch und Gemüse vorgelegt, daß regelmäßig ein großer Teil der Speisen in die Klüche zurückwanderte. Schließlich gaben selbst die Socialdemokraten zu, daß nähere Ermittlungen die sachliche Verdrängung der Anordnung ergeben hätten. Da fragt man sich doch: Sind das ernste Männer, wie es sich für Stadtverordnete ziemt, oder Handwäscher, die sich nicht scheuen, durch derartig leichtfertige Anschuldigungen die Bevölkerung zu beunruhigen? Natürlich werden noch nach Monaten draußen in der Provinz die socialdemokratischen Agitatoren mit dem Märchen von den „hungernden Kranken in Rixdorf“ die Arbeiter verhegen.“

Die socialdemokratischen Vertreter haben bei Besprechung der Interpellation in sachlicher Weise zugegeben, daß sie die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Rahlzeiten augenblicklich nicht prüfen wollen, dazu möge sich die Verwaltung des Krankenhauses äußern und mit derartigen Vorschlägen an zuständiger Stelle herantreten. Dann erst soll bei einer genügenden Grundlage geprüft werden, wie weit es angebracht erscheint, die Fleischportionen herabzusetzen. Vorläufig sieht nur soviel fest, daß gerade von den Ärzten eine reichliche Fleischnahrung gefordert wurde, weil sehr viel Kranke in diesem Krankenhause Aufnahme finden, die Verdauungsorganen entkräften, wo eine starke Unterernährung zu finden ist.

In erster Linie handelte es sich bei der Interpellation nicht um die Zulässigkeit der Herabsetzung der Fleischportionen, sondern darum, ob, wie es geschehen ist, mit Uebergehung des Magistrats und der betreffenden Deputation von Gemeindevereinigter Fleisch aus eigener Machtvollkommenheit solche Anordnungen getroffen werden dürfen. Die Frage ist von allen einschlägigen Leuten, auch dem Bürgermeister selbst, verneint worden. Wo kämen wir hin, wenn in der städtischen Verwaltung jeder Stadtverordnete über die Köpfe der Verwaltungsorgane seine Anordnungen trafe. Hätte ein socialdemokratischer Vertreter sich eine solche Machtvollkommenheit ausgesprochen, was ausgedrückter erscheint, dann hätte gewiß der Moniteur des Völkerrates seine ganze Entrüstung gegen die socialdemokratische „Anmaßung“ spielen lassen. Es liegt allerdings eine Nonsequenz in diesem Verhalten des Völkerrates, denn man findet in der Polemik den Grundsatz wieder: Freiheit und Anmaßung sind die unantastbaren Rechte des Antisemitismus!

Der Spiritismus der Queen. Eine hiesige Korrespondenz bringt folgende wunderliche Meldung: Zu einer eigenartigen Trauerkundgebung für die Königin Victoria kam es gestern in einer Spiritistenversammlung. Der Hauptredner des Abends leitete sein Referat über „den Verkehr mit dem Jenseits“ mit einem Ausruf auf die verstorbene Königin von England ein, die er als begeisterte Anhängerin des Spiritismus feierte. Königin Victoria hat, wie er erzählte, ein lebhaftes Interesse für spiritistische Erscheinungen und Experimente bekundet, wiederholt spiritistischen Sitzungen beigewohnt und durch Vermittelung eines Mediums namens Brown mit dem Geist des Prinzege mahis in Verkehr gestanden. Trotzdem ihre Umgebung ihr Thun als abergläubisch ansah, ist sie bis zuletzt dem Geistesglauben treu geblieben. Zum Andenken der „großen Spiritistin auf dem Thron“ erhoben sich die Versammelten von den Plätzen.

Das Medium Brown wird wohl der Kammerdiener der verstorbenen Königin gewesen sein, dem diese nach seinem Tode pietätvoll ein Denkmal gesetzt hat. Wie Jarna erzählt, hielt sich der Verkehr zwischen der hochgestellten Dame und dem Diener aber gerade zum Spiritismus in den meisten merkwürdigen Gegenständen und bewegte sich auf einem Gebiete, wo besonders die Anwesenheit des hochseligen Prinzege mahis als recht überflüssig empfunden werden mußte.

Liederbuch beschlagnahmt. In der Buchhandlung von Meyhofer Kauf, Weinbergweg 15b, erschienen am Donnerstagsmorgen sechs Kriminalromane, um das Liederbuch „Freie Mäuge“, Herausgeber Konrad Weiswanger, zu beschlagnahmen. Das Liederbuch soll angeblich den Abend von Liedern enthalten, wegen deren Verbreitung seiner Zeit ein in London erschienenen politisches Liederbuch konfisziert und die Verbreiter bestraft wurden.

Die Sommerferien der Gemeindefschulen sind von der Schuldeputation für dieses Jahr wiederum auf 3 Wochen festgesetzt worden. Der Beschluß ist indes nur mit einer sehr knappen Mehrheit, mit 15 gegen 13 Stimmen, gefaßt worden — ein Beweis, daß die Reizung, den Gemeindefschulen hinreichend lange Sommerferien zu gewähren, immer noch nicht groß ist. Der im vorigen Jahre gemachte erste Versuch, auch bei den Gemeindefschulen die Sommerferien auf 3 Wochen auszudehnen, ist, so viel wir wissen, durchaus zufriedenstellend verlaufen. Er würde von noch größerem Nutzen für die Kinder gewesen sein, wenn es ihnen, wie Säger in der Stadtverordneten-Versammlung vorgeschlagen hatte, durch entsprechende Veranstaltungen seitens der Schule (durch Abhaltung von Spielen auf den Schulhöfen und in den Parks, durch Ausflüge in die Umgegend) erleichtert worden wäre, von ihren Ferien den rechten Gebrauch zu machen. Die Ausführung des Sängerschen Vorschlags, dem sich die Stadtverordneten-Versammlung im Mai vorigen Jahres angeschlossen, wurde damals als für 1900 noch nicht möglich bezeichnet, aber für 1901 derprochen. Das Versprechen ist vor mehreren Wochen auf eine bezügliche Anfrage Eingangs vom Oberbürgermeister erneuert worden, aber Herr Kirchner ließ dabei durchblicken, daß seine Begeisterung für jenen Stadtverordneten-Vorschlag nicht groß ist. Wird sich da noch zu rechter Zeit irgend ein Hindernis einstellen, das der Schuldeputation und dem Magistrat gestattet, die Angelegenheit mit einem Achserzucken „Es geht nicht“ abzuhun?

Die Tuberculose und ihre Bekämpfung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf dem im Vorjahre in Berlin abgehaltenen internationalen Tuberculose-Kongress wurde für die Erhaltung einer vollständig gehaltenen Schrift über „Die Tuberculose als Volkskrankheit und deren Bekämpfung“ ein Preis ausgesetzt. Mit diesem Preise ist die Schrift von Dr. E. A. Knopf, einem deutschen Arzt in New York, gekrönt worden. Das deutsche Centralcomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenerkrankte in Berlin W., Wilhelmplatz 2, hat die Schrift behufs weitestverbreitung in eigener Verwaltung herausgegeben. Der Preis der sehr zu empfehlenden Schrift beträgt mit Verpackung und Porto innerhalb Deutschlands für 10 Stück 1,20 M., für 100 Stück 9 M., für 1000 Stück 80 M.

Neue Berliner Kirchhöfe in Dalldorf. Verschiedene Berliner Kirchengemeinden hatten bekanntlich mit Grundbesitzern in Hohen-Neuendorf an der Nordbahn Verhandlungen angeknüpft, um größere, zusammenhängende Terrains zur Anlage von Kirchhöfen zu erwerben. Das Projekt scheiterte aber an der mangelhaften Verbindung der Reichshauptstadt mit diesem Orte. Außerdem erklärte sich auch die Gemeindevertretung, im Interesse der Erhaltung von Hohen-Neuendorf als Villenkolonie dagegen. Daraufhin haben sich nun die Kirchengemeinden mit Terrainbesitzern in Dalldorf in Verbindung gesetzt und ist es ihnen bereits gelungen, die diebezüglichen Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Das gekaufte Terrain liegt unmittelbar an den Gleisen der Nordbahn und ist zur Anlage von Berliner Kirchhöfen schon infolgedessen geeigneter, als schon jetzt von Berlin nach Dalldorf eine direkte Straßenbahn-Verbindung (Charlottenstraße-Dalldorf) besteht, welche bis zu den neuen Friedhöfen weiter geführt werden kann.

Eine große Anzahl von Frei-Gisbahnen giebt es augenblicklich auf dem Tempelhofer Felde, die von der Jugend eifrig zum Schlittschuhlaufen benützt werden. Auf den etwas niedriger gelegenen Teilen der weiten Fläche haben sich nämlich links und rechts von der Tempelhofer Chaussee Ende Januar und am Anfang dieses Monats, als Thauwetter eintrat, infolge des geschmolzenen Schnees große Wassermassen angeammelt, die beim Wiedereintritt des

Frostwetters zugefroren sind und nun eine recht stattliche Eisdecke bilden.

Die Zahl der neuen Gasglühlicht-Laternen, von denen, wie berichtet worden ist, drei probeweise bereits aufstellung gefunden haben, wird, da sich die vorgenommenen Brennpföben gut bewährt haben, sofort auf zwanzig erhöht werden. Diefelben werden auf der Ostseite der Friedrichstraße von der Leipziger- bis zur Behrenstraße ihren Platz finden und zwar ist mit den nötigen Vorarbeiten dazu schon begonnen.

Ueber den Brand eines Accumulatorwagens der Wannseebahn geht uns noch folgende ausführliche Darstellung zu: Der elektrische Versuchszug der Wannseebahn ist am Freitagabend von einem schweren Unfall betroffen worden und wird seine regelmäßigen Fahrten infolgedessen für einige Zeit einstellen müssen. Der defamantlich von der Firma Siemens u. Halske hergestellte und betriebene Versuchszug besitzt zwei Kraftwagen, die am Kopf resp. am Ende des Trains festgekoppelt sind und Passagiere nicht aufnehmen. Der Zug, der zwischen Berlin und Zehlendorf verkehrt, stand gestern abend auf dem Bahnhof Zehlendorf zur Abfahrt bereit, als plötzlich aus dem vorderen Antriebswagen Flammen emporzuckten. Der Motorwagen wurde sofort abgekoppelt und auf ein totes Geleise geschoben. Die Versuche der Bahnbeamten, den Brand zu löschen, waren vergeblich und erst der Zehlendorfer freiwilligen Feuerwehr gelang es, die Flammen, die inzwischen die ganze innere Einrichtung des Motorwagens ergriffen hatten, zu dämpfen. Die Passagiere des Versuchszugs, der sofort ausrangiert werden mußte, konnten mit dem nächsten von Potsdam kommenden fahrplanmäßigen Zuge mit 25 Minuten Verspätung die Fahrt antreten. Der ausgebrannte Kraftwagen ist leider schwer beschädigt, und es wird mehrere Wochen dauern, ehe er wieder ausgebessert ist und der Versuchszug wieder in Betrieb genommen werden kann. Als Ursache des Brandes wird Kurzschluss vermutet.

Von ihrem Bräutigam verraten und dann verhaftet wurde die unberechnete Janny Harnisch, die am 7. d. M. einen Sportsmann aus einem Tanzlokal zu ihrer Freundin Tappert nach der Stralowerstr. 57 verschleppt und ihn dort, während er infolge seines angebeiteren Zustands in Schlaf verfallen war, ausgeplündert hatte. Die Harnisch hatte, nachdem der 20 000 M. Diebstahl ausgeführt war, einen Ablicher nach Bittenberge gemacht, wor über dort untergeleitet, weil der Schlächter Richter sie nicht begleitet hatte. In ihrem Quartier in Rixdorf hatte sie nun dem Bräutigam ein Lebenszeichen gegeben mit dem Bemerken, daß sie nun reich sei und nichts mehr zu ihm brauche; er möge mit ihr entziehen. Richter aber übergab die Kost der Polizei aus Furcht, er möchte sonst in die Sache mit verwickelt werden. Bei der Verhaftung hatte die Harnisch 1400 M. bei sich, über das fehlende Geld will sie nichts angeben können, behauptet vielmehr, eine größere Summe nicht gestohlen zu haben. Die Mitschuld an dem großen Diebstahl schiebt sie auf ihre Freundin Tappert, die als Gelehrter das Geld untergebracht haben soll. Diese ist natürlich gleichfalls verhaftet worden. — Der Schlächter Richter hat unter Thronen gestanden, daß er die Harnisch in Berlin kennen gelernt und von ihr zum Rixdorfer vertrieben worden sei. Deswegen habe ihn sein in Köthen wohnender Vater verstoßen. Richter befindet sich auf freier Fuß.

Befonderer Glück hat die Kriminalpolizei in der Ermittlung von gewerkschaftlichen Einbrecherbanden, deren sich zur Zeit nicht weniger als vier hinter Schloß und Riegel befinden. Es sind dies die „Gesellschaft Hamann, Kube, Fischer und Zeise“. Zu diesen vier „Gesellschaften“ gehören nach den bisherigen Ermittlungen 19 Verbrecher, von denen 17 verhaftet sind, während zwei der „Teilnehmer“ noch gesucht werden. Wahrscheinlich wird sich jedoch die Zahl der festzunehmenden Personen noch vergrößern, da durch die fortgesetzten Untersuchungen noch mehr Gelehrer und Stehler entdeckt werden. Außerdem ist noch eine größere Anzahl „Einzelarbeiter“ in den Monaten Januar und Februar ermittelt und verhaftet worden, darunter sehr „schwere Jungens“, die zu den gewerkschaftlichen Verbrechern gehören und Justizhausstrafen erlitten haben. — Bei der Aushebung einer Speise-Anstalt in der Rosenbalerstraße wurden nicht weniger als sieben vollgültig gefaschte Personen entdeckt und festgenommen. Unter diesen befand sich ebenfalls eine kleine, aus nur drei Köpfen bestehende Diebesgesellschaft, die stets gemeinsam operierte. Die drei „Teilnehmer“ hatten allem Anschein nach beabsichtigt, an dem Tage ihrer Verhaftung einen Deutegug zu unternehmen, denn sie führten ihr „Handwerkzeug“ mit sich, das sie, um sich nicht zu verraten, gelegentlich der Aushebung in einer Ecke in dem betreffenden Lokal zu verbergen suchten.

Ein ganzes Friseurgeschäft gestohlen hat sich ein Dieb, der in der vorliegenden Nacht bei Arthur Müller in der Berlinerstr. 112 in Charlottenburg einbrach. Mit einem Nachschlüssel kam er vom Hausflur aus in den Friseurladen und wählte sich aus den Vorräten vom Wandspiegel bis zu den kleinsten Toilettebedürfnissen das Beste aus, doch genug, um ein kleines Geschäft vornehm auszustatten. Das Geschäft wurde Freitagabend um 9 Uhr geschlossen, und erst gestern wurde der Einbruch entdeckt.

Eine Diebesbande in Kinderschulen wurde am Freitag von Polizeibeamten von der Schulbank weg aus der 67. Gemeindefschule abgeholt. Seit Mitte Januar wurden Geschäftsleute in der Juna- und Veteranenstraße von Spitzbuben gedranzelagt, bis sich der Verdacht auf eine Anzahl Knaben lenkte. Es sind drei Brüderpaare, die in der Schule den Schlächplan verabredeten und dann gemeinschaftlich ausführten. Besonders hatten sie sich das Droguengeschäft des Apothekers D. an der Kiderstraße ausgewählt, weil der Inhaber bestimmte Waren erst aus dem Lager holen und während dieser Zeit den Laden mit der Kasse unbeaufsichtigt lassen mußte. Und auf bare Münze hatten es die jugendlichen Langenichte in allen Fällen abgesehen. Während einer der Geschäftsinhaber beobachtet wurde, warnte ein zweiter den Gelehrer in die Kasse. Auf diese Weise hat die Bande den Apotheker nicht weniger als fünfmal hintereinander bestohlen. In einem andren Fall sind die kleinen Verbrecher mit einer stammenswerten Reckheit in eine 4 Treppen hoch gelegene Wohnung eingedrungen, deren Zugang von der hinausgehenden Frau offen gelassen war. Auch hier fiel ihnen aus einem offenen Behälter bares Geld zu. In einem andren Geschäft lockten sie den Inhaber durch Bestellung abscheuliger Waren nach einer entfernten Seite, um mit großer Geschwindigkeit das neben dem Laden befindliche Comptoir zu betreten und aus dem Schilderbureau, das sie erst hochrollen mußten, Geld zu entwenden. Die jungen Langfinger, lauter Söhne achtbarer Eltern aus der Elisabethgemeinde im Alter von 12 bis zu 14 Jahren, von denen vier vor der kirchlichen Einsegnung stehen, hatten sich nach Verbrecherart mit Spitznamen aus Judianergeschichten versehen, bei denen sie sich auf ihren Fahrten trafen. Die erdeten Knaben wurden geteilt und zum Besuch von Theatern und zum Kauf von Bekleidungsgegenständen verwandt. Mehrere hatten noch Geldstücke in der Schulmappe versteckt; einem Teilnehmer war sein Anteil, den er unter einer Fismatte vor der elterlichen Wohnung aufbewahrte, von seinem Bruder wieder gemauft worden.

Von der Tollwut befallen wurden zwei Knaben, die durch die Nachlässigkeit ihrer Angehörigen nicht in rechtzeitige Behandlung gekommen waren. Der 6 Jahre alte Sohn Paul des Nordmachers Richter und der 13 jährige Sohn Karl des Torfarbeiters Wolny — beide aus Lauban in Schlesien — wurden dort vor einigen Wochen von einem tollen Hund gebissen. Die Angehörigen aber setzten sich leichtfertig über die Sache hinweg und veräumten die Anzeige bei der Behörde. Erst später, als sich die Folgen des Bisses bemerkbar zu machen angingen, wurde ein Arzt um Rat angegangen. Dieser erkannte sofort die Anzeichen der ausbrechenden Tollwut und ließ die beiden Knaben schleunigst auf der Tollwutstation in Berlin

Wochen: 2. und 3. Abt., Berlin, abends von 8-10 Uhr. 3. Damen-Abteilung, Adreßstr. 67; 7. Lehrlings-Abt., Wasserbörse 31. - Turnerschaft des Vereins "Kreuz", 2. Lehrlings-Abteilung abends 8 bis 10 Uhr Dörfelstraße 51.

Rebber: Schwimmklub. Montag: Schwimmklub "Vorwärts", Tannen-Abt., abends 7 Uhr, Volkshaus, Schillingstraße. - Schwimmklub "Nord", Damen-Abt., abends 7 Uhr, Volkshaus, Schillingstraße, Tannen-Abt., abends 7 Uhr, Volkshaus, Schillingstraße, Tannen-Abt., abends 7 Uhr, Volkshaus, Schillingstraße.

Gesang: Turn und geistliche Vereine. Sonntag. Berliner Privat-Theatergesellschaft "Alpenrose", nachmittags 4 Uhr, Schmidt, Brinzen-Abt. 33. - Bergabteilung "Alpenrose", 6 Uhr, Englischer Hof, Neue Köstr. 3. - Gesangverein "Komete", 6 1/2 Uhr, Schwedterstraße 17. - Freie Sängervereinigung "Fidelio", Tilsdorfer, Wörlikerstr. 58. - Theaterverein "Hand in Hand", Freund, Polsterstr. 4. - Montag. Gesangverein "Nord-Melodie", 3. Abt., Schönhauser Allee 101.

Verein der Bierabnehmer Berlins. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. nachmittags von 2 Uhr ab im Kadevi, Kommandantenstr. 65.

Arbeiter-Radfahrerklub "Solidarität". Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen an den Bund betreffen sind zu richten an den Gauvorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW, Waldstr. 8. Montag: Radfahrerklub "Wanderer", Trebbin, jeden Montag nach dem 15. im Kubold's Gesellschaftshaus. - Arbeiter-Radfahrerklub "Vorwärts", Stamm bei Spremberg, jeden Montag im Restaurant Bellevue.

Vermischtes.

Beim Abbruch der alten Goardener Gasanstalt wurden durch eine explodierende Dynamitpatrone 4 Arbeiter schwer verletzt.

Ein gefährlicher Hochstapler, der sich unter den verschiedensten Namen in den größeren Städten Deutschlands aufgehalten hat und verdächtig ist, junge Mädchen zu fesseln und verführt zu haben, ist in Leipzig verhaftet worden. Er will Schauspieler sein und heißt Josef Spiger. In seiner Begleitung befand sich ein früheres Dienstmädchen Namens Elisabeth Schmidt. Diese hatte er während der Bahnfahrt kennen gelernt und ihr die Ehe versprochen. Eine Anzahl Photographien von jungen Mädchen, die ihm abgenommen wurden, haben den Verdacht geweckt, daß Spiger junge Mädchen an sich lockt und verführt. Auch fanden sich bei ihm gefälschte amtliche Ausweise und geschickt in Schiefer gestochene Stempel von Behörden. Spiger ist in Untersuchungshaft genommen worden.

Reburg, 16. Februar. (B. Z. B.) Auf der Straße Eisfeld-Unterweubrunn entgleiste eine Maschine mit einem Schneepflug; der Lokomotivführer und der Heizer wurden verwundet. Ein Hilszug ist von Reburg dahin abgegangen.

Triest, 16. Februar. (B. Z. B.) Im adriatischen Meere wütet ein fürchterlicher Sturm. Man befürchtet Schiffsunfälle.

London, 16. Februar. (B. Z. B.) Aus Toronto wird berichtet: In der Grube von Komino fand eine Explosion statt. 60 Arbeiter wurden verunglückt.

Konstantinopel, 16. Februar. (B. Z. B.) Die Eisenbahnverbindung über Sofia ist seit Donnerstag unterbrochen; die Zeit der Wiederherstellung ist unbekannt.

Marktpreise von Berlin am 15. Februar 1901 nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. Tabelle mit 4 Spalten: Artikel, Preis, Artikel, Preis. Enthält Preise für Getreide, Fleisch, Butter, Eier, etc.

Produktenmarkt vom 16. Febr. An der heutigen Getreidemärkte war Getreide auswärts nur schwach begehrt. Bald trat weitere Abschwächung ein auf härteres inländisches und ausländisches Warengut und in Ermordung eines Witterungsumschlages. Die Weizenpreise für Weizen gaben um 1 R. für Roggen um 0,50 R. nach. Später wurde die Verkaufslust noch

ärter auf die Zunahme argentinischer Weizenlieferungen. Daser war bei diesem Berichte behauptet. Rückel wich auf Paris um 0,50 R.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 16. Februar 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 6652 Rinder, 1450 Kälber, 10382 Schafe, 8428 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf): a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 62-65, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 56-61, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 54-55, d) gering genährte jeden Alters 49-53. - Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 60-64, b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 55-59, c) gering genährte 50-54. - Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 52-54, b) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut ernährte jüngere Kühe und Färsen 50-51, c) mäßig genährte Kühe und Färsen 47-50, d) gering genährte Kühe und Färsen 42-45. - Kälber: a) feine Mastfärsen (Vollfleischgewicht) und beste Saugfärsen 67-69, b) mittlere Mastfärsen und gute Saugfärsen 54-58, c) geringe Saugfärsen 46-50, d) ältere, gering genährte (Kreier) 48-48. - Schafe: a) Mastschaf und jüngere Mastschaf 57-60, b) ältere Mastschaf 46-53, c) mäßig genährte Mastschaf und Schafe (Kreier) 41-44, d) halbkreier Niederungsschafe (Rebendgewicht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 230-280 Pfund schwer, 00-56, b) schwere, 280 Pfund und darüber (Räfer) 00-57, c) fleischige 53-55, d) gering entwickelte 49-52, e) Sauen 52-54. Für 100 Pfund mit 30 Pct. Tara.

Verkauf und Tendenz. Das Rindergeschäft wickelte sich ruhig ab, es bleibt nur kleiner Ueberhang; magerer Ware war gefehlt. Der Rinderhandel gehaltete sich langsam. Bei den Schafen war der Geschäftsgang langsam, es bleibt Ueberhang. Der Schweinemarkt verlief anfangs ruhig, später ganz langsam, wird aber vorwiegend geräumt; gute schwere Ware war gefehlt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erstellt werden soll, und die letzte Abonnementzahl mitzuteilen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. - Bruno M. 1. Die Firma ist nicht bekannt; jegliche Firma, die briefliche Beitritt, und gar durch Geheimmittel, anpreis, ist nicht oder weniger Schwindelfirma. 2. Ist die Frau unter 21 Jahren, so hat sie nicht zu zahlen. War sie die Unterzeichnete des Fragebogens und des angelegten unterrichtlichen Honorarzeichens über 21 Jahre alt, so würde sie nur dann von der Zahlung befreit sein, wenn sie nachweist, daß sie von der Anpreisung-Anstalt in den Irrtum geführt ist, dieselbe könne helfen. Ob der Schaden gelinkt, läßt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. - D. 92. Verlobte haben dem Standesbeamten gewiß Aufgebot ihre Geburtsurkunden und

die zustimmende Erklärung derjenigen beizubringen, deren Einwilligung nach dem Gesetz erforderlich ist. Es ist erforderlich: für eheliche Kinder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die Einwilligung des Vaters; für uneheliche Kinder die der Mutter. Ferner müssen Militärpersonen des Friedensstands sowie die während in die Heimat zurückgekehrten Militärs und Freiwilligen außerdem die Genehmigung der Militärbehörde haben. Sie bedürfen einer solchen Genehmigung nicht, müssen aber ihre Militärpapiere mitbringen. Endlich müssen Sie als Bauer noch einen Grundbesitzer Ihrer bürgerlichen Heimatbehörde beibringen. Wollen Sie folgen in der Regel freiwilligen Schein trauen, so lassen Sie sich zuvor in den preussischen Staatsverordnungen aufnehmen. Die Aufnahme kann sich aber recht lange in der Regel gegen ein halbes Jahr - hinziehen. - D. 9. 15. 1. Gegen den Vater hätte auf Zahlung der Alimente der Vormund, auf Zahlung der Entbindung- und Schwundkosten die Mutter zu klagen. Es kann auch wegen der Alimente die Mutter in zwei Fällen selbst klagen: a) wenn sie die Hinterlegung der Alimente für die ersten drei Wochen nach der Geburt und für die Entbindungs- und Schwundkosten begehrt; b) wenn und soweit sie dem Kinde Unterhalt gewährt hat. Beispiele für solche Klagen finden sich S. 218 u. 222 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Jahrbuch durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Arbeiterrecht liegt in der Bibliothek Alexandrinerstr. 26 ans. 2. Circa 24 R. monatlich wäre als angemessen zu erachten. 3. Jawohl. - Wolf S. 1876. Die Fäden von den Sachverständigen erteilte Auskunft läßt erkennen, daß der Ausgang des Prozesses ein sehr zweifelhaft sein würde. In einer Klage gegen den Zahnkünstler läßt sich daher nur dann raten, wenn Sie beweisen können, daß der Betreffende erklärt hat, die Zähne halten, so lange Sie leben. Denn dadurch hat er Garantie mindestens dafür, daß er keine Schwundkosten leistet, gelistet. - G. S. 61. 1. Keine. 2. Ein Ausländer (Nichtdeutscher) muß den Antrag auf Naturalisation bei der Berliner Polizei stellen. Einen Anspruch auf Naturalisation hat er nicht. Die Naturalisations-Verordnung hat er nicht. 3. In der Regel: Nein. 4. Ja. Sie müssen aber dem Standesbeamten eine Bescheinigung darüber beibringen, daß nach dem Gesetze Ihrer Heimat Ihrer Heirat nichts im Wege steht.

Witterungsbericht vom 16. Februar 1901, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. Includes data for Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, etc.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. Februar 1901. Gelinder, ziemlich frühe, mit Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Table with 10 columns: Wochen-Zielplan, Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag. Lists plays and events for various theaters like Opernhaus, Schauspielhaus, etc.

Freie Volksbühne. III. Abteilung. Heute nachmittags 2 1/2 Uhr, im Carl Weiss-Theater: Meister Oelze. (Gustav Kober als Gast.) Achtung, II. Abteilung! Die am Sonntag, den 10. Februar, ausgefallene Aufführung von Meister Oelze ändert für die Mitglieder der II. Abteilung am Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Carl Weiss-Theater statt. Die Mitglieder der II. Abteilung sind berechtigt, gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte ihre Billets (ohne Nachzahlung) an den Urnen auszulösen. Die 7. Serie im Lessing-Theater am 3. März: "Robe rouge". Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Beachten Sie St. Wolfgang's echte bittere Magentropfen. Weberall zu haben! Spree-Nixe hochfeiner Tafel-Liqueur. Ein unbekannter Gast für den der Spree-Nixe trinkt! SANDMANN & WOLFFGANG GEBRÜDER Com. Ges. BERLIN S.W.

Elysium Landsberger Allee 40-41. Jeden Sonntag: Gr. Ball. Anlang 4 Uhr! Ende 2 Uhr. Auktions per Monate November, Dezember 1899 und Januar 1900 am 21. u. 22. Februar 1901, nachm. 2 Uhr. L. Regen, altes Leihhaus des Orens, Gr. Frankfurterstr. 121. Für Raucher, Wirte und Wiederverkäufer höchst seltene Gelegenheiten. Mümmann's Festsäle 188 Brunnenstrasse 188. Saal und Garten und bedeutend vergrößert. Garten mit Sommerkühne (Platz für 1000 Personen) ist noch für Sonnabende u. Sonntage frei. Regelmäßig, Vereinszimmer zu vergeben.

Bildungsverein "Mehr Licht". Versammlung Sonntag, den 17. Febr., abends 6 Uhr, im Paulsenhof, Sadowitzerstr. 9. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über: Der Kampf um Italien. Reden: reichliches Bekommenstein und Tanz. - Gäste willkommen. Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf.

Grösste Eisbahn Berlins Süd-Eisbahn bis-a-vis der Franzer Kaiserne Urbanstrasse 166/67. Täglich: Militär-Konzert. Elektrische Beleuchtung. Sonntag, den 17. d. M.: Grosses Feuerwerk. Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Achtung! Verein der Plätterinnen Berlins. Sonnabend, 23. Februar, in der Brauerei Friedrichshain (früher Uppoh). Grosser Wiener Masken-Ball. Anfang 9 Uhr. Ende 7. Alle Damen und Freunde des Vereins werden hierdurch freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Berliner Konjunkturverein (Abteilung I, Annenstrasse 9). Am Sonntag, den 17. Februar, abends 6 Uhr, im Lokal Dresdenener Garten, Dresdenstrasse 45: Abteilungs-Vergnügen, bestehend in Konzert, Vorträgen und Tanz. Billets a 50 Pf. inkl. Garderobe sind in den Verkaufsstellen des Berliner Konjunkturvereins Annenstr. 9, Kraussstr. 7, Hofstr., Petersburgerstr. 12, Kummelsburg, Türschmidtstr. 6, Koabit, Behnstr. 56 und Waldstr. 48 zu haben. - Mitglieder-Ausnahme d. d. d. Eintrittsgeld 20 Pf. General-Versammlung am Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, im "Englischen Garten", Alexanderstr. 77.

Feuersteins Festsäle, Alte Jakobstr. 75. Unter eigener Leitung. Keine auf das eleganteste renovierten Festsäle, 150, 300 und 400 Personen fassend, sind dem geehrten Publikum nun wieder auf das Beste empfohlen zu Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten, Versammlungen usw. Empfehle mein Tages-Restaurant. Sonntags: Ball. Jernitz Vereinsräume, 40 u. 120 Berl. fassend, stehen zur gef. Verfügung.

Menzenhauer Gitarre-Zither und Rollen reich vorrätig bei M. Schimmel, Königsstrasse 41. Bad Landsberg. Dampf-, elektrische Licht-, Wannen- u. alle mod. Bäder Landsbergerstrasse 107. Inhaber: H. Kalisch, fleischig gepr. Metzger und Fleischer.

Café-Lokal G. Günther, Ritterstr. 54, Ecke Alte Jakobstrasse. Kaffee 10, 15; Eier, Milch, Chokolade etc. Weis- u. Baum-Bier. Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Billard-Stunde 40 Pf., große Zeitungs-Auswahl.

Eine Anklageschrift.

Die Kommission für Arbeiterstatistik, deren Aufgabe die Untersuchung von Arbeitsverhältnissen bestimmter Arbeitergruppen sein sollte, ärgert in ihren Arbeiten äußerst langsam fort.

Werden Militär-, Marine- und auch Justizvorlagen mit unheimlicher Schnelligkeit entworfen und eingebracht, so braucht es jahrelanger, eingehendster Beratung, ehe man es wieder wagt, auf dem Wege der Socialreform ein kleines Schriftchen nach vorwärts zu thun.

Rumreiß sollen die Verhältnisse der Schlichterergewerben und die der Transportarbeiter untersucht werden. Nach den bisherigen Erfahrungen können diese Arbeiterkategorien noch lange darauf warten, ihr Glend amtlich beglaubigt zu sehen.

Diesem Drängen der deutschen Arbeiterklasse nach Verbesserung ihrer Klassenlage, dem Streben, auf ein höheres Lebensniveau zu gelangen, ist es zu danken, daß die kaiserlich deutsche Socialreform nicht ganz ins Stocken kommen kann.

Als im Reichstage auf diese Denkschrift hingewiesen wurde, veränderte Herr v. Posadowsky, daß auch seitens der Regierung eine Enquete über die Berufsbedingungen der Steinarbeiter vorgenommen worden sei.

Die Enquete wird natürlich trotzdem stattgefunden haben, daran ist gar kein Zweifel, denn daß die Arbeiter davon nichts wissen, ist noch lange kein Beweis für das Gegenteil.

Die Denkschrift, welche den Titel führt: Die Berufsgefahren der Steinarbeiter, und die von Richard Colver bearbeitet ist, ist eine umfangreiche Broschüre von 12 1/2 Bogen.

Unter Steinarbeitern versteht die Denkschrift die Steinbrecher, Steinhauer, auch Steinmeyer genannt, und die Steinschleifer. Nach den amtlichen Erhebungen von 1895 gehörte diesen Berufsgruppen insgesamt eine Bevölkerung von 303 081 Personen an.

Die Gesundheitsgefahr ist infolge des Steinstaubs eine ungemein große. Am größten ist sie bei den Mühlenstein-Arbeitern.

Die Denkschrift, welche den Titel führt: Die Berufsgefahren der Steinarbeiter, und die von Richard Colver bearbeitet ist, ist eine umfangreiche Broschüre von 12 1/2 Bogen.

weniger gefährlich zu sein. Die fast nur in Marmorarbeitenden italienischen Bildhauer sind weniger von Lungenkrankheiten, namentlich der Lungenemphyse, heimisch und erreichen ein weit höheres Durchschnittsalter, als ihre deutschen Kollegen.

Chronische Entzündungen der Luftwege, des Rachens, Kehlkopfs sind Erscheinungen, die bei dem größten Teil der Steinarbeiter auftreten. Die Steinbrecher leben in dieser Beziehung in etwas günstigeren Verhältnissen, dafür sind sie aber der Unfallgefahr weit mehr ausgesetzt.

Eine Hilfsklasse der Maurer etc. „Grundstein zur Einheit“ genannt, konnte sich nur durch Ausschluß der Steinarbeiter vor der sicheren Liquidation retten.

Die Altersgrenze der Steinmeyerhilfen ist denn auch eine sehr niedrige. Von 850 Gehilfen, welche sich im Winter 1892 in Berlin befanden, untersuchte Dr. Sommerfeld 240, also 70 Prozent.

Die Todesursachen sind natürlich dieselben, die auch den Steinarbeiter so oft und so lange Zeit auf das Krankenlager werfen. Krankheiten der Atmungsorgane, Tuberculose.

Die Todesursachen sind natürlich dieselben, die auch den Steinarbeiter so oft und so lange Zeit auf das Krankenlager werfen. Krankheiten der Atmungsorgane, Tuberculose.

Die Todesursachen sind natürlich dieselben, die auch den Steinarbeiter so oft und so lange Zeit auf das Krankenlager werfen. Krankheiten der Atmungsorgane, Tuberculose.

Die Todesursachen sind natürlich dieselben, die auch den Steinarbeiter so oft und so lange Zeit auf das Krankenlager werfen. Krankheiten der Atmungsorgane, Tuberculose.

Die Todesursachen sind natürlich dieselben, die auch den Steinarbeiter so oft und so lange Zeit auf das Krankenlager werfen. Krankheiten der Atmungsorgane, Tuberculose.

Die Todesursachen sind natürlich dieselben, die auch den Steinarbeiter so oft und so lange Zeit auf das Krankenlager werfen. Krankheiten der Atmungsorgane, Tuberculose.

Denkschrift gemacht werden, um den schlimmsten Folgen des menschenmordenden Steinstaubs entgegenzuwirken.

Es wird in der Denkschrift festgestellt und wiederum mit reichhaltigem Material belegt, daß die durchschnittliche Arbeitsdauer in den Steinbrüchen 10-11 Stunden beträgt; bei den Steinmeyer beträgt sie 9-10 Stunden, während bei den Steinschleifern die 11stündige Arbeitszeit vorherrscht.

Von Ärzten sowohl als auch von Gewerbe-Aufsichtsbeamten ist die Beobachtung gemacht worden, daß Steinarbeiter, denen es vergönnt war, dem Beruf zeitweilig den Rücken zu kehren, viel widerstandsfähiger wurden.

Seitdem die schädlichen Einflüsse des Steinstaubs bekannt sind bezw. seitdem es eine Organisation der Steinarbeiter giebt, hat es diese an Versuchen, die Arbeitszeit zu verkürzen, nicht fehlen lassen. Bisher ist es ihr auch gelungen, in zahlreichen anderen Fällen hat sie wenigstens weitere Verschlechterungen verhindert.

Die Arbeiter verlangen auch der Hygieniker Dr. Sommerfeld eine weitere Beschränkung auf sechs Stunden.

Stoffen wir, daß die Glend-Statistik - denn so darf die Denkschrift genannt werden - auf den Bundesrat nicht ganz ohne Eindruck bleibt, daß das fleißig zusammengetragene Material wenigstens die Anregung bildet für gesetzliche Maßnahmen, die zu erlassen die Regierung schon längst verpflichtet gewesen wäre.

Briefkasten der Redaktion.

Z. 48. 1. Rein. 2. Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation, Magdalenstr. unter Schilbering über Vogt. - R. A. 21. 1. Ja. 2. Drei Jahre. 3. Er könnte sofort in die Petitionskolonie eingeliefert werden, falls er vor Oken 1919 zurückkehrt. - Karichen. Bürgerrechts-Geld und berechnen Sie hier nicht zu zahlen, Sie können, wie wiederholt ausführlich an dieser Stelle dargelegt ist, Ihre Aufnahme in den preussischen Staatsverband beantragen und dennoch außerhalb Baus, Württemberg, oder welcher Reichsdeutsche Heimatort sonst noch in Betracht kommt, bleiben. - 1000. 1. Sie würden voll für alle Schuld haften, falls Sie nicht Aufhebung der Gläubiger-Inventarannahme u. dergl. vorsehen. Sprechen Sie zur eingehendsten Darlegung in der Sprechstunde vor. 2. Die Kosten würden die Herren zu tragen haben; angebracht ist eine Einigung. - G. D. 1. Es kann nur auf Schadenersatz geklagt werden. 2. Ja. - M. S. 20. Sprechen Sie mit dem Urteil in der Sprechstunde vor. - H. S. 49. Nein, die Unfallrente geht durch Verfall seines Wegs verloren. - H. S. 5. Nein. - R. S. 1. Nein. 2. und 3. Geheimer Justizrat W. Rauerstraße. - R. S. 1. Nein. 1. Die Denkschrift ist vorgeschickelt, Unterlagen der Anmeldung mit Gedächtnis beibringt. Verjährung wegen unterlassener Meldung tritt in drei Monaten ein. - G. S. 3. Ihre Anfrage ist im „Vorwärts“ (Ende Januar) beantwortet. Die Nummer können Sie in der Sprechstunde einsehen. Die Steuer beträgt zwei Mark. - G. 2. Wenn Sie beweisen können, daß mündlich auf ein Jahr vermietet ist, so gilt Ihr Mietvertrag ein Jahr lang und Sie hätten danach, wenn Sie nach dem 1. April eingezogen sind, nicht zu wohnen. Ist aber lediglich vereinbart, daß die Miete monatlich gezahlt werden soll, so würde beiden Teilen das Recht zustehen, während am fünfzehnten zum Erlaß zu kündigen. - Cv. 1. Rein. 2. Ja. - J. C. 801. Rein. - B. S. 100. Gehört zur Garde. - Tr. Wierdshof. Schriftliche Antwort zu erstellen, lehnen wir ab. In dem von Ihnen geschilderten Fall bleibt das Armenrecht wirksam. 2. Eine angelegte Forderung verjährt erst in 30 Jahren, von der letzten Forderung ab gerechnet. - H. Besold. Rein. - Schiffer M. S. Leider ist die Denkschrift nach den Bestimmungen der Bekleidungs-Ordnung im Recht. - H. S. Sie sind falsch unterrichtet. - 1901. Wer vorzüglich einen Menschen tödtet, ist, wenn er der Todesstrafe mit Verurteilung ausgesetzt hat, wegen Mordes mit der Todesstrafe bestraft. In die Tötung nicht mit Verurteilung angefaßt, so liegt Totschlag vor. Totschlag ist mit 5 bis 15 Jahren Zuchthaus bestraft. Ferner läßt das Strafgesetzbuch für Totschlag Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren zu, wenn der Totschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm oder seinem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Verletzung von dem Getöteten zum Zorn gereizt und hierdurch auf der Stelle zur That hingeworfen worden ist oder wenn andere mildere Umstände vorliegen. - H. Plügge. Wenn der Betroffene das 42. Lebensjahr vollendet hat, ja.

BAER SOHN

Chausseestrasse 24a u. 25. 11. Brückenstrasse 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Kleidung.

Lieferanten an die preussische Armee. * Lieferanten an Institute. * Lieferanten an Garderoben-Geschäfte. Lieferanten an Waaren-Häuser. * Lieferanten an Vereine. * Lieferanten an ausländische Gesellschaften

Einsegnungs-Anzüge,

ausserordentlich reichhaltige Auswahl in Satins, Ripsgarn, Diagonal, Croisé, Kammgarn, Chevots, Tuchen, Meltons u. s. w. Preise sehr billig, je nach Grösse und Qualität. 33,- 30,- 26,- 24,- 22,- 20,- 17,- 16,- 15,- 14,- 13,- 11,- 9 Mk.

Herren-Hosen Gute Arbeit. Hochmoderne Stoffe nach Maass. 7 Mk. Feste Preise. - Billigste Preise.

In Chausseest. 24a und Brückenstr. 11: Wäsche, Hüte, Handschuhe, Cravatten u. s. w. für die Einsegnung.

Herren-Anzüge Gute Arbeit. Hochmoderne Stoffe nach Maass. 24 Mk. Grösste Auswahl. - Baar-Verkauf.



Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89

BERLIN

Frankfurter Allee 89

Zur Einsegnung!

Ein grosser Posten **schwarze glatte und gemusterte Mohairs und Alpaccas**, doppeltbreit

das Meter **50, 75 Pf. und 1,00 M.**

Wert das Doppelte.

Infolge Auflösung eines Elsasser Fabrikgeschäfts bin ich in der Lage, meiner verehrten Kundschaft einen grossen Posten **Elsasser Tailen-Körper** a Mtr. 25 Pf. zu verkaufen.

Ich mache noch auf mein neues **Rabatt-Sparsystem** aufmerksam.

Büsten-Fabrik
J. H. Garich, Berlin S.,
 Wittenerstr. 33 (Gde Prinzenstr.)
 und Stallschreiber-
 Strasse 23a,
 empfiehlt jede Art
 Büsten, passend als
 Gelegenheitsgeschenk.
 Redensfähige Büste m.
 Kopf und Ständer
 12,50 M.
 Dieselbe ohne
 Kopf 8,50
 Büste allein 5,-
 Spezielle Wünsche
 werden berücksichtigt.
 Anfertigung nach jeder
 Körperform unter Ga-
 rantie! Die Zufriedenung
 der Büsten erf. prompt.
 Lieferant an Wiederverkäufer. [6619]

Zähne, **Blonden** 1 M. an,
 beliebige Teilzahlung.
Frau Olga Jacobson, Invaliden-
 strasse 145

Ziehung 26. Februar u. folg. Tage.
 Genehmigt durch Allerhöchsten
 Erlaß 200000 Loose, dem unter
 dem Protektorat Sr. Majestät
 des Kaisers und Königs
 Wilhelm II. stehenden Verein
 f. d. Herstellung u. Ausschüttung d.
Marienburger
 Loose à 3 Mk. Porto u. Liste
 30 Pf. extra.
9840 Geldgewinne, zahlbar
 ohne Abzug, im Betrage von M.
365,000
 Hauptgewinne:
 1 à 60,000
 1 à 50,000
 1 à 40,000
 1 à 30,000
 1 à 20,000
 1 à 10,000
 4 à 2500 = 10000
 10 à 1000 = 10000
 20 à 500 = 10000
 100 à 100 = 10000
 200 à 50 = 10000
 1000 à 20 = 20000
 8500 à 10 = 85000
 Loose versänd. geg. Postanweisung
 oder Nachnahme des General-Debit:
Lud. Müller & Co.
 Berlin, Breitestr. 5.
 Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Berliner Bock-Brauerei Act.-Ges.
 Abteilung I Abteilung II
Tempelhoferberg. * Chaussee-Strasse 58.
63. Bockbier-Saison 1901
 Der Ausschank am Tempelhoferberg ist eröffnet seit
Sonnabend, den 2. Februar 1901.
Einzig! Unerreicht! Original!
 Täglich grosser Bock-Jabel. — Zwei Militär-Kapellen.
 Unser weltberühmtes **Original-Bockbier**, welches ausschliesslich in Abteilung I,
 am Tempelhoferberg gebrant wird, kommt nur in Korkflaschen mit Kapseln
20 Flaschen für 3 Mark
 zum Verkauf. Nur echt, wenn in der Flasche zwei Böcke eingeblasen.
 Bestellungen werden von beiden Abteilungen ausgeführt.
 Abteilung I. Telephon Amt VI 3019 u. Amt IX 9191. Abteilung II. Telephon Amt III 3023.
 799L* Die Direktion.

Marienburger Geld-Lotterie
 9840 Geldgewinne im Betrage von
365,000 Mark.
 Haar ohne jeglichen Abzug zahlbar.
 Die Hauptgewinne sind:
60000, 50000, 40000, 30000, 20000 M. etc.
 Loose à 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft
 Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
 Filiale NW., Wilsnacker-Strasse 63.
 Ziehung schon 26. Februar er.

Gesundheit ist Reichtum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
 wirkungsvolles, erfolgreichstes und billigstes Mittel
 gegen **Erkältung, Gicht und Rheumatismus.**
 Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 610L*
Bad Frankfurt Ritter-Bad
 136 Gr. Frankfurterstr. 136 18. Ritter-Strasse 18.
 Specialität:
 Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm.
 bezw. Heissluft-, Lohannis-, Sool-
 und Schwefelbäder
 täglich für Damen und Herren.

Creide-Portrait.
 In den ersten Monaten Februar
 bis April liefert ich für 3,50 M.
 35x45 cm, ohne Rahmenschwanz,
 Reinalteit garantiert. Porzelle
 Photographie. 2574b*
C. Jensch, Atelier,
 Köpenickerstr. 112.
Max Brinner,
 Jerusalemstr. 42
 Brunnenstr. 6.
 Grobherige Auswahl
 von Kinder-Sport-
 und Puppenwagen,
 Kinderbettstellen, best.
 Fabrikat, billigst.
 Zeugungung gefällig.

J. Baer,
 BERLIN N. 75120*
26, Badstraße 26,
 Ecke Prinzen-Allee,
 u. 37 Schlickestrasse 37
 empfiehlt, wie bekannt, in reellster Aus-
 führung und allerbilligsten **streng festen Preisen:**
**Herren- u. Knaben-
 Garderobe.**
 Arbeitssachen.
Grosses Stofflager
 zur Anfertigung nach Mass.
 Elegante Gesellschafts-Anzüge.
 Elegante Paletots und Joppen.

Schlafmotel-Bazar Baby
 1. Invalidenstr. 160. 4. Gr. Frankfurterstr. 115
 2. Oranienstr. 31. 5. Brunnenstr. 92.
 3. Friedrichstr. 19. 6. Chausseestr. 8.
 7. Reinickendorferstr. 24. 8. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 65.
Betten 8, 15-100 M
 Stand:
 10, 12-90 M.
Bezüge
 Lieferant
 des Post-Spar- u
 Vorschussvereins
Bettfedern
 auch Teilzahlung
 wöchentlich
 von 1 Mark an.

Sie werfen Geld fort!
 wenn Sie immer Ihre Cigarren zu teuer einkaufen. Kaufen Sie nur
 meine besten „Cavanillos“, 500 Stück nur 7 M., 1000 Stück nur 13 M.
 franco gegen Nachnahme. Sie werden in Zukunft viel Geld sparen!
 Garantie: Umtausch oder Zurücknahme! Unzählige Worte der Anerkennung
 von Plazern, Lehrern, Pächtern, Landwirten etc. Bestellen Sie bitte sofort
 postfrei ins Haus 500 Stück für 7 M., 1000 Stück für nur 13 M. bei
Rud. Tresp, Cigarrenfabrik, Westpreussen H. 7.
 Neustadt.

Metzners Korbwaren-Fabrik.
 Berlin, Andreestrasse 23.
 II. Geschäft: Brunnenstr. 95
 III. Geschäft: Bennekestr. 67.
 IV. Geschäft: Leipzigerstr. 54/55
 V. Geschäft: Stralauerstr. 19
**Puppenwagen
 Leiterwagen
 Sportwagen
 Kinderstühle**
**Kinderwagen, Grösstes Lager
 Kinderbettstellen. Berlins.**
 1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin ein grösseres
 Kinderwagen-Lager als das meinige nachweist.
Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen
 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich
 1 M. **Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 53.**
 Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort.